

Streifzüge

Nummer 32 / November 2004

4,- Euro

Lorenz Glatz gegen Selbstverirrung * Franz Schandl gegen Arbeitswahn * Maria Wölflingseder gegen korrekte Bestatter und andere Gleichbehandler * Andreas Exner, Christian Lauk, Konstantin Kulterer, Michael Katzmayr & Ernst Schriebl gegen ökosoziale Marktwirtschaft * Stefan Meretz gegen Copyright * Norbert Trenkle und Thomas Seibert gegen Antisemitismus * Ernst Lohoff Out of Control

IMPRESSUM

ISSN 1813-3312

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER

Kritischer Kreis – Verein für
gesellschaftliche Transformationskunde,
Margaretenstraße 71-73/23, 1050 Wien.
E-Mail: streifzuege@chello.at
Website: <http://www.streifzuege.org>

DRUCK

H. Schmitz, Leystraße 43, 1200 Wien

COPYLEFT

Alle Artikel der *Streifzüge* unterliegen,
sofern nicht anders gekennzeichnet,
dem Copyleft-Prinzip: Sie dürfen frei
verwendet, kopiert und weiterverbreitet
werden unter Angabe von Autor/in,
Titel und Quelle des Originals sowie
Erhalt des Copylefts.

OFFENLEGUNG

Der Medieninhaber ist zu 100 Prozent
Eigentümer der *Streifzüge* und an
keinem anderen Medienunternehmen
beteiligt.

Grundlegende Richtung: Kritik.

REDAKTION

(zugleich Mitglieder des Leitungsorgans
des Medieninhabers): Christoph Adam,
Andreas Exner, Lorenz Glatz, Franz
Schandl und Maria Wölflingseder.

KONTEN

Konto für Österreich: PSK, BLZ 60000,
Kontonummer 93 038 948.

Konto für Deutschland: Franz Schandl,
Postbank Nürnberg, BLZ 760 100 85,
Kontonummer 405 952 854.

Konto für Abos in anderen EU-Staaten:
Verein Kritischer Kreis,
BIC: OPSKATWW,
IBAN: AT87600000093038948.

ABONNEMENTS UND BESTELLUNGEN

Aborichtpreise Österreich: 1 Jahr 12 Euro,
2 Jahre 22 Euro, 3 Jahre 30 Euro.

Aborichtpreise Rest der Welt: 1 Jahr 13
Euro, 2 Jahre 24 Euro, 3 Jahre 33 Euro.

Erstbezieher bitten wir um schriftliche
Bestellung, da seitens des grandiosen
Bankservices den Kontoauszügen nicht
immer die vollständige Adresse zu
entnehmen ist.

Nachbesteller bitten wir um die
Anführung der Postleitzahl.

INHALTSVERZEICHNIS

Lorenz Glatz:

Warum nichts mehr geht...

Überlegungen zu den persönlichen Bedingungen eines

Ausbruchs aus der Warengesellschaft 3

Franz Schandl:

Unentwegte Beschäftigung. Aktuelle Notizen zum Arbeitswahn 7

Maria Wölflingseder:

Es brennt, aber Hauptsache, Gleichbehandlung ist gesetzlich garantiert 12

Ernst Lohoff:

Out of Area – Out of Control. Warengesellschaft und

Widerstand im Zeitalter von Deregulierung und Entstaatlichung

2. Teil: Fight Back 15

Franz Schandl:

Wissen contra Verwertung. Auf dem Weg zum Wissenskommunismus? 21

Andreas Exner, Christian Lauk, Konstantin Kulterer,

Michael Katzmayer & Ernst Schriebl:

Nachhaltiger Kapitalismus?

4. Teil: Ökologische Alternativen zur ökosozialen Marktwirtschaft 24

Stefan Meretz:

„Haltet den Dieb!“ Copyleft again 31

Norbert Trenkle:

Entsorgung nach Art des Hauses. Zur Verharmlosung antisemitischer

Tendenzen durch den wissenschaftlichen Beirat von attac-Deutschland 36

Thomas Seibert:

Sich fremd werden. Globalisierungs- und Ideologiekritik 41

Maria Wölflingseder:

Nicht nur zur Allerheiligenzeit 42

Kolumnen:

Dead Men Working von Ernst Lohoff 11

Immaterial World von Stefan Meretz 23

Rückkopplungen von Roger Behrens 35

Unumgänglich von Franz Schandl 44

Rubrik 2000 Zeichen abwärts:

Maria Wölflingseder (M.W.) 5, 14

Lothar Galow-Bergemann (L.G.-B) 26

Franz Schandl (F.S.) 38

Warum nichts mehr geht...

ÜBERLEGUNGEN ZU DEN PERSÖNLICHEN BEDINGUNGEN EINES AUSBRUCHS AUS DER WARENGESELLSCHAFT

von Lorenz Glatz

Das Arbeitsleben der heute aktiven Generationen gleicht bedrohlich dem Schicksal der Maus in Fanz Kafkas „Kleiner Fabel“. Die Maus sieht in ihrem Lauf „rechts und links in der Ferne Mauern“ auftauchen, „aber“, so sagt sie, „diese langen Mauern eilen so schnell aufeinander zu, daß ich schon im letzten Zimmer bin, und dort im Winkel steht die Falle, in die ich laufe.“ – „Du mußt nur die Laufrichtung ändern, sagte die Katze und fraß sie“, lautet der nächste und zugleich letzte Satz.

Die langen Grenzmauern der Freiheit unserer Arbeitswelt laufen jetzt in der Tat schnell aufeinander zu. Was vor wenigen Jahren noch als kapitalistische Unverschämtheit und Provokation betrachtet worden wäre, ist heute oft schon sozialpartnerschaftlicher Konsens. Der systemkonforme Widersinn z.B., dass trotz eines wachsenden Heers von Arbeitslosen ausgerechnet die Arbeitszeit verlängert werden muss, wird angesichts der Konkurrenz, die niemals schläft, zu der Weisheit letztem Schluss.

Wenn eins nur noch die Katze des Systemzwangs im Rücken spürt und vor sich bloß noch die Falle des drohenden Kollaps alles dessen sieht, was als soziale Sicherheit durch Arbeit verheißen wurde, sind Rücksichtnahme und Menschlichkeit schnell ein Luxus, ja eher existenzgefährdend. Sichert etwa ein gewissenloser Vorstand, der mit allen Wassern gewaschen ist, unsere Arbeitsplätze wirklich schlechter als ein moralisches Weichei? Wie viel Verhandlungs- und Überlebensspielraum bleibt noch, wenn „die Märkte“ jeden abstrafen, der nicht allen andern das Weiße aus den Augen zu kratzen bereit ist? Konkurrenz lodert nicht nur zwischen den Betrieben, Mobbing grassiert von der Chefetage bis zur Putzkolonne. Angesichts der bald schleichenden, bald ganze Landstriche und Staaten abrupt in Elend und Gewalt stürzenden Krise des herrschenden Weltsystems zersetzt sich Solidarität wie Stahl im Säurebad. „Rette sich, wer kann“, wird zur allseits befolgten Parole, auch wenn keins mehr recht weiß, wie das denn auf längere Sicht noch gehen soll in einer Welt, wo ein Schlupfloch nach dem anderen verstopft wird.

Depression und Aggression

Natur und Mensch sind den Zwillingen „Kapital und Arbeit“ von Anfang an fremd gewesen.¹ Natur zählt als toter Rohstoff, Menschen nur als Arbeiter und Funktionäre des prozessierenden Kapitals, dem sie unterworfen sind, und als Konsumenten dessen, was sich günstig kaufen und verkaufen lässt. Ihr sozialer Kampf wird tunlichst eingeschränkt auf mögliche Proportionen zwischen Kosten für Personal, Sachinvestitionen und staatliche Infrastrukturen des Prozesses der Verwertung. Dessen Gelingen frisst jedoch Mensch und Natur auf. Sein Nichtgelingen aber erst recht, wie die Gegenwart uns zeigt; denn heutzutage können auch der Abriss aller sozialen Rechte und die forcierte Zerstörung der Natur im Feuer der globalisierten Konkurrenz, aber auch staatliche Repression und Weltordnungskriege den Verfall der Verwertung nicht mehr stoppen, soweit diese nicht sowieso nur noch durch Schuldenmachen und Spekulation zu simulieren ist.

Kurz atmen und flach denken, Lotto spielen und sich mit irgendwas das Fühlen und Denken verkleistern, das sind daher die verbreitetsten Rezepte, mit dieser deprimierenden „No Future“-Situation umzugehen. Auf dem Grund der Massenpsyche wächst das dumpfe Gefühl der Angst, dass es mit einer anderen Regulierung des bestehenden Szenarios nicht mehr zu schaffen ist. Unter dem bunten Treiben der Ramsch- und Glitzerwelt staut sich eine gewaltige Tiefendepression. Im Kleinen eruptiert sie immer häufiger im (Blut)Rausch unversesehenen Überschnappens, in (Selbst-) Mordaktionen und in Amokläufen einzelner Menschen, denen das niemand zugeraut hätte, im Großen in den irren „Fundamentalismen“ der Räuber und Gendarmen dieser Weltordnung sowie in rassistischem und antisemitischem Terror von Banden und Mob. Das Konkurrenzsubjekt der „Leistungsgesellschaft“, der Wolf-Mensch des Thomas Hobbes enthüllt sich am brutalsten, wenn mit der modernen Warengesellschaft sein System am Zerbrechen ist.

Widerstand auf Abstellgleis

Mit den Demonstrationen und Streiks jedoch, die sich gegen die wachsenden Zumutungen der herrschenden Ordnung zur Wehr setzen, indem sie sich gegen deren Exekutoren in Staat und Wirtschaft wenden, verbindet sich die Hoffnung, wir könnten dem drohenden Verhängnis entkommen und doch noch eine lebenswerte Zukunft erkämpfen. Freilich sind auch solche Anläufe zumindest derzeit weitestgehend von der etablierten Gedankenwelt geprägt, beschränkt und gewissermaßen auf ein Abstellgleis gesetzt. Die auffällige Erfolglosigkeit der großen Aufmärsche und auch Streiks der letzten Jahre etwa in Frankreich und Italien, aber auch in Österreich und in Deutschland entmutigt denn auch viele Menschen und vertieft die grassierende Verzweiflung.

Manchmal lässt sich das Dilemma der herrschenden Denkweise des Widerstands sogar anhand einer einzelnen Parole veranschaulichen. Eine solche war auf einer Tafel mit der Aufschrift „Menschen Würde(n) Arbeit(en)“ auf deutschen Montagsdemonstrationen im Sommer 2004 zu sehen. Ein Mensch wird gemessen und misst sich selbst nach seinem Preis und Wert (das Wort *Wert* ist mit *Würde* stammverwandt), den er durch Arbeit erzielt. Er sieht sich vernichtet, weil entwertet, wenn daraus ein irrealer Konjunktiv wird. Die darin liegende Depression lässt sich mit der weiteren Parole „Andere Politiker braucht das Land“, die ebenfalls immer wieder mitgetragen wurde, bloß noch steigern. Dass mit Stoiber und Merkel oder mit Lafontaine oder auch mit dem Sozialisten und gescheiterten Berlin-Sanierer Gysi eine Wende zum Besseren kommen sollte, ist ja wirklich schwer zu glauben. Und die Erfahrungen mit den revolutionären Parteien sind nach hundertfünfzig Jahren auch eher katastrophal gewesen.

Fehlanpassung an die Arbeit

Es hat Jahrhunderte gedauert, bis den Menschen Arbeit als die „hohe Braut“ und als Menschenwürde, Faulheit und Müßiggang als „aller Laster Anfang“ und

als Hauptsünde mit allen Mitteln einge-hämmert war. „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen“ ist ein Satz, auf den sowohl der Apostel Paulus als auch Lenin schworen. Jetzt aber, wo das Hohelied der Arbeit von allen VerantwortungsträgerInnen gesungen wird und die Anpassung der Menschheit an diese historische Zumutung nahezu abgeschlossen scheint, stellt sich diese als Fehlanpassung heraus, ist das verlangte „Arbeits-Leben“ auch für Millionen in den so genannten reichen Ländern nicht mehr zu haben. Auch für den Arbeitswilligsten wachsen die Barrieren und hängt der Brotkorb immer höher. Jetzt bekommen auch wir, was im Trikont, ja in weiten Teilen Osteuropas ein Normalfall ist. Der reale Staatskapitalismus ist der Marktwirtschaft nur in den Tod vorangegangen, denn auch in den Wirtschaftswunderländern ist das System im Begriff, seine Arbeitsseele als unrentabel auszuhauchen. Das „letzte Zimmer“ ist erreicht und der „Winkel“ mit der Falle in Sicht. Als Fortsetzung der Konkurrenz- und Arbeitsgesellschaft nach dem Zerbröckeln ihres Fundaments, der gelingenden Verwertung, ist eine umfassende Brutalisierung und Mafiotisierung des gesellschaftlichen Lebens bereits im Kommen.

Eine Alternative kann nur noch jenseits der seit Jahrhunderten immer weiter in alle Lebensbereiche eindringenden Welt der Ware und des Staates gefunden werden. Was sich da so kurz sagen lässt, ist aber eine lange Schwierigkeit. All das geht nämlich recht leicht von der Zunge, aber nur schwer in unsere Köpfe und Herzen hinein, ohne tiefe Ratlosigkeit, ja Panik auszulösen.

Der Grund dafür ist nicht so sehr die Trägheit des Denkens vieler Menschen oder die Fehler und Unfähigkeit derer, die solche Gedanken breiteren Kreisen zu vermitteln versuchen. Die wichtigste Ursache dafür liegt vielmehr darin, dass ein Verfolgen dieser einzig offenen Perspektive eines Auswegs jenseits von Markt und Staat eine tiefgehende Änderung verlangt. Eine Änderung nicht bloß im Denken, sondern in der ganzen Lebenseinstellung und in fast allen Facetten der Lebensweise. Dieser Aufgabe sehen sich Menschen gegenüberstehen, die vom Leben in einer bis in kleine Alltäglichkeiten auf die Not-

wendigkeiten der Verwertung ausgerichteten Gesellschaft mitgenommen und zu-gerichtet sind. So zugerichtet, dass sie oft bereit sind, wie die Lemminge auf ihrem Zug sich auch dann noch ins Wasser zu stürzen und loszuschwimmen, wenn kein Land mehr in Sicht ist.

Warenmenschen sind selbst-los

Die Bedürfnisse des Menschen und die Energie, nach deren Befriedigung zu streben, basieren auf einer in der Evolution entstandenen Konstitution und äußern sich in gesellschaftlicher Form. Die moderne Gesellschaft der Diktatur der Verwertung drängt uns dazu eine vom Ansatz her inadäquate Form auf: Bedürfnisbefriedigung ist hier nicht gesellschaftlicher Zweck, sondern Mittel zu dem außerhalb alles Menschlichen liegenden Zweck der Wertvermehrung. Menschliches Tun ist von Bedürfnisbefriedigung abgeschnitten, je mehr es zu verkaufsorientierter Arbeit wird – ich arbeite weder für mich noch für sonst einen Menschen, sondern für Geld, mit dem ich Waren kaufe, von denen ich hoffe, dass sie mein Bedürfnis befriedigen. In aller Wirklichkeit habe ich jedoch meine Bedürfnisse an das anzupassen, was sich gewinnbringend verkaufen lässt und von mir bezahlt werden kann. Zusätzlich werden auch die Zusammenhänge meiner Arbeit, ihr Vorlauf und ihre Konsequenzen in aller Regel völlig undurchschaubar und ungreifbar, denn das Regulans der Veranstaltung sind eben keine menschlichen Bedürfnisse (auch keine ausbeuterischen), sondern die Preisimpulse der diversen Märkte. Arbeit ist nicht ein Werk, für dessen Herkunft und Auswirkungen ich mich verantwortlich fühlen könnte oder müsste, sondern steht in einem unbegreifbaren, nicht nachvollziehbaren, mir fremden und sinnlosen, nicht persönlichen, sondern bloß sachlichen Zusammenhang, dem ich ausgeliefert bin.

Weil in unserer Gesellschaft eine solche Tätigkeitsform dominiert, können wir auch kein Vertrauen darauf haben, dass wir einfach als Mitglieder der menschlichen Gesellschaft leben, tätig und angenommen sein können, ohne dauernd auf dem Prüfstand irgendeiner vorgegebenen Leistung stehen zu müssen, deren Sinn für

uns nicht wirklich erfahrbar ist. Im Gegenteil: was uns ausfüllt oder besser: verstopft, ist das Bewusstsein eines leeren Leistungszwangs, dem nachzukommen aber überlebenswichtig ist. Diese geschäftige innere Leere wird zum „Bestandteil einer falschen Identität, die auf Leistungen beruht und die auseinanderfällt, wenn der gesellschaftliche Kontext diese Leistungen unmöglich macht“² bzw. deren Anerkennung vereitelt.

Das bedeutet aber, dass ein fundamentales Defizit an Selbstsicherheit und an Erfüllung der grundlegenden emotionalen Bedürfnisse, eine spezifische „Selbstlosigkeit“ also, für Menschen dieser Gesellschaft kennzeichnend ist.

Das Surrogat, die leere Leistung, existiert immer nur im Komparativ und in der Konkurrenz. Selbstvertrauen braucht das Versagen anderer, Glücksgefühl fremdes Unglück, fruchtbares Zusammenwirken den Kitt eines Feindbilds. Lust, Genuss und Geselligkeit als befriedigender Selbstzweck sind kaum Dinge, die in dieser Gesellschaft einen lebensstüchtigen Menschen ausmachen. Das tun eher ein (selbst)destruktiver Lebensstil, Anlehnung an Macht und Autorität, Kampfhundqualitäten und Indolenz gegen sich und andere.

Die Pathologie der Gesellschaft betrifft auch ihre KritikerInnen

Diese Lebensweise ist hochgradig pathogen. Psychische Gesundheit lässt sich nur noch als das durchschnittliche, einigermaßen stabile und daher unauffällige Maß an Krankheit definieren. In einer Zeit der Krise des gesellschaftlichen Zusammenhangs verliert dieser Zustand zusehends an Stabilität, verschiedenste pathologische Schübe über das „normale“ Maß hinaus häufen sich ringsum.

Die kranke Verfassung der Individuen wird jedoch meist ignoriert, ja als Tabu behandelt. Jemandes „ausrastendes“ Verhalten zu „pathologisieren“ (aus seinem Leiden, seiner Krankheit zu erklären, an der so gut wie jede/r teilhat) gilt nicht als naheliegend, sondern ist verpönt. Die Fiktion des autonomen bürgerlichen Subjekts in home and castle seiner privacy wird nicht als Keimzelle des Wahnsinns erkannt, sondern eher als unhintergehbare Grundlage des zwischenmenschlichen Umgangs imaginiert.

Das gilt freilich keineswegs nur für unreflektiert dahinlebende ZeitgenossInnen, sondern auch für GesellschaftskritikerInnen. Dass auch das eigene alltägliche

Verhalten, die eigene kranke Seele zum Gegenstand der Erkenntnis und Kritik zu machen wäre, wird meist als Psychologisierung verachtet oder liegt von vornherein im blinden Fleck der eigenen Wahrnehmung. Die Belange des Individuums haben ja im üblichen Betrieb der Textproduktion und des Vortragswesens (sehr arbeitsähnlich übrigens) weder Platz noch Bedeutung. Die Folgen sind so banal wie destruktiv: Geltungsdrang und Eifersucht, Hackordnung nach Hoch- und Minderleisten, Autoritätshörigkeit, Verletzung und Ranküne, Gezänk und Mobbing usw. Die verheerenden Verarbeitungsformen der wertgesellschaftlichen Realität und ihres wachsenden Drucks, werden auch bei und von Menschen, die ansonsten um ein sehr hohes Reflexionsniveau bemüht sind, als „Privatproblem“ und „spezieller Fall“ betrachtet und entsprechend der Leistungshierarchie gegen Hochleistungen aufgerechnet (wenn nicht gar als neuester Geniestreich angenommen) oder aber als Bestätigung der Minderleistung betrachtet. Dass dieser flächendeckende Zustand kaum thematisiert, geschweige denn behandelt wird, erschwert die Formierung von geistigem

und praktischem Widerstand gegen die Zumutungen, ja oft schon dessen adäquate Formulierung ungemein, wenn es sie nicht schon im Ansatz vereitelt.

Es ist vermutlich eine Illusion so zu tun, als könnten wir Ursachen und Verlauf des gegenwärtigen gesellschaftlichen Verfalls genügend begreifen oder gar uns auf einen Ausweg machen, ohne dabei auch die gemeinsame Erkenntnis und Therapie der Krankheiten der je eigenen Psyche als gesellschaftliches Anliegen, als Akt des Widerstands und der Transformation zu begreifen.

Dies ist in Gesellschaftskritik und Widerstand umso wichtiger, als auch die stillschweigende Voraussetzung der Theorieproduzentinnen und ihrer Rezipienten, dass es sich bei ihrem Tun bloß um einen Vorgang intellektueller Erkenntnis handle, der auch von (natürlich stets gerechter) Wut nicht zu trüben sei, eine grobe Selbsttäuschung ist. Die ganze Palette der unserer Lebensweise entspringenden, vom kritischen Bewusstsein aber ignorierten seelischen Belastungen und Störungen spielen auch hier eine mitentscheidende Rolle und treten dank ihrer Verdrängung (oder der selektiven Wahr-

nehmung nur bei den anderen) mehr oder weniger unvermeidlich in der Maske der Erkenntnis auf. Auch hier gilt, dass diese weit verbreitete Verirrung meist nur als „Fieberschub“ wirklich kenntlich wird (und Fans und Jüngern oft auch dann noch verborgen bleibt).

Freude gewinnen und Leid vermeiden, ein gutes Leben haben und einem schlechten abhelfen, sind grundlegende individuelle Ziele, deren Erreichen aber in dieser Gesellschaft erstens auf die Form mörderischer Konkurrenz verwiesen wird und die zweitens als gesellschaftliche Ziele gar nicht etabliert werden können, weil auf deren Platz Gott Mammon sitzt oder besser: das alles verschlingende schwarze Loch des Werts (und aller seiner Ableitungen). Das bedeutet aber, dass uns ein gesellschaftliches Maß für ein gutes Leben umso mehr abgeht, je mehr die Logik der Verwertung das soziale Leben durchdringt und sinnvolle Tätigkeit durch leere Leistungen ersetzt. Destruktivität oder Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlbefinden als Motiv und als Ergebnis Surrogat oder Wunscherfüllung lassen sich nicht mehr sicher unterscheiden, ja auch Leid und Freud werden in dieser Welt des Scheins leicht selber falsch.

2000 Zeichen

Nichts zu lachen?

Neulich bei meinem Vortrag in Linz erzählte ich über das Positive Denken, über den strahlenden Optimismus, der Arbeitslosen empfohlen wird, wenn sie wieder einen Job bekommen wollen; und über die frappante Ähnlichkeit des eingemeißelten Grinsens bei Sektengurus, esoterisch Entrückten, Business-Adepten und anderen Verrückten.

Zu später Stunde auf der Heimfahrt im Zug blättere ich im *Bahnreise-Magazin Club und Bonus*. Auf einem kleinen Quadrat prangen weiße Zähne aus einem rotlippigen Frauenmund – von halb vorne, halb aus dem Profil. Darüber steht „ErfolgReicher durch ein strahlendes Lächeln“. Am unteren Rand der roten Unterlippe ist im Schwung der Lippe weiß aufgedruckt: www.smile-style.at. Ein paar Seiten weiter dasselbe Inserat. Noch ein paar Seiten weiter erblickt mein müdes Auge ein größeres Exemplar von diesem gestylten Smile. Das redaktionelle Umfeld berichtet vom „Smile-Design-Team“ des Dr. XY, der sich auf „ästhetische Zahnheilkunde und Zahn-Well-

ness“ spezialisiert hat. Seine „Wohlfühlpraxis“ liegt gleich neben der Therme YX und kann auch am Abend und am Wochenende besucht werden.

„Dass man keinen Grund zur Heiterkeit haben muss, ist der Witz an so einem Lachseminar“, lese ich zwei Tage später in einem der unzähligen Berichte, die zur Zeit für Lachseminare und Lach-Sachbücher werben. Da steht zwar: „Lachen ist ein im Menschen eingebautes Fitnesscenter. Und das Abo ist lächerlich billig“, aber gratis sind sie sicher nicht, all die Lach-Workshops, die wie Pilze aus dem Boden schießen, und auch der Fundus an einschlägiger Literatur muss berappt werden. „Ich bin fröhlich“, „Managing to have fun“, „Lachtherapie. Bevor die Gesundheit flöten geht“, „Lachen ist gesund. Anleitung zum Glücklichein“, „Die heilende Kraft des Lachens. Mit therapeutischem Humor frühe Beschämungen heilen“. (Allen Ernstes, so lauten die Buchtitel!)

Ja, wenn's nichts mehr zu lachen gibt, kann man umso mehr verkaufen: nicht nur das Buch „Lachen ohne Grund“.

M.W.

Zu den Bedingungen des Auswegs

Solange der soziale Kampf auf dem festen Boden einer noch entwicklungsfähigen kapitalistischen Gesellschaft ausgetragen wurde, war deren psychosoziales Rüstzeug für alle Seiten grundsätzlich angemessen und einigermaßen verwendbar. Dass auch geistige Erkenntnis von dem betroffenen und deformiert sein könnte, was die bürgerliche Gesellschaft aus Menschen so macht, musste nicht als Problem gelten. In der Arbeiterbewegung ließen sich Theorie und soziale Befreiungsbewegung als einigermaßen sauberlich geschiedene Lebensbereiche leistungsstarker Individuen auf dem allen gemeinsamen Boden nicht allzu schwer miteinander vermitteln.

Heute ist in dieser Gesellschaft einerseits das Verwertungsdenken in jeden Bereich des Lebens vorgedrungen, andererseits aber erlahmt die Verwertung selber und der morastige Boden der Gesellschaftsordnung taut auf. Immanenter Widerstand hat da keinen Halt mehr, wird über kurz oder lang aussichtslos, wenn er nicht mit dem Ziel der Überwindung der immer irrer werdenden geld- und staatsförmigen Verhältnisse verbunden ist.³ Für diese anstehende Überwindung wächst

sich aber der auf Leistung, Konkurrenz, Angstbeissen und Isolation getrimmte „alte Mensch“ zu einem Hindernis der eigenen Befreiung aus – im Denken wie im Handeln, in der Theorie wie in der Praxis.

Dass die Bemühungen, den verdrängten Diskurs der Achtzigerjahre vom Ende der Arbeit auf wertkritischer Grundlage neu zu etablieren, voranzukommen scheinen, ist so erfreulich wie eine notwendige Grundlage für erfolgreichen sozialen Widerstand. Die Fähigkeit zu einem Leben in Kooperation ohne und statt Konkurrenz, eine Selbstsicherheit und ein

Selbstbewusstsein, die darauf beruhen, dass mein Wohlbefinden auch ein Anliegen meiner Mitmenschen ist, lassen sich jedoch als Voraussetzung eines alternativen Zusammenlebens zwar erkennen und als Erfordernis plakatieren, sie müssen aber erst in einem bewussten praktischen Lernprozess entwickelt werden, und das schon in einem Umfeld, das tatsächlich feindlich ist. Ohne die Bildung von vielfältigen offenen Gemeinschaften für Palawer und gegenseitige Hilfe, die in ihrem Innenverhältnis das Neue entwickeln und erproben, wird da kein Weiterkommen sein – wie beschränkt und speziell solche Zusammenschlüsse zunächst auch sein mögen.

Elemente, die eine solche Entwicklung ermöglichen könnten, sind da bzw. absehbar. Einerseits bestehen auch in unseren Gegenden schon hie und da solche Gemeinschaften als Experimente ganz verschiedener Dichte und Tiefe und auf verschiedenen, weit voneinander liegenden Gebieten, von Diskussionszirkeln, organisierter Nachbarschaftshilfe, gesellschaftlich engagierten Wohnprojekten bis zu den Freaks der Freien Software. Ein wenn auch (noch?) sehr kleiner Teil der Jugend ist angesichts der trüben Aussichten an Alternativen durchaus (wieder) interessiert und für (auch schon laufende) Experimente ansprechbar.

Andererseits könnte die Besetzung von Boden, Häusern und Betrieben als Methode von Stadtteil-Komitees, ruinierten Belegschaften und radikalisierten Arbeitslosenvereinigungen und andere Formen direkter Aneignung mit Verschärfung der Krise auch in Europa die üblichen Geld- und Arbeitsplatz-Forderungen an Management und Politik zumindest „ergänzen“. Die Erfolglosigkeit immanenter Kämpfe kann nämlich nicht bloß frustrieren, sie kann auch für den Gedanken empfänglich machen, dass Sich-Abputzen, Konkurrenz und Spaltung (zwischen den Geschlechtern, den „Standorten“, den Herkunftsn und den Berechtigungsscheinen der Menschen) uns ruinieren, wir uns in Kooperation aneignen müssen, was wir zu einem guten Leben brauchen – und dass wir uns dringend und ausführlich darüber unterhalten und damit Erfahrungen sammeln sollten, was und wie denn ein gutes Leben ist. Ohne das Projekt einer grundlegenden Umgestaltung der Beziehungen zwischen den Menschen und als Voraussetzung und Folge zugleich auch ihrer selbst ist ein Ausweg aus der kapitalistischen Malaise nicht gangbar. Und auch nicht wirklich

denkbar. Denn je mehr das verinnerlichte Leistungsethos, der leere olympische Zwang des „citius, altius, fortius“ (schneller, höher, stärker), „am Stand durchdreht“, dysfunktional und destruktiv wird, desto mehr verdunkelt diese uns aufgeherrschte Haltung auch das kritische Denken, wenn sie nicht je selbstkritisch als Krankheit benannt und behandelt wird. Ich vermute, dass nur Gemeinschaften, die sich dieser Aufgabe stellen, eine fruchtbare theoretische und praktische Kritik unserer Lebensweise und der mit ihnen verbundenen Leiden formulieren und realisieren können, ohne gleich oder später zumindest in sterile Polemik und Sektengezänk zu verfallen und damit zum Gegenteil eines guten Lebens für sich und andere beizutragen.

Übrigens ist es auch kaum vorstellbar, dass eine soziale Bewegung, die von vielen quasi als deus ex machina erwartet wird, in Richtung Empanzipation gehen würde, wenn nicht schon heute von verstreuten Gemeinschaften Bemühungen unternommen und Erfahrungen gemacht werden.

Anmerkungen

- 1 Schwarze Film-Parabeln stellen das zuweilen dar: So „The Matrix“ (Brüder Wachowski, 1999), in der in einer Scheinwelt gefangene Menschen mit ihrer Lebensenergie Maschinen am Leben halten, oder John Carpenters „Sie leben“ (1988), wo Aliens mit Hilfe einer Scheinwelt und veritablen Gehirnwäsche der Menschheit den Kapitalismus aufzwingen.
- 2 Arno Gruen, *Die politischen Konsequenzen der Identifikation mit dem Aggressor. Das Bedürfnis bestrafen zu müssen*, 2000, auf: <http://info.uibk.ac.at/c/c6/bidok/texte/beh1-00-identifikation.html#fn1>.
Als medizinische Diagnose findet sich diese Feststellung auch in einer Äußerung von Gudjon Magnusson vom WHO-Regionalbüro für Europa: „Wenn jemand arbeitsunfähig ist, unterliegt er einer starken sozialen Ausgrenzung, die bekanntermaßen mit Stress, Depression und Selbstmord einhergeht.“ (derStandard.at/investor 14.10.04)
- 3 Zum Umgang mit dieser Schizophrenie des Lebens in alles durchdringenden Verhältnissen, die eins ablehnt und überwinden will, haben Franz Schandl, Stefan Meretz und Ulrich Weiß einige lesenswerte Gedanken geschrieben – in der Serie „Utopie konkret“ in Freitag 11.06.04, 18.06.04 und 02.07.04, im Netz auch zu finden auf unserer Website: www.streifzuege.org/akt_arch_andere.html

krisis

Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft

FRANZ SCHANDL CHRISTIAN HÖNER KARL-HEINZ LEWED NORBERT TRENKLE	Fan und Führer Zur Kritik von Dialektik, Geschichtsteleologie und Fortschrittsglaube Von Menschen und Schafen Arbeitskritik und soziale Emanzipation
---	---

28

FRANZ SCHANDL: Fan und Führer

CHRISTIAN HÖNER: Zur Kritik von Dialektik, Geschichtsteleologie und Fortschrittsglaube

KARL-HEINZ LEWED: Von Menschen und Schafen

NORBERT TRENKLE: Arbeitskritik und soziale Emanzipation

Erscheint 2 mal jährlich,
ca.160 Seiten, 10 Euro pro Heft.

Abo und Einzelhefte:
Redaktion krisis, Postfach 2111,
91011 Erlangen, Tel.: +49 (0911) 705628,
Fax: +49 (0911) 7809542,
e-mail: krisisweb@gmx.de

Auch im Buchhandel erhältlich.

Gesamtverzeichnis auf
www.krisis.org oder anfordern.

www.krisis.org
www.streifzuege.org

Unentwegte Beschäftigung

AKTUELLE NOTIZEN ZUM ARBEITSWAHN

von Franz Schandl

„Die Eigentümlichkeit der ‚Arbeitsgesellschaften‘ besteht darin, dass in ihnen die Arbeit gleichzeitig als moralische Pflicht, als gesellschaftliche Verpflichtung und als der Weg zum persönlichen Erfolg gilt. Die Arbeitsideologie hält es also für erwiesen, – dass es allen um so besser geht, je mehr jede(r) Einzelne arbeitet; – dass diejenigen, die wenig oder nicht arbeiten, der Gemeinschaft schaden und somit nicht würdig sind ihr anzugehören; – dass in der Gesellschaft derjenige Erfolg hat, der tüchtig arbeitet, und dass somit der Erfolglose an seinem Scheitern selbst schuld ist.“ (André Gorz, *Kritik der ökonomischen Vernunft*, Berlin 1990, S. 307.)

Freitag, 10. September 2004: Ich steige in die Wiener U-Bahn und lese im Gratis-Blatt *Heute* folgendes: „40 Prozent der Arbeitszeit gehen für Sinnloses drauf“ steht da. Und weiter: „Fast die Hälfte unserer Arbeitszeit verschwenden wir mit sinnlosen Tätigkeiten, hat eine Studie jetzt ergeben. Demnach verschwenden österreichische Arbeitskräfte im Schnitt rund 40 Prozent oder 87 Tage Arbeit im Jahr. Dabei entstehen jährliche Kosten von 19 Millionen Euro.“

Diebstahl an der eigenen Arbeitskraft sollte wohl bestraft werden. Arbeit wird hier jedenfalls nicht nur aufgefasst als etwas, das zu leisten ist, sondern als *unentwegte* Beschäftigung und Betätigung des eigenen Arbeitsvermögens. Abgesehen davon, dass das physisch und psychisch unmöglich ist, will diese Vorgabe eines erreichen: ein schlechtes Gewissen, sich zu wenig angestrengt zu haben. Wenn schon Moral, dann Arbeitsmoral. Der Mensch soll werden das an die Arbeit angepasste Ungeheuer. Die Arbeitsdichte ist zu steigern, denn sie erhöht die Produktivität. Stachanow lässt grüßen.

Conclusio Eins: *Nicht nur arbeiten zu müssen, ist Pflicht, sondern in der Arbeit ständig zu arbeiten, sich ihrer würdig zu erweisen, sie nicht zu unterlaufen.* Reale Arbeitszeit und wirkliche Betätigungsdauer sollen

sich annähern. Es geht um die Auslöschung der unverwerteten Reste in der Beschäftigung. Pausen, Unterlassungen, Unterbrechungen, Reflexionen, alles, was nicht unmittelbar der Verwertung dienlich ist, hat zu verschwinden.

Bereits Karl Marx beschrieb dieses kapitalimmanente Phänomen: „Welches immer der Grund des Überschusses der Produktionszeit über die Arbeitszeit – sei es, dass Produktionsmittel nur latentes produktives Kapital bilden, also sich noch in einer Vorstufe zum wirklichen Produktionsprozess befinden, oder dass innerhalb des Produktionsprozesses durch dessen Pausen ihre eigne Funktion unterbrochen wird, oder dass endlich der Produktionsprozess selbst Unterbrechungen des Arbeitsprozesses bedingt –, in keinem dieser Fälle fungieren die Produktionsmittel als Arbeitseinsauger. Saugen sie keine Arbeit ein, so auch keine Mehrarbeit. Es findet daher keine Verwertung des produktiven Kapitals statt, solange es sich in dem Teil seiner Produktionszeit befindet, der überschüssig über die Arbeitszeit ist, so unzertrennlich auch die Vollführung des Verwertungsprozesses von diesen seinen Pausen sein mag. Es ist klar, dass je mehr Produktionszeit und Arbeitszeit sich decken, um so größer die Produktivität und Verwertung eines gegebenen produktiven Kapitals in gegebenem Zeitraum. Daher die Tendenz der kapitalistischen Produktion, den Überschuss der Produktionszeit über die Arbeitszeit möglichst zu verkürzen.“ (Das Kapital, Zweiter Band (1885), MEW, Bd. 24, S. 126–127.)

Selbstautomatisation ist das Ziel. Das Ideal des arbeitenden Menschen ist die *Maschine*. Unablässiges Laufen, ein eherner Rhythmus zeichnet diese aus. Produktions- und Arbeitszeit sollen eins werden. Die Maschine manifestiert sich als ein Wesen, an dessen Perfektion der Arbeiter sich ein Beispiel nehmen kann. Vor der Funktionalität ihrer Maschinen haben die Menschen zu erbleichen, da können sie sich was anschauen. „Work to the rhythm/Live to the rhythm/Love to the rhythm/Slave to the rhythm“, singt Grace Jones in einem ihrer bekanntesten Songs. (Slave to the rhythm, 1985)

Der Schritt, den die aktuelle Arbeitsideologie von ihren Unterworfenen verlangt, bedeutet fortan nicht nur: „Ich gebe etwas von mir her“, sondern „Ich gebe mich hin.“ Nicht nur über die Arbeitskraft soll verfügt werden, die ganze Person hat fügsam zu sein. Zerstört werden soll die relative Distanz des Arbeiters zur Arbeit. Diese ist nicht bloß zu verrichten, nein, man hat in dieser aufzugehen, der Identitätsgrad soll gleich dem Intensitätsgrad gesteigert werden. Dankbar hat man zu sein und Demut zu erweisen, schließlich hat man doch Arbeit.

Flexibilität als Unterwerfung

Unsere tägliche Botschaft gib uns heute. Was das gleichnamige Boulevardblatt kann, kann die Qualitätszeitung schon lange. „Flexibilität total ist angesagt“, schlagzeilt die Karrieren-Seite des „Standard“ tags darauf, am Samstag, den 11. September 2004. „Vom Arbeitnehmer wird totale Flexibilität erwartet, von der Arbeitszeit über den Arbeitsort bis hin zur Beschäftigungsform“. „Der traditionelle Arbeitsvertrag der Industriegesellschaft war dadurch gekennzeichnet, dass der Arbeitnehmer dem Unternehmen den Einsatz seiner Arbeitskraft zur Verfügung stellt und das Unternehmen ihm ein sicheres Arbeitseinkommen zahlt und ihm dadurch das Risiko der Vermarktung des Produktionsergebnisses abnimmt.“ Damit ist nun Schluss, der gesellschaftliche Bruch mit dem Kollektivvertrag liest sich so: „Arbeitsverträge werden zunehmend in Form von Werkverträgen oder freien Dienstverträgen individualisiert, stellen verstärkt auf das vom Einzelnen erzielte Ergebnis ab. Zudem ist Arbeit nicht mehr eine räumlich oder zeitlich vordefinierte Erwerbstätigkeit.“

Wir erleben den Versuch einer noch weitergehenden Entmündigung der Menschen durch die Ökonomie. Weder Ort, Zeit noch Verwendung ihrer Lebensmöglichkeiten sollen ihnen überlassen bleiben. *Selbstbestimmung meint Marktbestimmung.* Das, was man einst Fremdbestimmung nannte oder noch besser Verdinglichung, soll als das Ureigene erscheinen. Dem

Markt zu entsprechen soll sein unser elementares Bedürfnis. Natürlich, wenn die Leute genug verdienen, können sie sich partiell freikaufen, außerdem dürfen sie am Markt verschiedene Produkte aussuchen und in der Politik Parteien mit unterschiedlichen Namen wählen. Was, wann, wo, wie produziert wird, hat die Leute nichts anzugehen. Demokratie pointiert sich als absolute Unterwerfung unter die Gesetze der Verwertung.

Flexibilität hat nichts mit individueller Souveränität zu tun, sie meint vielmehr, sich den äußeren Anforderungen völlig anzuliefern. Die Flexibilität der Menschen ist nichts anderes als das Diktat der Märkte. Was sich anbietet, hat angenommen zu werden. Wer nicht will, fliegt raus. Wohlgemerkt, nicht nur aus der Arbeit, sondern auch aus den traditionellen Netzen des Sozialstaats. Renitenz ist zu sanktionieren. Es sich bequem machen gilt nicht, man hat mobilisierbar zu sein.

Erzielte der typisch Beschäftigte durch den Verkauf seiner Arbeitskraft Garantien, so ist das dem atypisch Beschäftigten im Zeitalter der *Entsicherung* nicht vergönnt. Die Abschaffung der starren Form erhöht nicht die Souveränität der Einzelnen, sondern definiert deren Abhängigkeit neu. Sie ist keine Gebundenheit mehr, sondern eine *Losigkeit*, die keine Sicherheit mehr versprechen kann, sondern lediglich das, was der Markt unmittelbar hergibt. Die Flexibilität, der Unternehmen ausgesetzt sind, schreitet geradezu nach der Flexibilität der für sie Tätigen. Was auch bedeutet, dass der atypisch Beschäftigte zum typischen wird und der typische zum atypischen. Vorherrschend für viele wird ein beängstigendes Gefühl der allseitigen Verunsicherung. Sich auf nichts mehr verlassen zu können, heißt verlassen zu sein.

Conclusio Zwei: *Nicht nur arbeiten zu müssen, ist Pflicht, man hat seine Wünsche kategorisch den ökonomischen Erfordernissen unterzuordnen.* Das Angebot bestimmt die Nachfrage. Nicht nur eine prinzipielle Bereitschaft zur Arbeit wird eingefordert (das sowieso), nein auch eine umfassende zur Verfügung Stellung für alles und jedes. Hartz IV setzt das soeben in Praxis um. Am Ende der Arbeitsgesellschaft etabliert sich die Arbeit als das sich totalisierende Prinzip. Jede Art von Arbeitsverachtung und Arbeitsverweigerung soll disqualifiziert und in weiterer Folge eliminiert werden. Selbst Kranke sollen arbeiten, und sie tun es auch: „Weil die Bürger um Jobs fürchten: Krankenstände sinken auf Rekord-Tief“ schlagzeilt das Gratisblatt „Heute“ am 30. September. Ökonomisch gespro-

chen ist Krankheit ja nichts anderes als Sabotage, weil eine unvorhergesehene und unwillkommene außer Kraft Setzung der Arbeitskraft.

Recht auf Dasein wird übersetzt als Wille zur Arbeit. Und nicht nur die Leute, die sowieso wollen, wollen, sondern auch diejenigen, die nicht wollen. Es ist das nichtwollende Wollen, das sich, um wollen zu können, als Natur vergewissern muss. *Wer dauernd muss, wird wollen.* Und so beteuern die personifizierten Exponenten der Arbeit in Momenten, in denen sie sich überführt glauben, gleich Gregor Samsa in Kafkas „Verwandlung“: „Ich bin nicht starrköpfig und arbeite gern“, sagt dieser zu seinem Prokuristen. (Franz Kafka, Die Verwandlung (1915); in: Erzählungen, Leipzig 1990, S. 75.) Der Prokurist selbst hatte ihm vorgehalten, dem Geschäft ferngeblieben zu sein, denn „eine Jahreszeit, um kein Geschäft zu machen, gibt es überhaupt nicht, Herr Samsa, darf es nicht geben“. (S. 71) Es ist dieser Nachsatz, der den Arbeitstieren permanent im Nacken sitzt, sie vor sich hertreibt, sie verfolgt, nicht nur Gregor Samsa. („Die Verwandlung“ ist übrigens nicht das einzige Schriftstück Kafkas, das dechiffriert werden kann als Prosa gewordene Angst vor der Arbeit.)

Risiko und Wagnis

Nur nicht jammern! Leben ist eben lebensgefährlich, nichts für Weichlinge und Drückeberger. Wer nichts riskiert, hat nichts zu gewinnen. Schließlich leben wir in einer „Risikogesellschaft“ (Ulrich Beck). Das Gebot zum Risiko hat zur Folge, dass die meisten an ihm scheitern, aber die wenigen Gewinner als strahlende Sieger einer medialen Öffentlichkeit präsentiert werden. Das Dargestellte ist bloß ein besonderer Ausschnitt, aber dieser Schnitt schneidet alles andere weg. *Ungelesen meint ungeschehen.*

Wenn wir uns alle geschickt genug anstellen würden, könnten wir alle von unseren Aktien leben, erzählt die Sendung über den neuen Trend zur Börse, die sich nicht als Werbesendung ausweist. Ein euphorischer Konjunktiv verleitet zu einem Indikativ, auch wenn der dann zumeist kollabiert. Die haben es geschafft, wir könnten das auch, wird suggeriert. So lautet die Botschaft, die einen überwältigt und die Normalität durch Absenz eskamotiert. Das Risiko ist freilich ein Glücksversprechen, das sich bei den wenigsten einlöst; aber als Misslingen wird es nicht engagiert, nur als Erfüllung feiert es eine

pompöse Inszenierung. Die „Straße der Sieger“ ist gepflastert mit Leichen.

„Nur wer wagt, gewinnt“ ist eine Wahrheit die eine und doch keine ist. Denn sie ist die Ausnahme, nicht die Regel. Für mehr als neunzig Prozent der Fälle gilt: „Wer wagt, verliert“. Aber nur wer wagt, *kann* gewinnen. Wer nicht wagt, kommt nicht um das Scheitern herum, im Gegenteil, eins erhöht sogar dessen Wahrscheinlichkeit, sodass das Wagnis tatsächlich als Chance erscheint und als Herausforderung angenommen werden muss. Es ist der Stachel des marktbestimmten Daseins. Das bürgerliche Leben ist eines der unzähligen Niederlagen, das jedoch seine Siege feiert, als gäbe es nur diese. Damit das Wagnis Einzelner sich auszahlt, muss das Wagnis vieler verunglücken. Damit erstere sich erfüllen, müssen letztere sich opfern. Es wäre also an der Zeit, Wagnis und Risiko ganz prinzipiell zu debattieren, vor allem auch unter dem Vorzeichen der damit verbundenen Bereitschaft zur Opferung.

Wohlfahrt auf Talfahrt

Metaphysik der Arbeit geht so: Arbeit ist gesellschaftlich bedingtes Wollen, eines, das gleichwohl als unbedingt erscheint. Arbeit ist somit *gesellschaftlich bedingtes unbedingtes Wollen*. Ein Um und Auf, dem man nicht entgehen kann. Schon alleine deswegen, weil wir an unser primäres Lebensmittel, an Geld, bloß durch Arbeit kommen können. Das gilt für das direkt bezogene ebenso wie für das umverteilte. Dass Umverteilung überhaupt notwendig ist, zeigt ja den ganzen unsozialen Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse auf. Würde allein der Markt entscheiden, also die Fähigkeit sich in Wert zu setzen, zu kaufen und zu verkaufen, würden die meisten Menschen nicht nur Nachteile erleiden, sondern zugrunde gehen. Es ist der im Gegensatz zum Markt verteuerte Staat, der diese Elendsverwaltung wahrnimmt oder eigentlich besser: wahrgenommen hat.

Die Krise des Staates ist eine des Marktes, und zwar, weil ihm dieser nicht mehr genügend Mittel zur Verfügung stellen kann, seinen sozialstaatlichen Vorgaben nachzukommen. Sein Steuerungsvermögen nimmt potenziell ab, weil seine Steuereinnahmen bezogen auf seine gesetzlich verankerten Aufgabestellungen abnehmen. Daher müssen letztere geändert, das heißt zurückgefahren werden. Die Zwecke, die er bisher bedienen konnte und auch wollte, die kann er fortan einfach nicht mehr bedienen. So verwandelt er

sich in eine stets restriktivere Maschine, in der Sozialreform als Sozialabbau stattfindet. Freilich ist damit die Totalität des Kapitalverhältnisses empfindlich gestört. Denn wenn es die Geldmonaden in Leute ohne (oder mit wenig) Geld verwandelt, schafft es damit auch die Käufer seiner Produkte und Leistungen sukzessive ab. Verarmung und Verelendung sind die Folge.

Es ist nicht so, dass sich der Staat aus der Verantwortung stiehlt, wie alle Keynesianer meinen, sondern dass diesem einfach der Etat zur umverteilenden Fürsorge fehlt. Die Wohlfahrt befindet sich auf Tal-fahrt, da helfen auch sämtliche Ratschläge an die Politik wenig. Soziale Befriedigung ist zusehends weniger als Sozialstaat denkbar. Wenn man sich von diesen Gedanken nicht löst, steht man auf einem Posten, auf dem man nie wieder Boden unter die Füße bekommen wird.

Das Gleichgewicht von Staat und Markt war das Kennzeichen eines Kapitalismus am Höhepunkt seiner Entwicklung. Heute gibt es jenes nicht mehr, und niemand weiß, wie es wieder hergestellt werden kann. Interessant ist aber, dass nur dem Staat die negative Rolle zugesprochen wird, während der Markt geradezu als Problemlöser par excellence erscheint. Indes, nicht spezifisches Staatsversagen führt in die Krise, sondern die vom Wert geprägte Konstellation in ihrer Gesamtheit ist prekär geworden. Das Universum des Kapitals steht zur Disposition. Aber es wird nicht zur Disposition gestellt, sondern behauptet seine Position mit Nachdruck, auch wenn die mehr eine ideologische Bastion darstellt als eine reale.

Inklusion und Exklusion

Der sich ausbreitende Antagonismus der Arbeit lässt sich so bestimmen: *Was von den Leuten gefordert wird, nämlich zu arbeiten, wird ihnen verwehrt.* Nicht Inklusion in die Arbeit ist die vorherrschende Entwicklungstendenz, sondern Exklusion aus ihrem Reich der Notwendigkeit. Menschen werden im wahrsten Sinne des Wortes entsorgt. Niemand braucht sich mehr um sie sorgen, gilt für die auf sich selbst Zurückgeworfenen. Man will ihrer nicht habhaft werden, man will sie *loswerden*. Nicht ausgebeutet sollen sie werden, sondern *ausgeschlossen*. Im „Biotop“ der Arbeit ist das immens bedrohlich. Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes die Beschissenen. Wenn sie leben wollen, dann haben sie sich mit den Krumen der Mac Jobs zu begnügen. Mehr ist nicht mehr. Der Arbeitszwang

hingegen bleibt bestehen, ohne ihn erfüllen zu können. Es gleicht dem Schreien nach der Peitsche, obwohl es immer weniger Peitschen gibt. Die masochistischen „Slave to the rhythm“-Refrains des „chain gang song“ werden ganz sadistisch ignoriert, indem man den Willigen sogar den obligaten Sklavenstatus verweigert.

Nie war die Ideologie der Arbeit so aggressiv wie jetzt. Und warum auch nicht? Letztlich entscheidet noch immer die Arbeit (und all ihre Verwandlungen in Wert und Geld) über den Status in der Gesellschaft. Arbeit zu haben ist ein Privileg, ihr Nichtbesitz Behinderung. Wobei die schrumpfende Masse der konservativen Arbeitsplatzbesitzer immer reaktionärer zu werden droht. Mit Zähnen und Klauen verteidigen sie ihren nunmehr privilegierten Platz gegen ihresgleichen. Da mögen viele der Ihren umtypisiert, prekär beschäftigt oder arbeitslos werden, ja notfalls nehmen sie sogar Lohnkürzungen hin, alles in der egoistischen Absicht: „Hauptsache, ich habe Arbeit!“ Die großen Entsolidarisierungsschübe der traditionellen Arbeiterklasse stehen uns noch bevor.

Selbst wenn Leute sich individuell dem Arbeitszwang entziehen wollen, heißt das keineswegs, dass sie sich gegen das kollektive Gebot zur Arbeit auflehnen. Was allgemein gefordert wird und sich als gegenseitiger Druck der Subjekte gestaltet, dem wollen sie als Einzelne entkommen. Diese singuläre Flucht ist nicht Teil eines pluralen Widerstands. Den eigenen Willen wider die Arbeit kann das bürgerliche Wesen nur als Konkurrenzsubjekt wahrnehmen, nicht als Individuum, das nach ähnlich denkenden Individuen sucht. Anstatt sich gemeinsam von der Arbeit zu verabschieden, unterstellt man anderen, die Arbeit zu sabotieren. Anstatt sich der eigenen Klammerheimlichkeit zu stellen und ihr offensiv Ausdruck zu verleihen, wird der Konkurrent dergleichen verdächtigt. Und wehe, der andere will nicht arbeiten. Es ist eine irre Psyche, die sich hier zusammenflickt. Nicht das Bluten soll aufhören, lediglich die andern sollen für einen bluten. „Hinter uns die Sintflut“, sagen jene, denen das Wasser erst bis zur Brust reicht.

Nicht sich des Zwangs zu entledigen, ist hier die Aufgabe; nein: das Bekenntnis zur allgemeinen Durchsetzung des Prinzips leitet dieses zutiefst inhumane Denken. Und als Verblendungszusammenhang erster Klasse muss gelten, dass das, was einem zugefügt wird, als freier Wille erscheint. Ständig wird dieses „Selbst“ eingefordert, schreibt André Gorz in seinem

aktuellen Buch „Wissen, Wert und Kapital“ (Zürich 2004, S. 27): Selbststeuerung, Selbstorganisation, Selbstverantwortung, Selbstvermarktung. Was dem Subjekt angetan wird, soll es alles selbst anstellen. Ein solches Innen braucht keinen äußeren Befehl mehr. Wenn die Menschen in die richtige Stimmung versetzt werden können, ist Selbstbestimmung kein Problem mehr, sondern Gleitmittel affirmativen Soseins.

Totales Bekenntnis

Je genauer man sie anschaut, desto irrer blickt sie zurück. Alle wissen anscheinend, was Arbeit ist, aber so genau will es denn doch niemand wissen. Sie ist schlichtweg eine Selbstverständlichkeit, etwas, das man haben, aber deswegen noch lange nicht begreifen muss. Arbeit ist ein Bekenntnis, das sich gegen erkenntnistheoretische Anwendungen sperrt.

Gefordert wird ja auch nicht, *die* Arbeit zu verstehen, sondern *von der* Arbeit etwas zu verstehen.

Wenn Leute an Arbeit denken, dann denken sie diese, unabhängig davon, was sie im konkreten Fall von ihr denken, als Naturnotwendigkeit, vor der es kein Entfliehen gibt, allerhöchstens es gelingt, andere für einen arbeiten zu lassen. Sie wechseln dabei das inhaltliche Tätigsein mit seiner spezifischen Zurichtung. Darin genau liegt der ganze Arbeitswahn in den Köpfen auch begründet. Dass es diesen unmöglich ist, das konkrete Tun und die abstrakte Form, in der es sich darstellt, als nicht unbedingt identisch zu betrachten. Eben auseinander halten, was nur gesellschaftlich zusammengefügt ist. Die bürgerlichen Subjekte kennen Inhalte bloß in dieser Form, egal ob als bezahlte zugeordnet oder als unbezahlte beigegeben. Alles ist hier eins und somit einerlei.

Dass dieselbe Tätigkeit etwas anderes sein könnte, wenn sie nicht für den Markt geschieht, sondern als unmittelbarer Einsatz (Geschenk, Gabe, Schöpfung) zur individuellen und kollektiven Reproduktion frei assoziierter Menschen, will nicht so recht kommen. Freilich wäre dieselbe Tätigkeit dann nicht mehr dieselbe, eben weil die Verwertbarkeit als zentrales Kriterium ausgespielt hätte. Mit dem Wegfall dieser Bestimmung würde auch die *Arbeit* schlechthin der Vergangenheit angehören.

Heute dimensioniert das Formprinzip Arbeit den Inhalt, verleiht ihm sozusagen einen Körper, der als dessen unabänderliche Gestalt erscheint. Was hingegen kreatives Schöpfen sein könnte oder emanzipatorisches Werken, lässt sich nur errahnen,

bestenfalls negativ bestimmen, also sagen, was es nicht sein soll. Menschliche Tätigkeit kennt im kapitalistischen System und insbesondere in der deutschen Sprache bloß einen Namen: *Arbeit*. Das totalisierende Prinzip wird als totale Natur hingenommen.

Arbeit ist der Menschen täglich Brot. Nichts ist so tief verwurzelt wie das Bekenntnis zu ihr. Mensch sein heißt demnach Arbeiten müssen, dürfen, sollen, vor allem aber *wollen*. Wir wollen. Und wie wir wollen. Selbst wenn wir nicht wollen, wollen wir, ob wir wollen oder nicht. Dass dieses Wollen eigentlich ein Müssen ist, ein gesellschaftlich konstituiertes noch dazu, ist offensichtlich, wird aber permanent ignoriert. Der Arbeits-Freiwillige ist der mit freiem Wille ausgestattete Soldat der Arbeit. Er ist Teil eines Arbeitsheers, das in Schlachten und Feldzügen um Standorte und Absatzgebiete seine Werber und Waren ausschickt. Es geht um Okkupation. Arbeitsnegationisten, d.h. Arbeitsunwillige und Arbeitsverächter, Arbeitslose und Arbeitskritiker gleichen in diesem militärischen Realszenario Deserteuren. Nicht nur in der österreich-ungarischen Monarchie hat man mit solchen Leuten kurzen Prozess gemacht.

Alles hat der Wertverwertungsmaschine zu dienen, sei es direkt durch Lohnarbeit, sei es indirekt durch alles andere, was sich zwar nicht unmittelbar rechnet, was aber trotzdem unabdingbar ist, damit der Kapitalismus funktioniert, neuerdings auch terminologisch geadelt, indem der Begriff alles andere überfällt, als könnte dieses nicht auch ohne ihn bestehen; nein, nein, alles hört auf ihr Kommando: Hausarbeit, Erziehungsarbeit, Beziehungsarbeit, Trauerarbeit. Die verwesende Arbeit ist über uns gekommen. Sie vergiftet alles...

Aber zweifellos, Arbeit adelt. „Hast Du eh Arbeit?“ ist eine geflügelte Frage, deren Bejahung einen aufatmen und deren Verneinung auf soziale Degradierung schließen lässt. Und immanent betrachtet, ist es das. Keine Arbeit zu haben, da weiß nicht nur jeder Arbeitslose, was das bedeutet. Es heißt ein entwertetes Es, ein gesellschaftliches Nichts zu sein.

Vom Wahn zur Abschaffung

Die Arbeit ist zur Zeit nirgendwo so stark verankert wie in den Köpfen. Es ist der Wille zu ihr, der sie hält. Ein Klammern, ein Nicht-wahrhaben-Wollen. Gerade in Zeiten, wo die Arbeit reell verfällt, steigt sie noch einmal ideell auf. Die Diskrepanz von Wahrnehmung und Entwicklung

könnte krasser nicht sein. Es reüssiert ein kontrafaktisches Verhalten, eines, das die traditionellen Vorstellungen ernster nimmt als die aktuellen Wirkungen. Während das Formprinzip Arbeit als gesellschaftsverbindender Zusammenhang zerbricht, plustert es sich als weltanschaulicher Popanz geradezu auf. Die selige Himmelfahrt verkauft sich als irdische Hochzeit.

Die Arbeitsbirne ist eine Leuchte sondergleichen: Weil es zu wenig Jobs für Jugendliche gibt, müssen die Alten später in Rente. Weil die verbeamteten Lehrer zu viel kosten, müssen diese allerdings in Frühpension geschickt werden. Weil die Kaufkraft zu niedrig ist, müssen die Sozialleistungen und Löhne gedrückt werden. Und damit Arbeit geschaffen werden kann, müssen die, die Arbeit haben, länger arbeiten und nicht kürzer. Man könnte diese Liste geistiger Höhenflüge ins Unendliche fortsetzen. Aber das alles folgt wohl einem göttlichen Plan, dessen Komplexität wir einfach nicht kapieren.

Seien wir sicher: Je mehr die Leute arbeiten, desto mehr Arbeit schaffen sie nicht neu, sondern desto mehr schaffen sie ab. Je mehr sie ihre Produktivität erhöhen, desto mehr setzen sie andere außer Wert. Die steigenden Hektarerträge schufen nicht reiche Bauern, sondern führten zur Eliminierung eines ganzen Standes. Ähnliches gilt auch für Metall- und Textilarbeiter und viele andere Branchen bis hin zu Versicherungen und Banken. Einst fest Zugeordnete werden in dieser Anzahl nicht gebraucht. Unter kapitalistischen Vorzeichen bringt die Produktivkraftentwicklung die Produzenten reihenweise um ihren Produzentenstatus. Neuerdings gilt das auch für die so genannten Dienstleistungsberufe.

Geradezu irre ist der Widerspruch, dass, obwohl die Arbeit abnimmt, sie für die einzelnen stets zunehmen soll, sei es durch Arbeitsdichte, Arbeitszeitverlängerung oder die Hinaufsetzung des Pensionseintrittsalters. Der Wiener Nationalökonom Erich Streissler, ein würdiger Nachfolger des Apostel Paulus („Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen“), bringt die ganze Aggressivität der Arbeitsideologie auf den Punkt: „Solange man arbeiten kann, muss man auch arbeiten“, sagt er ganz unverhohlen. (*Die Presse*, 26. November 1999) Und wer dazu nicht mehr imstande ist, darf dann wohl sterben. Die Befreiung von der Arbeit kann hier nur noch im Jenseits stattfinden, im Diesseits hat sie keinen Platz. Arbeit und Leben sind in solchen Vorstellungen eins.

Keine andere Sinnstiftung wird zugelassen. Die so befangenen Menschen scheinen geradezu überfordert zu sein und geraten daher ins Beten. Sie stellen sich nicht den Fragen der Zeit, sondern geben ihre alten Stehsätzchen zum Besten, Marke: „Gearbeitet wurde immer“, oder „Arbeit zeichnet den Menschen aus.“ Mangels an gesellschaftlichen Alternativen sind solche Schlüsse naheliegend wie fatal. Arbeit meint Andacht, zweifelsfrei. Während das Gefängnis der Arbeit zusammenstürzt, will die Befangenheit partout nicht abnehmen, sondern spitzt sich zum Fanatismus zu. Die Insassen wollen nicht raus. Unter „draußen“ können sie sich gar nichts vorstellen. Der Gefangenenchor intoniert unverdrossen das Lied der Arbeit.

Es ist die Arbeit, die die Leute dumm macht. Wer sein Leben damit verbringt, täglich acht bis zehn Stunden Lebensmittelregale mit Preisschildern zu bekleben oder stumpfsinnige Werbesprüche für diverse Produkte zu erfinden oder routinisierte Artikel zur österreichischen Innenpolitik abzusondern oder oder oder..., dessen oder deren kreatives Potenzial ist extrem beschnitten. Es verkümmert aufgrund seiner Beschlagnahme. Arbeit verstellt den Menschen ihre Möglichkeiten. Sich ihr auszuliefern und zu überantworten, wird zusehends gemeingefährlich. Natürlich wird auch in Zukunft nicht alles Lust sein können, aber die Herstellung *kontrollierter Unlust*, und nichts anderes ist die Arbeit, wird nicht mehr die Sozietät beherrschen.

Das Problem ist nun nicht, dass die Gedanken der Realität enteilen, sondern dass sie ihr hinterherhinken. Das System bettelt förmlich um Ablöse. Befreiung wird nur möglich sein, wenn dieser fetischistische Schleier, der die Arbeit Naturnotwendigkeit heißt, in den Köpfen zerschlagen wird. Die zentrale Aufgabe besteht darin, Befangenheit als solche wahrzunehmen, zu begreifen und aufzulösen. Das ist die Grundbedingung, Arbeit angreifen zu können. Der Weg zur individuellen Verwirklichung führt nicht über die Arbeit, sondern über deren Abschaffung. Die ist Voraussetzung, um ein Leben jenseits der Existenz bewerkstelligen und genießen zu können. Emanzipation ist, wenn die zentrale Frage der Kommunikation nicht mehr „Was machst du?“, lautet, sondern schlicht „Wer bist du?“ Nicht welcher Charaktermaske man dient, ist doch von persönlichem Interesse, sondern welcher Mensch man ist.

Zuviel, was wir da wollen? – Weniger ist nicht mehr drinnen!

Dead Men **Working**

Die Ethnisierung des Sozialen

von Ernst Lohoff

Sogar in Deutschland lässt sich der Sozialstaat nicht völlig widerstandslos abwickeln. Zumindest das unter dem Kürzel Hartz IV bekannt gewordene Bündel an Verarmungsgesetzen hat im einstigen Heimatland der „Sozialpartnerschaft“ im Sommer dieses Jahres für reichlich Unmut gesorgt. Kein Wunder: Hartz IV bedeutet nicht nur für Hunderttausende eine einschneidende Verschlechterung der Lebensbedingungen, sondern markiert geradezu einen Systembruch von oben. Die Abschaffung der bisherigen Arbeitslosenhilfe beraubt die so genannten Langzeitarbeitslosen ihrer erworbenen Leistungsansprüche. An ihre Stelle tritt eine beitragsunabhängige elends-egalitaristische Minimalversorgung, deren Gewährung zu allem Überfluss an beständig demonstrierte, unbedingte Arbeitsbereitschaft und an die Hinnahme von Zwangsarbeitsterror geknüpft wird. In Deutschland gibt es ab Januar 2005 keine unzumutbare Arbeit mehr, so will es das Gesetz.

Eine solche Neuordnung braucht natürlich ideologischen Flankenschutz. Mit der gebetsmühlenhaften Beschwörung des TINA-Prinzips (*There is no alternative*) allein wollte sich das große Bündnis aus Regierung, Opposition und Wirtschaftsverbänden nicht begnügen. Angesichts der Montagsdemonstrationen griff die hiesige Arbeitskirche gleich zur wohl übelsten verfügbaren Waffe, nämlich zur Ethnisierung der Sozialen Frage.

Diese Schmutzpropaganda kam in zwei Varianten zum Einsatz. Zum einen nutzte die rot-grün-gelb-schwarze Koalition zur Diffamierung jedweder Proteste die Versuche rechter Gruppen den völkisch begründeten Sozialdarwinismus als Alternative zum ökonomierroristisch begründeten Sozialdarwinismus ins Spiel zu bringen. Die Erstlingsrechte für dieses immer wieder aufs Neue abgerufene Denuntiationsmuster dürften wohl beim saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller liegen. Unmittelbar nach seinem eigenen Wahlsieg, also bereits Wochen vor den

rechten Erfolgen in Sachsen und Brandenburg, brandmarkte er die Demonstrationen gegen Hartz IV als „aktive Wahlhilfe“ für die NPD. Wer sich von den Reformen nicht beglückt fühlt, ist nach dieser Logik bereits drauf und dran aus der „Gemeinschaft der Demokraten“ auszuscheiden und ins rechtsextreme Lager überzuwechseln! Dass die Führung von DVU und NPD angesichts solcher Zuordnungen jubilierten, dürfte sich von selber verstehen.

Kaum weniger ekelerregend und gemeingefährlich als die Umdefinition der Antihartz-Proteste zu völkischen Aufläufen fiel die Alternativvariante der Ethnisierung aus, die Warnung vor einer neuerlichen Ost-West-Spaltung. Glaubt man Gerhard Schröder, Joschka Fischer und Michael Glos, dann riskierten die Montagsdemonstranten leichtfertig die „innere Einheit des Landes“.

Der Sache nach war dieser Vorwurf nie etwas anderes als ein schlechter Witz. Niemand ging in Leipzig auf die Straße, um den Arbeitslosen in Bochum die Butter vom Brot zu stehlen. Keine Montagsdemonstration in West- oder Süddeutschland blies zum Verteilungskampf gegen die Osis. Im Gegenteil: Die Forderung „Weg mit Hartz IV!“ vereinte die Opfer der Sozialdemontage in Ost und West, statt sie zu trennen. Das hatte selbstverständlich auch die PDS begriffen. Statt auf Ostalgie und Separatismus zu setzen, sah sie die Chance, angesichts des allgemeinen Unmuts gegen Hartz IV endlich auch außerhalb ihrer östlichen Stammländer als Protestpartei zu reüssieren.

Dennoch hatte die Mahnung vor einer Spaltung ihren Sinn, und zwar zunächst einmal genau den gleichen perfiden wie die Beschwörung des angeblich völkischen Charakters des sozialen Unmuts. Es geht um so etwas wie eine ganz bewusst initiierte Self fulfilling Prophecy. Die Politik erklärt das Nazigesindel zum Sachwalter des sozialen Protests, um ihn ins rechte Abseits zu treiben. Sie warnt vor der

Ost-West-Spaltung, um sie herbeizurenden. Divide et impera, lautet das altbekannte Motto. Die von oben betriebene Ethnisierung des Sozialen hatte keinen anderen Zweck als die Proteste als Ost-Marotte zu isolieren, zu desavouieren und im Keim zu ersticken.

Über Wochen zog sich in dieser Hinsicht eine regelrechte Kampagne hin. Zuerst malten die Politiker die Gefahr einer Ost-West-Spaltung an die Wand. Dann tauchte „rein zufällig“ zur Bestätigung eine Emnid-Umfrage auf, nach der die Mehrheit der Westdeutschen die „Undankbarkeit“ der ostdeutschen Landsleute beklagte. Anschließend gab der höchste Würdenträger des Landes, Bundespräsident Horst Köhler, die in seinem Amt ansonsten übliche vornehme Zurückhaltung auf und hetzte die Wessis gegen die umverteilungsgeilen Osis auf. Die innere ideologische Einheit des Landes lässt sich, wenn man ihm glauben darf, nur auf einem Weg retten: die Ostdeutschen müssen den Anspruch auf die Herstellung halbwegs einheitlicher Lebensbedingungen in Ost und West fallen lassen. Die bürgerlichen Medien taten ihre Pflicht. Sie spendeten dem Staatsoberhaupt Standing Ovationen und wiederholten allenthalben seinen „Tabubruch“. Bei der Vorstellung „Gleichheit der Lebensverhältnisse in Deutschland“ handelt es sich um „etwas Nostalgisches“ (*Die Zeit*, 16. September 2004).

Erschreckenderweise hat die Übung ihren unmittelbaren Zweck voll erreicht. Noch bevor die Montagsdemonstrationen gegen Sozialabbau so recht angelaufen waren, hatte die gewaltsam losgebrochene Ost-West-Debatte Hartz IV aus den Schlagzeilen verdrängt und wurde zu einer entscheidenden Waffe bei der Marginalisierung des Protests: Die von ihnen selbst lancierte „Volksmeinung“ lässt den um die innere Einheit des Landes besorgten Politikern gar keine Wahl – sie müssen sozialpolitisch hart auf Kurs bleiben.

unsachlich
www.streifzuege.org

wertlos
www.streifzuege.org

jenseits
www.streifzuege.org

Es brennt, aber Hauptsache, Gleichbehandlung ist gesetzlich garantiert

von Maria Wöflingseder

Das erste Gleichbehandlungsgesetz trat in Österreich seit über 25 Jahren in Kraft. Damals wurde der Familienvorstand seiner juristischen Privilegien enthoben. Bis dahin konnte der Mann als Oberhaupt der Familie den Wohnort bestimmen und der Frau die Berufstätigkeit verbieten. Er war alleiniger Zeichnungsberechtigter bei Passanträgen, Lehrverträgen u.ä. für die Kinder und hatte „väterliche Gewalt“ über seinen Nachwuchs. Seither sieht das Gesetz gleiche Rechte und Pflichten für beide Geschlechter vor. Was die realen gesellschaftlichen Verhältnisse anbelangt, stimmt die Bilanz ein viertel Jahrhundert später nicht gerade hoffnungsvoll. Frauen sind in der Politik, im Wissenschaftsbetrieb, in traditionellen Männerberufen noch immer stark unterrepräsentiert und in leitenden Positionen kaum zu finden. Nur sechs Prozent der UniversitätsprofessorInnen sind Frauen, damit liegt Österreich in Europa hinter der Türkei und Portugal. In der Privatwirtschaft steigt der Einkommensunterschied zwischen Mann und Frau und insbesondere bei Frauen die Anzahl der working poor.

Seit 1. Juli 2004 gibt es das neue Gleichbehandlungsgesetz, das zwei Antidiskriminierungs-Richtlinien der EU umsetzt. Niemand darf auf Grund von *Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Weltanschauung, Alter und sexueller Orientierung* benachteiligt werden. Der Diskriminierungstatbestand *Behinderung* wird in einem eigenen Behinderten-Gleichstellungsgesetz geregelt werden. Das Gleichbehandlungsgebot gilt für Arbeitsverhältnisse aller Art, die auf einem privatrechtlichen Vertrag beruhen. Das Gleichbehandlungsgebot für Arbeitsverhältnisse zum Bund, zu einem Land, einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband ist in Sondergesetzen geregelt. Obwohl auch hier die Lage schlecht ist, haben Frauen und Behinderte im öffentlichen Dienst dennoch bessere Chancen als in der Privatwirtschaft.

Das Gebot zur Gleichbehandlung ist nicht auf das Arbeitsverhältnis alleine beschränkt. Es gilt auch für das Arbeitsumfeld (z.B. Berufsausbildung, berufliche Weiterbildung) sowie hinsichtlich des Diskriminierungstatbestandes der ethnischen Zugehörigkeit auch außerhalb der Arbeitswelt (Sozialschutz, soziale Vergütungen, Versorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, Wohnraum).

Nur ein Romeo darf noch geschlechtsspezifisch gesucht werden

Eine weitere Errungenschaft: Stellenausschreibungen dürfen nur mehr geschlechtsneutral und ohne Altersangabe erfolgen. Der erstmalige Verstoß gegen das Gebot zur nicht diskriminierenden Stellenausschreibung ist von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Verwarnung zu ahnden, bei weiteren Verstößen wird eine Geldstrafe bis zu 360 Euro verhängt.

Eine der wenigen Ausnahmen: etwa wenn das Burgtheater eine Besetzung für den Romeo sucht, betont die Gleichbehandlungsanwältin Alexandra Knell.

Für alle, die sich dennoch ungleich behandelt fühlen, gibt es die unabhängige Gleichbehandlungskommission, die mit Rat und Tat zur Seite steht. Was aber sollen nun zum Beispiel Arbeitslose nach der 300sten erfolglosen Bewerbung machen, wenn ein oder mehrere Kriterien der Benachteiligung auf sie zutreffen? Sollen sie die 300 Firmen klagen? Auf diese Frage ließen sich die beiden vor Optimismus nur so strotzenden Anwältinnen Ingrid Nikolay-Leitner und Alexandra Knell in einem Radio-Gespräch¹ nicht ein. Sie beteuerten jedoch, das Gesetz sei nicht nur bezüglich sexueller Belästigung, bezüglich gleichen Entgelts für gleiche Arbeit, bezüglich übergangene Beförderung, bezüglich Kündigung aufgrund des Alters, sondern auch bezüglich der Einstellung von Arbeitskräften recht wirksam. Mehr-

mals verwiesen sie auf die tollen Erfahrungen in den USA – dort gebe es das Gleichbehandlungsgesetz ja schon seit 40 Jahren. Sie schränkten aber ein, aus den Stellenanzeigen würden die Alters- und die Geschlechtsangaben nicht sofort verschwinden, aber jetzt handle es sich um eine Gesetzesverletzung, für die eine Geldstrafe riskiert wird. Da erhärtet sich der Verdacht, es gehe in erster Linie weniger um die tatsächliche Veränderung der gesellschaftlichen Realität, als vielmehr darum, dass Kriterien wie Alter, Geschlecht, ethnische Herkunft etc. nicht mehr *genannt* werden – ganz political correct. Ein Personalchef kann im Zweifelsfall eine Einstellungsentscheidung immer mit dem persönlichen Qualifikationsprofil rechtfertigen. Misserfolg wird also weiterhin individualisiert.

Wer hat etwas davon, wenn Firmen nun 1000 statt 300 Bewerbungen auf eine Stellenausschreibung bekommen? Man stelle sich nur die vergeudeten Stunden, Tage und Monate vor, die Arbeitslose der gesetzlich vorgegaukelten Gerechtigkeit wegen mit dem Verfassen völlig aussichtsloser Bewerbungsbriefe verbringen. Selbst wenn das Gesetz tatsächlich die gewünschte Wirkung hätte, die Arbeitsplätze würden sich dadurch nicht vermehren. Es könnte höchstens eine „gerechtere“ soziale Verteilung der Arbeitslosigkeit bewirken.

Hoffnungen weckt das neue Gesetz trotzdem. Etwa bei den über 50-jährigen Arbeitslosen, organisiert im Verein „Grau und Schlau“ in Salzburg. Mit dem Gleichbehandlungsgesetz pochen sie hartnäckig auf ihr Recht auf Arbeit.

Übrigens, die Moderatorin der Radiosendung hat den beiden Gleichbehandlungsapostelinnen bezüglich ihrer Hymnen auf die hoch gelobten Erfahrungen in den USA keine einzige Gegenfrage gestellt. Aber vielleicht zogen die beiden professionellen Optimismusversprüherinnen nur die Gleichheit unter Weißen in Betracht. Mir ist nur bekannt, dass in den USA Körperbehinderten mit mehr Rücksichtnahme auf ihre spezifische Situation rechnen können als bei uns, aber

www.streifzuege.org

bezüglich ethnischer Gleichheit sieht es mehr als finster aus! Die Lobeshymnen der Gleichbehandlungsexpertinnen und der fehlende Widerspruch der ORF-Journalistin sind inferior, ja, ein Hohn angesichts der tristen sozialen Realität von Schwarzen und Hispanics in den USA. Im nebenstehenden Kasten sind einige Fakten aufgelistet.

„Vier Klassen der Diskriminierung“

Sogar Politikerinnen von den Grünen und der SPÖ zweifeln an der Wirksamkeit des Gesetzes. Alexandra Bader in ihrem Bericht, dem die Tagung *25 Jahre Gleichbehandlungsgesetz* voranging: „Johanna Dohnal (Anm.: ehem. erste Frauenstaatssekretärin, SPÖ) schließt sich der Kritik von ... Terezija Stoisits (Anm.: Abgeordnete der Grünen) und anderen an einem Regierungs-Antidiskriminierungsgesetz an, durch das ‚vier Klassen der Diskriminierung‘ geschaffen wurden (Anm.: ‚Die Bundesregierung hat mit ihrem neuen Gesetzesentwurf auf einen einheitlichen Schutz vor Diskriminierung für alle Opfergruppen bewusst verzichtet und unterschiedliche Schutzniveaus für Lesben und Schwule, Frauen und Männer, Rassismuskritiker und andere geschaffen.‘ Stoisits²). Dabei werden teils auch Maßnahmen ausgehebelt, die Frauendiskriminierung sanktionieren und die Gleichbehandlungsanwaltschaften mit Aufgaben überladen, durch die sie wohl weniger zu ihrem eigentlichen Bereich kommen. Nach wie vor sind Frauen als öffentlich Bedienstete besser vor Diskriminierung geschützt als in der Privatwirtschaft und auch ein Antidiskriminierungsgesetz ändert nichts daran, dass Frauen allenfalls gegen Benachteiligung in der Arbeitswelt vorgehen kann.“³

Terezija Stoisits kritisiert außerdem die mangelhafte Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien: „Die von der EU vorgeschriebene Beweislastentlastung zugunsten des Diskriminierungsopfers, die notwendige, unabhängige und mit Ressourcen ausgestattete Anlaufstelle zur Unterstützung der Opfer, die Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit von Bundesbediensteten in der Gleichbehandlungsanwaltschaft und vieles mehr sind durch dieses Gesetz schlicht nicht gegeben.“⁴

„Mehr Recht schafft nicht mehr Rechte“

Bei aller Wertschätzung der unermüdlichen Bemühungen von Frauen, die sich

für frauengerechtere Verhältnisse einsetzen, aber wäre es nicht endlich an der Zeit, dieser mit enormem Aufwand betriebenen Fassadenkosmetik, die Fortschritt der sozialen Verhältnisse verheißt, die Maske vom Gesicht zu reißen? Wer sich einredet, mit derlei Gesetzen sei eine grundsätzliche Verbesserung zu erreichen, frönt wohl einem Zynismus, der oft jenen vorgeworfen wird, die innerhalb dieses Gesellschaftssystems keine emanzipatorische Entwicklungsmöglichkeit mehr sehen. Es gilt also in der Kritik tiefer zu schürfen.

Das Recht auf Gleichbehandlung, das Recht auf Arbeit, das Recht auf sauberes Wasser, das Recht auf gesunde Ernährung – sie werden permanent vollmundig proklamiert, aber Gleichbehandlung, Arbeit, sauberes Wasser, gesunde Ernährung sind dennoch immer weniger gegeben und auch nicht einklagbar. Da können sich noch so viele Bürgerinitiativen, GrünpolitikerInnen oder was weiß wer noch alle den Mund fuselig reden und die Füße wundlaufen: Ein kleiner Kratzer im Lack eines fremden Autos wird gerichtlich verfolgt, aber der Verkehrs- und Fluglärm oder das Gift im

Ethnische Ungleichheit in den USA

AUSZÜGE AUS „DAS LEUCHTFEUER DER WELT“ VON PAUL STREET*

...bereits im Jahr 2000 – also noch auf dem Höhepunkt des vielbeschworenen Clintonschen Wirtschafts-„Booms“ – litten schon 11 Millionen amerikanischer Haushalte an einer „ungesicherten Ernährungssituation“ (10,5 Prozent aller US-Haushalte). Wobei die Zahl „hungriger“ Haushalte bzw. solcher mit Nahrungsknappheit in der schwarzen bzw. hispanischen Gemeinde dreimal so hoch war wie bei den Weißen. Mehr als 12 Millionen aller amerikanischen Kinder leben in Armut – 17 Prozent – wobei mehr als 4 Millionen davon unter 6 Jahre sind. Damit liegt die Armutsrate bei Kindern in ... Amerika wesentlich höher als in jeder andern Industrienation der Erde.

Die Chance, als Afro-Amerikaner keine Arbeit zu haben, ist doppelt so hoch wie die eines / einer Weißen. Um zwischen Schwarz und Weiß Gleichheit am Arbeitsplatz zu schaffen, müssten in den USA 700.000 arbeitslose Afro-Amerikaner neu eingestellt und fast zwei Millionen Afro-Amerikaner befördert bzw. lohntechnisch höher gruppiert werden. Die Armutsrate bei schwarzen Amerikanern ist mehr als doppelt so hoch wie bei weißen. Fast jeder zweite Schwarze verdient weniger als 25.000 Dollar im Jahr – aber nur jeder dritte Weiße. Das durchschnittliche Jahreseinkommen schwarzer Haushalte (27.000 Dollar) beträgt weni-

ger als zwei Drittel des Durchschnittseinkommens weißer Haushalte (42.000 Dollar). Das durchschnittliche Nettohaushaltsvermögen schwarzer Familien ist um mehr als 90 Prozent niedriger als das weißer Familien. Der durchschnittliche weiße Haushalt besitzt ein Nettovermögen von 84.000 Dollar; der durchschnittliche schwarze Haushalt lediglich 7.500 Dollar. In „America's Fortune 2000“ (Liste der erfolgreichsten US-Unternehmen) stellen weiße Männer nur bis zu 43 Prozent der Arbeiterschaft; andererseits stellen sie aber 93 Prozent der leitenden Managementgarde dieser Unternehmen.

Amerikanische Schulen bzw. Wohngebiete sind derart rassengetrennt, dass das durchschnittliche schwarze Kind in den USA mit 57 Prozent schwarzen Kindern zur Schule geht. Dabei stellen Schwarze, wie gesagt, nur insgesamt etwa 12 Prozent der Gesamtbevölkerung. Der typische Afro-Amerikaner / die typische Afro-Amerikanerin in den USA lebt in einem Wohngebiet, in dem es nur etwa 33 Prozent Weiße, aber mehr als 50 Prozent Schwarze gibt.

* Originaltitel: *Beacon To The World*, übersetzt von Andrea Noll, ZNet 18.10.2002 <http://www.zmag.de/artikel.php?id=331>

Essen – zwar als gesundheitsschädigend erwiesen – sind nicht gerichtlich ahndbar. Oder: Menschen, die kleiner als einen Meter fünfzig sind, haben überhaupt kaum eine Chance auf einen Job; wann gibt es für diese endlich ein eigenes Gesetz? Oder wer denkt schon an Probleme, die Menschen haben, deren Körperbau geringfügig von der Norm abweicht – für sie wird es immer schwieriger Kleidung zu kaufen. Als Betroffene stolperte ich kürzlich über einen Leserbrief zu diesem Thema. Für Übergrößen gäbe es einen Markt, aber für Kleine (die keinem Bügelbrett ähneln) nicht, bekäme die Leserbriefschreiberin immer zu hören; wo bleibt ein Gesetz für diese Minderheit? An diesen Beispielen wird sichtbar, wie wenig das Recht der Wirklichkeit je gerecht werden kann. Der Versuch, mit rechtlichen Mitteln gegen Diskriminierung vorzugehen, ist nichts anderes als ein Hase- und Igel-Wettlauf.

„Mehr Recht schafft nicht mehr Rechte. Aber weniger Recht auch nicht. Juristische Lösungen dieses Dilemmas sind nicht in Sicht. Diese Krise des Rechts ist keine nur ihre Disziplin betreffende, d.h. eine innere Krise, sie ist ein gesellschaftliches Phänomen. Sie kann somit auch nicht mit den Instrumentarien des Rechts gelöst werden. Der Rechtsstaat zerbricht nicht an irgendwelchen äußeren Feinden, sondern an seiner Logik. Auf das Recht können wir uns nicht mehr verlassen, es verlässt uns vielmehr.“⁵

Recht taugt nicht nur nicht so recht zur Herstellung menschenwürdiger Verhältnisse, sondern setzt die Trennung der Menschen von ihren Existenzgrundlagen und Verwirklichungsmöglichkeiten strukturell voraus.

Gestylte Gleichbehandlung

Wieviele Frau- und Mannstunden, -tage, -wochen, -monate, -jahre dieser hilflose Gleichbehandlungsaufwand, dieses Gleichbehandlungsstyling wohl verschlingt? Je ungerechter, je verrückter, je menschenverachtender, je ungesünder die Verhältnisse werden, desto dicker werden Glanz und Glorienschein aufgepappt.

„Subjektive Rechte braucht es nur dort zu geben, wo diese nicht als objektive Selbstverständlichkeiten erscheinen. Ein ‚Recht‘ auf Leben, Nahrung, Wohnung usw. aber ist an sich absurd; es macht nur Sinn in einem gesellschaftlichen Bezugssystem, das seiner Tendenz nach all diese elementaren Grundlagen menschlicher Reproduktion eben nicht gerade selbstverständlich voraussetzt, sondern im Gegenteil ständig objektiv in Frage stellt.“⁶

Das erste Gleichbehandlungsgesetz reagierte auf eine veränderte soziale Wirklichkeit; angesichts der Nachfrage an weiblicher Arbeitskraft beseitigte es juristische Bestimmungen, die zur Frauenerwerbstätigkeit nicht mehr passten. Die geschlechtliche Differenzierung wurde auf der gesetzlichen Ebene abgeschafft, ohne dass deswegen die reale geschlechtsspezifische Benachteiligung verschwunden wäre. Im neuen Gleichbehandlungsgesetz werden nun aber diese und noch mehr Kategorien wieder eingeführt und festgeschrieben: Geschlecht, ethnische Zuge-

Qualitätszertifikate, Gütesiegel, Konsumentenschutz, Evaluation, Gleichbehandlungskommission, Gender Mainstreaming, EU-Equal-Programme, Design, Lifestyle und Wellness sind die Zauberwörter, die uns verabreichten Tranquilizer. Die Postmoderne ist in der Wirklichkeit angekommen. Willkommen im Zeitalter der Simulation!

M.W.

2000 Zeichen

abwärts

hörigkeit, Religion, Weltanschauung, Alter und sexuelle Orientierung. Und bald werden noch viel mehr Benachteiligte Gleichbehandlung einfordern, manche tun das bereits: zu Große, zu Kleine, Über- und Untergewichtige, Linkshänder, psychisch Kranke, Nichtraucher, Abstinenzler, Allergiker, von Lärm Kranke usw.

Die Absurditätsspirale bohrt sich immer weiter in den Paragraphendschungel, während die Betroffenen immer mehr auf der Strecke bleiben. Bezüglich Umweltgefahren wurde es schon weitgehend erkannt: Je größer und umfassender sie werden, desto weniger können Verantwortliche ausgemacht werden – all den gegenteiligen beflissenen Beteuerungen zum Trotz. Wen wundert es, wenn die Menschen ohnmächtig resignieren. Vielleicht tangieren die Ungereimtheiten des Gleichbehandlungsgesetzes kaum jemanden, weil sich ohnehin keiner etwas Großartiges davon erwartet?

Anmerkungen

- 1 Von Tag zu Tag, Ö1-Sendung mit Ingrid Nikolay-Leitner und Alexandra Knell vom 15. Juli 2004.
- 2 Terezija Stoits: Mangelhafte Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien, www.parlament.gv.at/pls/portal/url/page/PG/DE/XXII/I/I_00307 (OTS 0169 vom 1.7.2004).
- 3 Alexandra Bader: 25 Jahre Gleichbehandlungsgesetz – kritische Frauenbilanz der Grünen, <http://www.ceiberweiber.at/2004/25jahre.htm>
- 4 Terezija Stoits: a.a.O.
- 5 Franz Schandl: Finale des Rechts – Hypothesen über das Absterben eines abendländischen Formprinzips, in: *krisis* 26, Bad Honnef 2003, S. 153.
- 6 Ebenda (resp. Robert Kurz zit. nach Franz Schandl), S. 155.

Gleichberechtigt geht die Welt zugrunde!?

Frauen fordern immerzu die gleichen Rechte wie Männer. Wenige überlegen, was denn eine solche Forderung überhaupt bedeutet; so sehr ist uns diese Formel wie das Gute-Nacht-Gebet eingeflüstert worden. Was soll daran so erstrebenswert sein, in den Fängen einer todbringenden Logik „Karriere“ zu machen? Was soll daran emanzipatorisch sein, Polizistin, Soldatin, Generalin, AKW- oder AMS*-Direktorin zu werden? Die Annahme, Frauen würden die Jobs in diesen Positionen menschengerechter ausführen

als Männer oder gar die menschenverachtenden Verhältnisse verändern, ist eine ebensolche Illusion wie der Glaube, andere Parteien würden eine bessere Politik machen. Der einzig sichtbare Erfolg von Frauen liegt – überspitzt formuliert – in denselben Lungenkrebs- und Herzinfarkttraten und im selben Schlafentzugsquantum auf Grund von Dauerstress wie bei Männern.

Gleichberechtigt geht die Welt zugrunde? Das kann doch nicht alles gewesen sein?

M.W.

* Arbeitsmarktservice = Arbeitsamt

2000 Zeichen

abwärts

Out of Area – Out of Control

WARENGESELLSCHAFT UND WIDERSTAND IM ZEITALTER VON DEREGULIERUNG UND ENTSTAATLICHUNG
2. TEIL: FIGHT BACK

von Ernst Lohoff

Resümee des ersten Teils

Den gegenwärtigen Kapitalismus kennzeichnet das Auseinandertreten von sinnlich-stofflichem und monetärem Reichtum. Für die Warengesellschaft hat Reichtum nur insofern Existenzrecht, als er als Darstellungsform abstrakter Arbeit taugt. Diese Transformation wird aber zunehmend zum Problem. Der Marktradikalismus ist zugleich ideologischer Reflex und Verarbeitungsform dieses basalen und unhintergehbaren Systemwiderspruchs. Mit seinem breit angelegten Kommodifizierungs- und Deregulierungsprogramm setzt er sich darüber hinweg, dass sich die allgemeinen Voraussetzungen der Warenproduktion nur um den Preis schwerer Verwerfungen selber als Warenproduktion organisieren lassen. Diese Aufgabe lag, vom kapitalistischen Standpunkt aus gesehen aus guten Gründen, bis dato beim staatlichen Gesamtkapitalisten. Das marktradikale Konzept halluziniert den fundamentalen Unterschied von Maschine und Brennstoff und läuft strukturell auf den Versuch hinaus, das warengesellschaftliche Schiff durch sukzessive Selbstverheizung noch eine Weile unter Dampf zu halten.

1. Marktradikale Ideologie und Systemimperativ

Im ideologischen Richtungsstreit haben sich die gesamte Geschichte des Kapitalismus hindurch immer solche Ideen durchsetzen und Einfluss gewinnen können, die auf ihre Weise die Systemlogik und das von der kapitalistischen Gesellschaft jeweils erreichte historische Widerspruchsniveau reflektierten. Als Formen fetischistischer Bewusstheit waren sie dabei indes nie einfach nur die unmittelbar funktionale Übersetzung der aktuellen Systemimperative. In der reinen Exekutorenfunktion ist noch keine politisch-weltanschauliche Strömung je aufgegangen. Das gilt auch für den heute herrschenden Markt- und Selbstverantwortungswahnsinn. Dessen Vertreter imitieren zwar begeistert die steinzeitmarxistische Geschichtsteleologie; wie die Anhänger

der 2. Internationale die eherne historische Notwendigkeit hinter sich glaubten, so schwadronieren die Marktradikalen von „unabweisbaren Sachzwängen“, wenn sie ihr Entstaatlichungsprogramm betreiben. Dieses Selbstverständnis lenkt indes von der eigentlichen Kraftquelle der marktradikalen Strömung ab. Der Markt- und Selbstverantwortungswahnsinn zeichnet sich nicht nur, wie alle Ideologien, durch ein überschießendes Moment aus. Als die Erlösungsreligion des gegenwärtigen Zeitalters hat er darüber hinaus im schlimmsten Sinne utopisch-visionären Charakter und liefert einen ideellen und zugleich reellen Gesamtzugriff auf die Wirklichkeit.¹ Die Marktradikalen sind nicht bloße Krisenverwalter. Ihre sozialdarwinistische und arbeitsterroristische Ideologie treibt sie zur Übererfüllung und zu einem höchst einseitigen, dabei aber hochgradig kohärenten Verständnis² der Systemimperative.

Das macht zugleich die Stärke wie die Schwäche des marktradikalen Projekts aus. Einerseits richtet es in seiner Wirklichkeitsverachtung von vornherein absehbare Folgeschäden an wie kaum ein anderes Weltveränderungsprogramm vor ihm. Auf ihrem Weg durch die gesellschaftliche Realität hinterlässt die marktradikale Weltverbesserungs-Dampfwalze einen Trümmerhaufen nach dem anderen. Damit schafft die marktradikale Umgestaltung aber immer neue potentielle Angriffsflächen und gesellschaftliche Konfliktfelder. Nicht nur das große Selbstverheizungsprojekt insgesamt zeichnet sich, selbst kapitalimmanent gesehen, durch, gelinde gesagt, dysfunktionale Züge aus; das gilt auch für fast alle Einzelmaßnahmen. Auf der anderen Seite setzt die gnadenlose Totalidentifikation mit der Geldlogik die Marktradikalen in den Stand, als einzige Kraft auf dem Boden der Warengesellschaft überhaupt noch eine kohärente Weltdeutung und Perspektive zu bieten und mit einem universellen Anspruch aufzuwarten.³ Angesichts dieser Fähigkeit verkehren sich in der Konkurrenz mit neokynesianischen Krisenbewältigungskonzepten die von der markt-

radikalen Heilslehre geforderten Opfergänge fast schon wieder in ein Pro-Argument. Was vorderhand nicht weh tut, kann langfristig nicht helfen. Mit dem Marktradikalismus tritt eine Ideologie auf den Plan, die zur Not selbst noch offenes Maschinengewehrfeuer und standrechtliche Erschießungen den Getroffenen als leider notwendige Kollateraltörung verkaufen kann, die sie schon aus wohlverstandenen, längerfristigem Eigeninteresse hinzunehmen haben.

Diese seltsame Dialektik lässt sich rein immanent nicht aufbrechen. Um die vielen sich auftuenden Konfliktfelder in einem emanzipativen Sinn zu besetzen, bedarf es schon einer Gegenpositionierung, die ebenfalls einen universellen Standpunkt bezieht, und zwar universell in einem fundamental systemkritischen Sinn.

2. Kein erfolgreicher Widerstand ohne Gegenvision zum Marktwahnsinn

Die Warengesellschaft macht unterschiedslos alle Menschen zu Waren- und Geldsubjekten. Dementsprechend musste auf dem Boden der bestehenden Ordnung auch das Ringen emanzipatorischer Strömungen um eine breitere Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum die Form der Durchsetzung banaler Konkurrenzinteressen annehmen bzw. in sie einmünden. Mit den übrigen Kategorien von Warenbesitzern verbindet die Verkäufer der Ware Arbeitskraft das Streben, ihre Ware zu möglichst günstigen Konditionen loszuschlagen. Empfängern von Sozialleistungen geht es im gesellschaftlichen Verteilungsstreit nicht weniger ums liebe Geld als den Kapitalisten. Und doch hat die kapitalistische Geschichte strenggenommen noch keinen Kampf für verbesserte Lebensverhältnisse gesehen, der in der Exekution banaler Konkurrenzinteressen aufgegangen wäre. Selbst noch die kollektive Durchsetzung ganz simpler Errungenschaften, setzte die partielle Sistierung des Wettbewerbs unter dem kapitalistischen Humanmaterial voraus. Sämtliche imma-

nente Kämpfe lebten mit von einem Gegenbild zur herrschenden Konkurrenzgesellschaft, auch wenn das noch so unscharf gewesen sein mag. Mit dem Verblassen dieser Gegenbilder verloren sie denn auch an Vehemenz, um schließlich weitgehend zum Erliegen zu kommen.

Im Zeitalter der Arbeiterbewegung diente die Vorstellung der „Expropriation der Expropriateure“, also die Vision von der Überführung der großen Arbeitsmaschine in die solidarische Regie des Proletariats, als Kraftquelle. Diese Vorstellung von einer anderen Gesellschaft hat sich gründlich erschöpft. Der Unmut angesichts der marktradikalen Generaloffensive wird sich nie zu einer neuen emanzipatorischen Gegenbewegung transformieren, wenn nicht ein neuer, weiterreichender Traum an Stelle des verblichenen tritt. Ein Prozess der Resolidarisierung ist daran gebunden, dass der Gedanke der direkten Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums und der produktiven Potenzen gesellschaftlich virulent wird. Die Arbeits- und Verwertungsmaschine monopolisiert alle Ressourcen für sich und hat gleichzeitig für die Humankapitalressource immer weniger Verwendung, sodass selbst in den Metropolen keine halbwegs erträglichen Knechtschaftsbedingungen mehr abfallen. Die adäquate emanzipatorische Antwort auf diesen Zustand kann nur der Wunsch sein, die an ihrem eigenen Güterreichtum erstickende Arbeitsmaschine zu demontieren. Erst das aus der radikalen Kritik des Fundaments der Warengesellschaft entspringende Gegenbild erlaubt eine offensive Reformulierung der gesellschaftlichen Konfliktlinie. Wenn Markt und staatlicher Maschinist das Gros der Menschen für überflüssig erklären, beweisen sie damit etwas anderes als ihre eigene Überflüssigkeit? Die Gesellschaft muss sich vom Strukturzwang befreien, allen Reichtum auf Warenreichtum zu reduzieren und alle gesellschaftlichen Beziehungen auf Waren- und Rechtsbeziehungen. Für die Güterproduktion bedeutet das den Übergang zu einer direkt und allein an sinnlichen Bedürfniskriterien orientierten gesellschaftlichen Reproduktion, die ohne den Umweg über Geld und Staat auskommt.

Natürlich lässt sich die Gegenperspektive nicht in ein Ad-hoc-Aneignungs-Programm übersetzen. Sie zielt vielmehr auf tiefgreifende und entsprechend langfristige Umwälzungsprozesse. Ohne eine solche weitreichende Orientierung, bleiben die Gegner des Marktradikalismus aber nicht nur diskursiv im Hintertreffen,

sondern auch in den unmittelbaren Kämpfen dazu verurteilt, sich in aussichtslosen Abwehrgefechten zu verschleißen.

3. Vorauseilender Gehorsam und Finanzierbarkeitsparadigma

Die derzeitige Situation spricht in dieser Hinsicht eigentlich eine recht eindeutige Sprache. Die große neoliberale Aufbruchseuphorie der 80er und frühen 90er Jahre hat sich mittlerweile gelegt. Dennoch oder vielmehr gerade aufgrund der Krise des Kasinokapitalismus zeigen sich alle tonangebenden gesellschaftlichen Kräfte mehr denn je dem marktradikalen Programm verpflichtet. Weltweit gelten Kommodifizierung und Privatisierung als das absolute Gebot der Stunde. Damit „Wachstum“ und „Beschäftigung“ wieder möglich werden, müssen endlich auf breiter Front „Markt“ und „Eigenverantwortung“ die staatliche Fürsorgepflicht ersetzen, heißt es allenthalben. Die Umsetzung dieses Programms hinterlässt eine breite Schneise sozialer Verwüstung und löst Widerstand und Proteste aus. Die immer neuen Scheußlichkeiten bringen in einigen Ländern durchaus auch schon mal Millionen von Menschen auf die Straße. Und doch bleiben die Gegner des marktradikalen Amoklaufs in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung im Hintertreffen und im öffentlichen Meinungsstreit hoffnungslos in der Defensive – und das weltweit.

Entscheidend mitverantwortlich für diesen unerträglichen Zustand sind die Grundprämissen der landläufigen Kritik. Wesentlich von der nostalgischen Rück Erinnerung an den fordistischen, wohlfahrtsstaatlich eingehegten Kapitalismus zehrend, unterstellen die Opponenten des Marktradikalismus ganz selbstverständlich, was auch den Marktradikalen als selbstverständlich gilt: Die gesellschaftliche Reproduktion kann immer nur Abfallprodukt gelingender gesamtgesellschaftlicher Wertverwertung und der Anhäufung von monetärem Reichtum sein. Und ebenfalls in Übereinstimmung mit dem dominanten Marktradikalismus wird auch von dessen Gegnern Geldreichtum und stofflichen Reichtum als deckungsgleich behandelt. Wer mit diesen Grundannahmen operiert, leistet aber entgegen der eigenen Intention vorauseilenden Gehorsam gegenüber der warengesellschaftlichen Killerlogik. Der Neokeynesianismus argumentiert stur so, als legitimere erst der Nachweis, dass kapitalistisches

Wachstum auf anderem, weit opferärmerem Wege zu erzielen wäre, den Widerstand gegen den marktradikalen Amoklauf. Indem er die „Finanzierbarkeitsfrage“ durch Anwendung ihrer Konzepte als lösbar unterstellt, hat er dieses Totschlagargument als das Kriterium aller Kriterien bereits anerkannt und damit den Primat der Geld- und Profitlogik insgesamt. Damit steht er aber immer schon auf der Verliererstraße. Im Kampf der konkurrierenden Halluzinationssysteme haben, auf einer solchen Basis, die Marktradikalen allemal die besseren Karten.

Die Warengesellschaft steht vor zwei Aufgaben, die immer weniger miteinander zu vereinbaren sind. Der Systemzwang gebietet ihr Reichtum in akkumulierbaren Geldreichtum zu übersetzen. Gleichzeitig kommt sie aber nicht umhin, die gesellschaftliche Reproduktionsfähigkeit aufrechtzuerhalten und den Absturz in anomische Zustände zu verhindern. Die Opposition ist schlecht damit beraten, sich über die strukturelle Unvereinbarkeit hinwegzulügen, um den Marktradikalen alternative, gesamtkapitalistische Verwertungskonzepte entgegenhalten zu können. Statt die Energie damit zu verschwenden, sich selber und dem werten Publikum dubiose monetäre Konzepte als plausibel zu verkaufen, sollte sie sich lieber darauf konzentrieren, die von den Marktradikalen im Zeichen eines neuen Sozialdarwinismus durchgestrichene Frage der Reproduktionsfähigkeit der Gesellschaft und des sinnlich stofflichen Reichtums in den Mittelpunkt zu rücken. Wer konsequent die direkten Kosten und Folgekosten marktradikaler Streichungen herausarbeitet und die rigorose Kommodifizierung als gesellschaftliches Suizidprogramm brandmarkt, hat es gar nicht nötig, Widerstand als mit dem System der Wertverwertung kompatibel zu verkaufen. Die Legitimitätsfrage ist vielmehr von vornherein offensiv zu wenden. Wenn die kapitalistische Ordnung die gesellschaftliche Reproduktion nicht mehr vorsieht, welchen Grund gibt es dann für den Kotau vor ihrer Logik?

Emanzipatives Denken fängt nicht dort an, wo Menschen aus Respekt vor der Heiligen Kuh des Geldes die vier Grundrechenarten verlernen und phantasieren, „Geld sei ja genug da“, um sich als die besseren Maschinisten des kapitalistischen Gesamtbetriebs zu imaginieren. Emanzipatives Denken streicht vor allem anderen das Finanzierbarkeitsparadigma als das Kriterium aller Kriterien durch. Dass sich soziale Absicherung und die Aufrechter-

haltung der gesellschaftlichen Reproduktionsvoraussetzungen nicht mehr rechnen, ist nur für den wahnwitzigen Marktradikalismus ein Argument gegen medizinische Versorgung und öffentliche Bildung usw. Das Ansinnen, der aussichtslosen staatlichen Haushaltssanierung wegen die Infrastruktur und die Lebensperspektiven von Millionen zu opfern, ist verrückt und verdient nur eines: offensive Verständnislosigkeit. Wenn das Rechnen in monetären Größen gesellschaftlich unübersehbar suizidal wird, dann ist der Zeitpunkt gekommen, dieses seltsame Verfahren als irrsinnig zu attackieren. Der Marktradikalismus hat die Finanzierbarkeitsfrage systemfunktional gesehen überaffirmiert. Paroli kann ihm nur eine Strömung bieten, die demgegenüber das Problem des stofflichen Reichtums und der sozialen und kulturellen Beziehungen zum Dreh- und Angelpunkt macht, und zwar in demonstrativer Gleichgültigkeit gegenüber den Systemimperativen und damit von vornherein in einem über deren warengesellschaftliche Bedeutung hinaustreibenden Sinn. Unter den Bedingungen des Krisenkapitalismus eröffnet erst der grundsätzliche Streit um die Frage, was eigentlich unter Reichtum zu verstehen ist, einen Zugang zu einer emanzipativen gesellschaftlichen Konfliktformulierung.

4. Der Kampf um die staatliche Konkursmasse

In der Warengesellschaft scheidet nur ein Kriterium zwischen Tätigkeiten und Gütern, die Teil des gesellschaftlichen Reichtums sind, und solchen, denen diese Anerkennung versagt bleibt – das Kriterium der Verkäuflichkeit. Findet Giftgas zahlungsfähige Nachfrage, gehört seine Produktion zum gesellschaftlichen Reichtum; Kinderbetreuung, die niemand bezahlt, hingegen nicht. Diese strukturelle Blindheit kann die Warengesellschaft – wie im ersten Teil dieses Beitrags schon entwickelt – nur auf einem Weg umgehen und zumindest die für ihren eigenen Betrieb unerlässlichen, allgemeinen gesellschaftlichen Reproduktionsvoraussetzungen nachträglich sicherstellen: durch die Einmischung der staatlichen Gewalt. Genau diese beschränkte Form der Berücksichtigung sinnlich-stofflicher Bedürfnisse liegt im Fadenkreuz des marktradikalen Projekts. Zum einen sollen die von den staatlichen Instanzen gegenüber der zerstörerischen Wirkung unreglementierter Konkurrenz errichteten Bar-

rieren verschwinden (Umweltgesetzgebung, Arbeitsbedingungen, Ladenöffnungszeiten usw.). Zum anderen nimmt das Deregulierungsunternehmen mit seiner Forderung nach Ausgabenbeschränkung und allgemeiner Kommodifizierung die staatliche Umverteilungsmacht ins Visier, soweit sie die Resultate totaler Konkurrenz im Nachhinein zu mildern versucht (Sozialstaat). Eine Opposition, die gegen die Diktatur des abstrakten monetären Reichtums eine stofflich-sinnliche Neubestimmung des gesellschaftlichen Reichtums und der Beziehungsform setzt, kann sich nur in Frontstellung zu dieser Entwicklung formieren. Sie kommt nicht umhin, sich in den Konflikt um die staatliche Redistributionsgewalt einzumischen, und dem marktradikalen Konzept der Fokussierung aller Staatsausgaben auf die unmittelbar verwertungsrelevanten Sektoren eigene, der marktgerechten Zurechtweisung zuwiderlaufende Forderungen entgegenzusetzen. Solange das Gros des gesellschaftlichen Reichtums durch das Nadelöhr des Geldes hindurchgepresst wird, nehmen diese Ansprüche unweigerlich auch monetäre Form an.

Auf den allerersten Blick könnte das vielleicht als Abkehr von der gerade proklamierten fundamentalen geld- und staatskritischen Grundausrichtung erscheinen. Auf den zweiten allerdings schon nicht mehr. Während reformistische Konzepte die in Zersetzung begriffene staatliche Maschinistenrolle als unhintergehbare gesellschaftliche Norm nehmen und sie restaurieren möchten, behandelt eine um die Neubestimmung des gesellschaftlichen Reichtums kämpfende Opposition die staatliche Redistributionspotenz lediglich als faktischen Ausgangspunkt. Das Nein zum Marktradikalismus impliziert kein Ja zur Staatsherrlichkeit, perspektivisch geht der Streit vielmehr um deren Konkursmasse. Wird das, was in 150 Jahren an öffentlicher Struktur aufgebaut wurde, binnen kürzester Zeit marktwirtschaftlich verbrannt oder gelingt es, die rettenswerten Momente am staatlichen Infrastrukturwesen vor dem Verwertungs-Ofen zu bewahren, damit sie dann eine soziale Aneignungsbewegung sukzessive in standbesetzen und neu, von der Maschinistenfunktion entkoppelt, organisieren kann.

5. Was heißt zukunftsfähig?

Die öffentliche Diskussion steht vorderhand unter dem berühmt-berüchtigten Finanzierbarkeitsparadigma. Emanzipati-

ves Denken kann der Misere der Staatsfinanzen nur mit offensiver Gleichgültigkeit begegnen und demgegenüber auf dem Primat anderer Kriterien beharren.

Der Streit um die Finanzierbarkeitsfrage lässt sich auch als Kampf um die Bedeutung des Begriffs „Zukunftsfähigkeit“ fassen. In den 70er Jahre hieß es schon einmal, die heute Lebenden würden sich an der Zukunft künftiger Generationen vergehen. Damals war damit bekanntlich die Zerstörung der ökologischen Grundlagen gemeint. Mittlerweile legitimiert die Aufforderung, doch die „Zukunft unserer Kinder nicht zu verspielen“ immer nur eine restriktive Haushaltspolitik. Gegenwärtiger, vom Staat garantierter gesellschaftlicher Reichtum soll auf dem Altar einer fiktiven monetären Zukunft geopfert werden. Hohe Zeit beim Begriff Zukunft wieder die Perspektive auf sinnlich-stoffliche Fragen zu lenken, nur diesmal breiter angelegt.

Die Weigerung, die Frage der Finanzierbarkeit als die Frage aller Fragen anzuerkennen, ist freilich nicht mit der Forderung nach einer absoluten Vermehrung der Staatsausgaben zu verwechseln und hat nichts mit irgendeiner Nachfrageorientierung zu tun. Diese Differenz ist schon insofern wichtig, als der auf den Standortwettbewerb geeichte Staat auch angesichts der Krise keineswegs grundsätzlich auf eine restriktive Gesamthaushaltspolitik vereidigt ist, zumindest nicht in den Weltmarktzentren. Das ist nicht nur für eine ferne Zukunft von Bedeutung, sondern bereits für die Auseinandersetzungen der nächsten Jahre. Praktisch zeichnet sich nämlich der Übergang zu einer exzessiven, börsenkeynesianisch motivierten Verschuldungspolitik auch auf dem Boden des Marktradikalismus entweder bereits ab (Europa) oder ist sogar schon vollzogen (USA). Das impliziert aber früher oder später, auch was den öffentlichen Meinungsstreit angeht, eine Wendung. Demnächst dürfte in den staatskreditwürdigen Ländern weniger darüber gestritten werden, ob im großen Stil Verschuldung betrieben wird, sondern zu welchem Zweck, und wohin die monetären Mittel zu dirigieren sind. Soll die in den Metropolen nach wie vor enorme staatliche Redistributionspotenz auf Ausgabenbereiche konzentriert werden, die zur Erneuerung kapitalistischer Wachstumsillusionen als relevant gelten? Nehmen diese Gesellschaften bereitwillig riesige Vorkosten für Eliteuniversitäten und zukunftslose Zukunftsindustrien in Kauf, bei verschärfter Vernachlässigung der

sonstigen gesellschaftlichen Infrastruktur?

Der linken neoklassischen Nachfragepolitik steht kein theoretisch begründbares Kriterium zur Unterscheidung von guten und schlechten Staatsausgaben zur Verfügung. Im keynesianischen Bezugssystem existiert, was die versprochene wachstumsfördernde ökonomische Wirkung angeht, kein Unterschied, ob der Staat seinen Nachfrage-Aufgabe durch das sinnfreie Graben und Wiederzuschütten von Löchern⁴, durch gesteigerte Militärausgaben oder durch „soziale Wohltaten“ nachkommt. In einer Situation, in der auch die Gegenseite mit anderen Vorzeichen auf Nachfragepolitik umschwenkt, kommt der Linksklassismus mit seiner Argumentation notwendig ins Schleudern. Gleichzeitig gerät er angesichts der absehbaren Folgen einer solchen Wendung (Entwertungsprozesse, was das Geldmedium selber angeht) in ideelle Haftungsgemeinschaft mit seinem Gegner. Emanzipatives Denken, das von vornherein die stofflich-sinnlichen Fragen als solche in den Mittelpunkt rückt, statt „materielle und immaterielle Güter“ als im Grunde austauschbare Träger von prekären Wachstumseffekten zu behandeln, büßt dagegen nichts von seiner Fähigkeit zur gesellschaftlichen Konfliktformulierung ein. Sowohl die vom Börsenkeynesianismus von morgen als auch die wahrscheinlich von inflationären Prozessen wesentlich mitgekennzeichnete Konstellation von übermorgen sind dieser Form von Kritik von vornherein auf den Leib geschrieben.

6. Gegen den Standortstaat

Die Staatsgewalt nimmt auf drei Wegen variierend Einfluss auf die schöne Konkurrenz-Welt der Warenbesitzer und damit auf die gesellschaftliche Gesamterzeugung. Erstens hält sie als Gebots- und Verbotstaat mit allgemeinen Auflagen und Vorschriften die einzelkapitalistischen Akteure partiell davon ab, unbekümmert um jedwede Folgelast der betriebswirtschaftlichen Kostenexternalisierungslogik entsprechend Arbeitskräfte und Naturressourcen im Schnellverfahren zu ruinieren (Umweltgesetzgebung, Arbeitsschutz). Ebenfalls mit juristischen Mitteln beheligt sie die Akteure bestimmter Teilwarenmärkte (Drogen, Waffen) und behindert deren freie marktwirtschaftliche Entfaltung. Zweitens sichert der Sozialstaat qua Redistribution durch bestimmte biographische Umstände definierten Personengruppen Ersatz- und Zusatzrevenue zum

Arbeitseinkommen.⁵ Drittens schließlich treten staatliche Instanzen oder vom Staat finanzierte Institutionen als Produzenten von Infrastrukturgütern (Verkehrsnetz, Bildungsinstitutionen) auf.

In seiner Polemik gegen diese drei Varianten von Staatsintervention vertritt der Marktradikalismus eine extrem monotone Logik. Der neoliberalen Hardcore-Theorie ist noch nie irgendetwas anderes eingefallen als „bürokratische Hemmnisse“ abzuschaffen und sowohl die Existenzsicherung als auch die Infrastruktur restlos dem Markt zu überantworten. Die marktradikale Praxis geht schon etwas differenzierter vor. Dass die Verhinderung von offenem Mord und Totschlag gewisse Einschränkungen der Marktfreiheit gebietet, akzeptiert sie in der Regel, auch wenn die Vorstellungen, was zu den dazu notwendigen Maßnahmen zählt, von Land zu Land variieren kann.⁶ Wo staatliches Eingreifen im Standortwettbewerb direkt zum Vorteil gereicht, ist es im Zweifelsfall nicht nur zugelassen, sondern sogar dringend erwünscht.

Auch das emanzipative Lager kann sich auf die bisherigen Staatsfunktionen nur selektiv beziehen; allerdings dürften die Kriterien, nach denen es gut verzichtbare und unverzichtbare allgemeine Rahmenaufgaben voneinander trennt, diametral der Wahl entgegengesetzt sein, zu der Marktwirtschafts-Apologeten in ihrer „Wir stärken den Standort-Perspektive“ kommen. Während die Marktradikalen auf die massive Förderung von Eliteuniversitäten setzen, wird eine emanzipative Position eher am Gedanken allgemeiner Bildung erhaltenswerte Momente entdecken. Die Marktradikalen reden der bedingungslosen Konkurrenz aller Verkehrssysteme das Wort. Dazu passt die staatlich subventionierte Entwicklung von Energie und Landschaft fressenden, unbemannten Schienenverkehrsgeschoßen, die mit dem Flugzeug in Wettbewerb treten und sich wie dieses auf die Anbindung von Großstädten beschränken. Aus einer emanzipativen Perspektive erscheint die Sicherstellung einer vergleichsweise umweltschonenden und vor allem flächendeckenden und von daher als Alternative zum Individualverkehr geeigneten Bahn weit wünschenswerter.

7. Sinnlich-stoffliche Kriterien und die Monotonie des Geldes

Die Warengesellschaft verfügt über einen absoluten Maßstab, um die Existenzberechtigung von Zweigen stofflicher

Reichtumsproduktion zu beurteilen, nämlich deren betriebswirtschaftliche Profitabilität. Die Marktradikalen wollen diese tumbe Meßlatte auch an alle Infrastrukturgüter angelegt sehen, selbst wenn dadurch deren flächendeckender Charakter und die Versorgungssicherheit zerstört wird. An der Höhe der Rendite lässt sich die Notwendigkeit einer Einrichtung ablesen.

Eine an sinnlichen, stofflichen und sozialen Bedürfnissen orientierte Gesellschaft würde eine derart eindeutige, objektivierte Richtschnur nicht kennen. Soziale Bewegungen, die sich in der Konfrontation mit dem warengesellschaftlichen Irrsinn formieren, geht es in dieser Hinsicht erst recht so. Eine gewisse provisorische Rangfolge dürfte sich freilich insofern faktisch herausmenden, als sich für den Kampf um eine nicht dem Rentabilitätsdiktat unterworfenen Sicherstellung von Reichtumsproduktion unweigerlich recht unterschiedliche Mobilisierungserfolge ergeben werden. Indem Menschen sich bereit zeigen, sich zu engagieren und gemeinsam gesellschaftlichen Druck aufzubauen oder es bleiben lassen, setzen sie de facto Prioritäten.

Ein abstrakt allgemeiner Maßstab fehlt freilich notwendigerweise nicht nur, was die Bedürfnisseite angeht; genauso wenig lassen sich die Produktionsformen, die eine Gegen- und Aneignungsbewegung ansteuert, auf einen simplen Universalnenner bringen. Eine befreite Gesellschaft unterwirft die Organisation der Reichtumsproduktion keinem verbindlichen Gegenprinzip zur betriebswirtschaftlichen Kostenminimierung. Vielmehr lotet sie aus, wie unterschiedliche Ziele (minimaler Ressourcenverbrauch, stressarme und anregende Bedingungen für die unmittelbaren Produzenten, langlebige Endprodukte usw.) in unterschiedlichen (Re-)Produktionssektoren am besten zur Deckung zu bringen sind. Ein kontinentales Verkehrsnetz lässt sich nicht mit den gleichen Methoden organisieren wie der lokale Gemüseanbau oder ein Kulturbetrieb – es ist schließlich der spezifische Irrsinn der gegenwärtigen Gesellschaft, qua Unterwerfung unter die Geldlogik in allen Bereichen eine Gleichschaltung herzustellen.

Die sinnlich-stofflichen Unterschiede finden unweigerlich auch in Hinblick auf Formen des Kampfes um die Ausgestaltung der Reichtumsproduktion seinen Niederschlag. Ein tiefgestaffeltes, hochkomplexes Infrastruktursystem (Stromversorgung, Verkehrsnetze) lässt sich

schwerlich aus dem Stand heraus in Selbstorganisation überführen. Die gesellschaftliche Gegenbewegung zum Marktirrsinn wird, gerade was die traditionell als Staats-tätigkeit organisierten Infrastrukturleistungen anbelangt, zumindest in den Metropolen bis auf weiteres eher Forderungen stellen und energisch deutlich machen, was sie will, während sie in anderen Bereichen (Wissensproduktion) schon zeigt, was sie kann.⁷ Eine durch antipolitischen Druck erzwungene, quer zur Standortlogik liegende Staats-tätigkeit hat unweigerlich einen schillernden Charakter. Von der monetären Potenz des Staates abhängig, bleibt sie bei der Ressourcenumobilisierung auf den warengesellschaftlichen Betrieb angewiesen. Gleichzeitig will der antipolitische Druck den Staat als Reichtumsproduzenten dazu nötigen, unabhängig von seiner Rolle als Maschinist die Sicherstellung bestimmter öffentlich-allgemeiner Güter zu garantieren.

8. Äquivalenzprinzip versus freier Zugang

Für eine an sinnlich-stofflichen Kriterien orientierte soziale Bewegung wäre es absurd, eine einheitliche Form der Reichtumsproduktion anzustreben. Was die Zugangsweise angeht, sieht das allerdings anders aus. Die Warengesellschaft bindet die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum an das Prinzip des Äquivalententauschs. Eine soziale Aneignungsbewegung muss demnach die Forderung nach freiem Zugang entgegenhalten.

Natürlich variieren die Aussichten diesem Prinzip in absehbarer Zeit Geltung zu verschaffen von Gut zu Gut erheblich. Verteidigen ist grundsätzlich einfacher als angreifen. Leistungen, die der Staat traditionell kostenlos zur Verfügung stellt, vor der Kommodifizierung zu retten ist das eine (Lernmittelfreiheit, öffentliche Straßen). Die Dekommodifizierung etwa von Strom, Gas oder öffentlichem Nahverkehr wäre schon etwas ganz anderes.

Eine soziale Bewegung wird sich notgedrungen immer wieder mit Teilerfolgen zufrieden geben müssen und bei der Abwehr des marktradikalen Ideals vom universellen Äquivalententausch einstweilen auch weniger ausschließende Formen monetären Zugangs akzeptieren. Zwischen den Alternativen *Für die Mehrheit unerschwinglich* und *Für alle kostenlos zugänglich* liegen viele Zwischenstufen. Eine, was den Beitrag angeht, einkommensabhängige, in der Leistung aber umfassende und für alle gleiche Krankenversorgung ist

Manifest gegen die Arbeit (Hg. krisis)

Soeben in der 3. Auflage erschienen.

Alle, die es noch nicht haben, es gerne verschenken oder verkaufen möchten, sind daher eingeladen, es bei uns zu bestellen.

Beim Versand verrechnen wir, je mehr desto günstiger, für

1 Stück 3,50 Euro, 3 Stück 7 Euro, 5 Stück 10 Euro, 10 Stück 15 Euro, 20 Stück 25 Euro, 50 Stück 60 Euro (alle Beträge inklusive Spesen). Nach Zahlungseingang schicken wir die Exemplare unverzüglich zu.

Bestellungen in Deutschland an:

Karl-HeinzLewed@gmx.de

Konto: Förderverein Krisis, Postbank Nürnberg, Kontonummer 300 114 859, BLZ 760 100 85

In Österreich: streifzuege@chello.at

Konto: Verein Kritischer Kreis, PSK, Kontonummer 93 038 948, BLZ 60000



auf jeden Fall erstrebenswerter als die von den Neoliberalen propagierte Kopf-ab-Versicherung.

Ein apartes, weil dem neoliberalen Diskurs entwendetes Argument haben die Befürworter des freien Zugangs allemal auf ihrer Seite: die Abneigung gegen Bürokratie. Nichts ist so unbürokratisch und gesellschaftlich kostengünstig wie der freie Zugang zu den gesellschaftlichen Gütern. Keine Zäune, keine Mauthäuschen. Nichts ist so unübersichtlich und überkompliziert, wie hochgradig individualisierte Tarife. Vor allem der Versuch, nachträglich einem in Richtung Äquivalentenidiotismus umstrukturierten Versicherungswesen wieder ein soziales Element zu reimplantieren, führt zu Zuständen, denen gegenüber der alte Realsozialismus als Hort der Rationalität gelten könnte.

Die Orientierung auf freien Zugang läuft übrigens keineswegs auf eine Art Selbstbedienungsvorstellung hinaus, die den kapitalistischen Reichtum in seiner stofflichen Gestalt blind akzeptieren würde. Die Frage, was für eine Produktion überhaupt als wünschenswert gelten kann, ist nämlich strikt getrennt von den Zugangskonditionen zu diskutieren. Es gibt gute Gründe, nach der Automobilmachung der Gesellschaft einen allgemeinen Prozess der Autodemobilmachung einzuleiten. Aus einer emanzipativen Perspektive besteht aber keinerlei Anlass, Besserverdienenden den Individualverkehr vorzubehalten und die „sozial Schwachen“ laufen zu lassen oder aufs Fahrrad zu setzen. Es hätte zweifellos katastrophale Folgen für das Weltklima, wenn Länder wie China oder Indien zum US-amerikani-

schen Motorisierungsgrad aufschließen würden. Das ist aber nur ein Argument gegen die automobile Gesellschaft als Ganze und keines für den Ausschluss dieser Weltteile aus ihr. Die überaus berechtigte Kritik an der Apparatedizin legitimiert in keiner Weise die Kontingentierung medizinischer Maßnahmen. Die Inhalte der gesellschaftlichen Standards sind zu hinterfragen und neu zu bestimmen. Standards haben aber aus einer emanzipativen Perspektive immer allgemein zugängliche Standards zu sein.

9. Dekommodifizierung und Einkommenssicherung

Den zeitgenössischen Kapitalismus, so der Ausgangspunkt meiner Überlegungen, kennzeichnet das Auseinandertreten von monetärem und sinnlich-stofflichem Reichtum. Eine emanzipative gesamtgesellschaftliche Perspektive kann angesichts dieser irreversiblen Entwicklung nur noch in der sukzessiven Dekommodifizierung und Demonetarisierung der gesellschaftlichen Beziehungen und im Übergang zu einer direkt vergesellschafteten, allein sinnlich-stofflichen Kriterien folgenden Reichtumsproduktion liegen. Mit dem Nadelöhr von Geld und Tausch verschwindet das Problem der Knappheit.

Als gesamtgesellschaftliche Perspektive verspricht Demonetarisierung und Dekommodifizierung den Übergang zu einer reichen Gesellschaft und das Ende von Not und Elend. Wen auf dem Boden dieser Gesellschaft indes individuell das Schicksal der Dekommodifizierung und Demonetarisierung trifft, hat es weniger

mit einer glücklichen Fügung als vielmehr mit einer handfesten Katastrophe zu tun. Wessen Arbeitskraft dekommodifiziert ist, also unverkäuflich auf der Couch sitzt und auch auf keinem anderen Wege zu Geld kommt, ist nicht reich, sondern ausgesprochen arm dran. Eine Emanzipationsbewegung kommt nicht umhin, diesem traurigen Umstand Rechnung zu tragen. In Sachen Reichtumsproduktion ist sie aufgerufen, gesellschaftlichen Reichtum vor der Kommodifizierung und Monetarisierung zu bewahren und kommodifizierten und monetarisierten Reichtum zu dekommodifizieren und zu demonetarisieren. Solange aber ein Großteil des gesellschaftlichen Reichtums indes Waren gestalt annimmt, muss sich ihr Augenmerk natürlich auch darauf richten, wie mensch selbst im dekommodifizierten Zustand doch zum notwendigen allgemeinen Äquivalent, alias Geld, kommt. Das *Offensivprojekt* Dekommodifizierung der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion ist ohne ein parallel geschaltetes Defensivunternehmen gar nicht zu denken, das die Geldversorgung der im kapitalistischen Sinne Überflüssigen sicherstellt und ihnen einen hinreichenden Zugang auch zum Warenreichtum ermöglicht. Nur in dem Maße, wie gesellschaftlicher Reichtum tatsächlich frei zugänglich wird, entkoppelt sich die Frage des Auskommens vom Einkommen und erübrigen sich alle monetären Verteilungskämpfe auf dieser Ebene.

10. Elendsegalitarismus

Dieses Defensivunternehmen knüpft, zumindest in den Metropolen, natürlich an den Sozialstaat an. Genauer gesagt, es kann nur Konturen annehmen, indem soziale Bewegungen sich gegen die derzeit auf Hochtouren laufenden Angriffe auf das traditionelle Zwangssozialversicherungswesen und ihr Ergebnis formieren.

Der Sozialstaat kam als Instrument der Verfügbarmachung der Ware Arbeitskraft zur Welt (vgl. 1. Teil des Beitrags in *Streifzüge* 31/2004). Er sicherte die Besitzer der Ware Arbeitskraft zwar gegen die mit dem Leben als Arbeitskraftverkäufer verbundenen Regelrisiken ab; gleichzeitig verpflichtete er sie, mit der Belohnung durch erarbeitete Ansprüche, auf diese Existenzweise. Die so genannten Sozialstaatsreformen richten sich gegen die Verabreichung von Zuckerbrot. Gesetzliche Rentenansprüche und andere Sozialversicherungsleistungen sollen so weit wie irgend möglich heruntergefahren werden. Mit der

sukzessiven Enteignung der qua Arbeitskraftverkauf erworbenen Rechte wächst die Bedeutung von elends-egalitär organisierten Formen der Armutsversorgung. Sie sind von der früheren Position der Bezieher in der Arbeitsgesellschaft abgelöst.

Diese Schwerpunkt-Verschiebung vollzog sich in den letzten Jahren zunächst einmal insofern automatisch und schleichend, als mit der Beseitigung anderer sozialer Sicherungen, immer mehr Menschen in das unterste, schon immer in dieser Weise strukturierte soziale Netz abrutschen; mittlerweile wird aber nicht nur in Deutschland der Rest-Sozialstaat zusehends auf solche Institutionen der Armenabspeisung umgestellt (Grundrente, Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe).

Allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz zeigt der Übergang zu den neuen elends-egalitären Sicherungssystemen an, dass sich die Perspektive, die Unverwertbaren in reguläre Lohnarbeit zu integrieren, verflüchtigt hat. Der mit dem System sozialer Sicherungen verbundene Zwang zur Arbeitsbereitschaft löst sich mit dem Modellwechsel aber keineswegs in Wohlgefallen auf. Im Gegenteil: Je weniger eine reale Einbindung in die Arbeitsgesellschaft in Aussicht steht, desto rigider zunächst einmal die Verpflichtung zu simulativen Arbeitsübungen. Administrative Gewalt ersetzt das Zuckerbrot.

11. Zwangsarbeit und Zeit-Aneignung

Angesichts der strukturellen Schwäche aller auf der Basis der Arbeit operierender Interessenskämpfe ist zumindest für Deutschland absehbar, dass der Kampf gegen die Exklusionslogik künftig vor allem im Kontext der elends-egalitären Mini-Revenuen zu führen sein wird.

Dieser erzwungene Terrainwechsel, weg von der Sicherung erarbeiteter Ansprüche, kommt einer radikal-arbeitskritischen Position in gewisser Weise sogar entgegen. Vor allem zwei Konfliktfelder tun sich offensichtlich demnächst auf, die möglicherweise für eine breite Debatte und Mobilisierung taugen. Zum einen geht es schlicht und einfach um die Frage, wie hoch die für die Unverwertbaren vorgesehene Minimalabspeisung ausfällt. So viel ist dabei klar: Es existiert keine aus der Logik der Politischen Ökonomie selber resultierende Untergrenze für das Versorgungsniveau. Marx hat zu Recht darauf hingewiesen, dass in den Wert der Ware Arbeitskraft auch ein „moralisches Mo-

ment“ eingeht. Was die Warengesellschaft den Unverwertbaren zugesteht und ob überhaupt etwas, ist dagegen *allein* von diesem „moralischen Moment“ abhängig.

Zum anderen liefert die Koppelung der Teilhabe an der Armenspeisung an das Zelebrieren von Arbeitersatzhandlungen reichlich Konfliktstoff. Die Delegitimierung dieses Irrsinns ist dringend geboten und führt uns zurück zur Ausgangsüberlegung der Neubestimmung von gesellschaftlichem Reichtum. Wenn Marx Recht hat, dass der wahre Reichtum einer Gesellschaft in der disponiblen Zeit besteht, dann handelt es sich hier um ein einziges gigantisches, staatlich erzwungenes Reichtumsvernichtungsunternehmen. Die Aneignung des sinnlich-stofflichen Reichtums hat die Aneignung von Lebenszeit zur Voraussetzung und zum Inhalt.

Anmerkungen

- 1 Auch was den Weltveränderungsanspruch angeht, hat der Marktradikalismus quasi das Erbe des Sozialismus angetreten.
- 2 Wahnsysteme sind immer kohärent.
- 3 Die rassistischen Ideologien lassen den universellen Anspruch fahren.
- 4 Dieses Beispiel habe ich mir übrigens nicht ausgedacht. Es stammt von dem in dieser Hinsicht recht offenerherzigen Keynes. Er erläuterte die den allgemeinen Wohlstand angeblich vermehrende Wirkung seines Nachfrage orientierten Konzepts vorzugsweise am Beispiel offensichtlich unnützer Arbeiten. Ein besonderes Faible zeigt er in seinen Schriften für staatliche Pyramidenbauprojekte.
- 5 Eine Zusatzrevenue wäre etwa das Kindergeld, unter die Rubrik Ersatzrevenue fallen neben der Sozialhilfe vor allem die diversen Sozialversicherungsleistungen.
- 6 Ich denke hier etwa an die Differenz zwischen den liberalen amerikanischen und den eher restriktiven Regelungen in Europa beim privaten Waffenbesitz.
- 7 Die Warengesellschaft weiß über die von ihr selber geschaffenen realen, stofflichen Zusammenhänge erschreckend wenig. Weil sie als Anhängsel der monetären Flüsse organisiert sind, ist das Wissen um sie zerstreut und immer punktuell zufällig. Eine zentrale Aufgabe jeder auf die Neubestimmung gerichteten Bewegung besteht zunächst einmal darin, Licht ins Dunkel zu bringen. Eine solche Untersuchung ist nicht nur wichtig, um den Irrsinn dieser Produktionsweise offenzulegen. Sie liefert auch eine Orientierung für eine spätere Umorganisation und macht auch Punkte sichtbar, an denen das hochkomplexe kapitalistische System verwundbar ist.

Wissen contra Verwertung

AUF DEM WEG ZUM WISSENSKOMMUNISMUS?

von Franz Schandl

André Gorz ist ein sehr kurzweilig zu lesender Autor. So auch in seinem neuesten Büchlein, das, abgesehen vom IV. Kapitel (welches ein leidenschaftliches Plädoyer gegen Entsinlichung, Gentechnologie und Menschenzucht ist) wohl als Zusammenfassung, aber auch Modifizierung schon bisher entwickelter und vorgetragener Thesen angesehen werden muss. Sein Denken und Schreiben zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass er sich was traut und dass er was vorschlägt. Ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger als der analytische Aspekt, ist für Gorz stets die handlungsorientierte Komponente gewesen.

Mit seinem paradigmatischen Essay „Abschied vom Proletariat“ (1979) war er der erste, der die Verherrlichung von Arbeiterklasse und Arbeit konsequent in Frage stellte. Und er ist auch nie Renegat geworden, obwohl nicht wenige seinen Weg kreuzten. Auch heute versteht sich der 1923 in Wien als Sohn eines jüdischen Holzhändlers geborene Gorz als Kommunist, strebt eine Gesellschaft jenseits von Ware, Wert und Tausch an. Er steht wider jeden Pragmatismus, der sich dem Schicksal ergibt. Er ist ein ausgezeichnete Marx-Kenner und aufmerksamer Leser diversen Schriftguts, wenngleich manchmal etwas eklektizistisch in der Auswahl der Zitierten.

Des öfteren wird man den Eindruck nicht los, als käme der Kommunismus hinterrücks und unzweifelhaft. Was die klassische Kritische Theorie an Pessimismus pflegte, pflegt Gorz an Optimismus. Was ihn vorantrieb, war eine Art optimistischer Überschuss, ganz programmatisch hieß eines seiner Bücher „Wege ins Paradies“ (1984). Gorz war immer Medizin gegen die Verbitterung, den Zynismus und die Illusionslosigkeit der Linken, allerdings kann eingewendet werden, dass er gelegentlich etwas voreilig Rezepte (z.B. die „Dualwirtschaft“) präsentierte.

Wer sich mutig vorwagt, läuft ab und zu in die Irre. André Gorz weiß das, er ist ein selbstkritischer, kein eingebildeter Intellektueller. Jedenfalls gibt er sich keinen partiellen Lösungen hin, es geht ihm um das Nachdenken über die gesellschaftlichen Zusammenhänge, über Totalität und Entwicklung, über Perspektive und Ziel. Das unterscheidet ihn wohltuend von vielen Zeitgenossen, auch oder gerade weil es heute antiquiert wirkt. André Gorz ist zweifellos ein Übriggebliebener. Im Gegensatz zu anderen dürfte von ihm etwas übrig bleiben.

Kapitalismus am Ende?

Eine seiner grundlegenden Überlegungen ist die, dass Wissen zur Hauptproduktivkraft der Gesellschaft geworden ist. Dieses „kann im Unterschied zur allgemeinen gesellschaftlichen Arbeit nicht in einfache, abstrakte Einheiten übersetzt und nach solchen bemessen werden. Es ist nicht auf eine Quantität abstrakter Arbeit reduzierbar, deren Ergebnis, Produkt oder Äquivalent es wäre. Es umfasst und bezeichnet eine große Vielfalt von *verschiedenartigen* Fähigkeiten, also von Fähigkeiten ohne *gemeinsamen Maßstab*.“ (S. 31)

Wissen und Wert gehen nicht so leicht zusammen. Wissen sperrt sich gegen die Verwertung, es muss zwangsweise in das Korsett von Wert und Preis gepresst werden: „Wissen eignet sich grundsätzlich nicht dazu, als Ware behandelt zu werden. Seine Gestehungskosten sind oft unbestimmbar, sein Warenwert lässt sich nicht mit der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit messen, die für seine Schöpfung verausgabt wurde. Niemand kann bestimmen, wo die erfinderische Wissensarbeit im gesellschaftlichen Zusammenhang anfängt und wo sie aufhört.“ (S. 11) „Da die Grenzkosten der Software äußerst gering sind, kann sie sehr viel mehr Arbeit einsparen, als sie kostet, und das in gigantischen, noch vor kurzem unvorstellbaren Ausmaßen. Das bedeutet, dass das formale Wissen unermesslich viel mehr ‚Wert‘ zerstört, als es zu schöpfen erlaubt. Anders gesagt, es erspart Unmengen von bezahlter gesellschaftlicher Ar-

beit und verkleinert folglich den (monetären) Tauschwert einer wachsenden Anzahl von Produkten und Dienstleistungen.“ (S. 41) Kapital, das Lohnarbeit abschaffen will, entzieht sich letztlich die eigene Basis.

Solche Positionen sind vom wertkritischen Gedankengut nicht weit entfernt, etwa wenn der Autor schreibt: „Tendenziell geht der (Tausch)Wert der Produkte zurück. Früher oder später muss es zu einer Senkung des (Geld)Wertes des insgesamt produzierten Reichtums sowie zu einer Schrumpfung des Profitvolumens kommen – unter Umständen zu einem Zusammenbruch der auf dem Tauschwert basierenden Produktion.“ (S. 41) Die zentrale Frage ist laut Gorz nämlich unbeantwortet: „*Wie kann die Warengesellschaft weiterbestehen, wenn die Produktion von Waren immer weniger Arbeit verwertet und immer weniger Zahlungsmittel in Umlauf setzt?*“ (S. 48)

Die Paradoxie des aktuellen Kapitalismus beschreibt Gorz so: „Immer gilt es ‚drohenden‘ Überfluss in neue Formen der Knappheit zu verwandeln und zu diesem Zweck den Waren den unvergleichlichen, unmessbaren Eigenwert von Kunstwerken zu verleihen, die kein Äquivalent haben und zu überhöhten Preisen angeboten werden können. Die künstliche Schöpfung von Knappheit wird der Schöpfung des größtmöglichen allgemeinen Wohlstands vorgezogen. Sie erlaubt die beste Kapitalverwertung. Wertschöpfung und Reichtumsschöpfung klaffen immer offensichtlicher auseinander“ (S. 11-12). Folgerichtig fordert er die Entkoppelung des „Reichtumsbegriff(s) vom Warenwertbegriff“. (ebenda)

Seine Perspektive ist klar: „Alles formalisierbare Wissen kann von seinen stofflichen und menschlichen Trägern abgetrennt, als Software praktisch kostenlos vervielfältigt werden und in Universalmaschinen unbeschränkt genutzt werden. Je weiter es sich verbreitet, umso größer sein gesellschaftlicher Nutzen. Sein Warenwert hingegen schwindet mit seiner Verbreitung und tendiert gegen Null: Er wird zu allgemein zugänglichem Gemeingut. Eine authentische Wissensöko-

André Gorz, *Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie*, Rotpunktverlag, Zürich 2004, 133 Seiten, 15,50 Euro.

Bini Adamczak
Kommunismus
Kleine Geschichte,
wie endlich alles
anders wird.

ISBN: 3-89771-430-2
80 Seiten, 8 €



Holger Schatz
Arbeit als Herrschaft

Die Krise des Leistungsprinzips und seine neo-liberale Rekonstruktion

ISBN: 3-89771-429-9
332 S., 18 €



G. Hanloser (Hg)
„Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken“

Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik

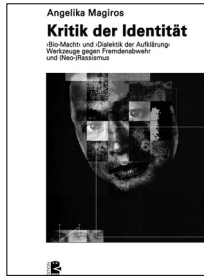
ISBN 3-89771-432-9
288 S., 16 €



Edition DISS
Angelika Magiros
Kritik der Identität

»Bio-Macht« und »Dialektik der Aufklärung«: Zur Analyse (post-)moderner Fremdenfeindlichkeit

ISBN 3-89771-734-4
284 S., 18 €



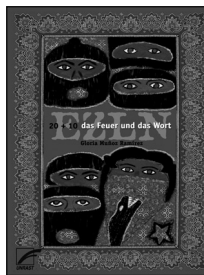
AG Antifa Halle (Hg)
Trotz und wegen Auschwitz
Nationale Identität und Antisemitismus nach 1945

ISBN 3-89771-428-0
144 S., 13 €



Gloria Muñoz Ramírez
EZLN: 20+10 – Das Feuer und das Wort

ISBN: 3-89771-021-8
264 S., zahl. Abb., 18 €



UNRAST Verlag

Postfach 8020 • 48043 Münster
Tel.: (0251) 666-293 Fax: -120
ONLINE BESTELLEN: www.unrast-verlag.de



nomie wäre ein Wissenskommunismus, in dem sich Tausch- und Geldbeziehungen erübrigen.“ (S. 10-11) So das Ziel. Und doch ist es zweifelhaft, die Bewegung der „freien Software“ gleich als „Dissidenten des digitalen Kapitalismus“ (S. 12) zu bezeichnen oder gar euphorisch zu behaupten: „Wir befinden uns in einer Zeit des Umbruchs, in der verschiedene Produktionsweisen gleichzeitig existieren.“ (S. 15) Viel Umbruch lässt sich beim Zusammenbruch leider nicht bemerken. Zweiter ist nicht erster, jener ergibt sich nicht aus diesem.

Existenzgeld für alle?

Als aktuelles Etappenziel fordert er nach wie vor einen Basislohn, der allen Mitgliedern der Gesellschaft zukommen soll. Die Durchsetzung eines bedingungslos garantierten Existenzgeldes sieht Gorz jedenfalls als direkte „Attacke auf das Wertgesetz“ (S. 79). Die Variante, die er nunmehr vertritt, ist eine, die sich unabhängig von „Transferleistungen durch die Besteuerung von Löhnen und Mehrwert“ (S. 80) finanziert. Wie jedoch soll eine Parallelität unterschiedlicher Geldsorten, einer *wertmäßigen* und einer *wertlosen*, als gleichgesetzte Zahlungsmittel funktionieren? Wie sollen sie am Markt als Gleiches gelten? Zwar sieht keiner einem Geldschein an, ob er erarbeitet oder bloß gedruckt und verteilt wurde, aber doch herrscht eine gesellschaftliche Übereinkunft der Subjekte dahingehend, dass der Schein einen bestimmten Wert habe, für ein bestimmtes Maß an abstrakt verausgabter Arbeit stehe. Ein Nebeneinander von Geld und reinem Zählgeld ist fragwürdig.

Gorz hingegen schreibt: „Kurz, das garantierte Einkommen soll alle Aktivitäten jenseits des Marktes, der Konkurrenz und der Normen ermöglichen, alle Aktivitäten, die sich nicht tauschen lassen und nichts darstellen und produzieren, was gegen anderes austauschbar, messbar und in Geldäquivalente übersetzbar ist.“ (S. 84) Aber Geld kauft Ware, sonst nichts. Das garantierte Grundeinkommen hilft jenen, die dem Geldfetisch nicht mehr dienen können, ihn weiterhin zu bedienen. Geld, das die Leute nicht mehr zu erwirtschaften imstande sind, soll ihnen trotzdem zugesprochen werden, damit sie es am Markt verausgaben können. Das mag notwendig sein, ist aber eine defensive und keine offensive Maßnahme. Das garantierte Grundeinkommen macht nur Sinn, wenn die Aneignung der Güter und

Dienstleistungen sich weiterhin als monetärer Warentausch (Kauf/Verkauf) gestaltet.

Zwar soll im Gorzschen Modell das Geld von seiner letzten Quelle, der produktiven Arbeit, entkoppelt werden, aber nach wie vor soll es als Zirkulationsmittel des gesellschaftlichen Zusammenhangs fungieren, d.h. die gesellschaftliche Retorte der Distribution und Konsumtion in Schwung halten. Warum aber sollte der mögliche Zugang zu Gütern und Dienstleistungen (auch sie bleiben in diesem Szenario Waren) über den Kauf gestaltet werden, und nicht gleich direkt? Wenn Geld keine Größe des Wertmaßes mehr ist, wozu ist es dann noch „gut“? Und kann Geld in letzter Instanz überhaupt etwas anderes sein als jenes? Ist es wirklich vorstellbar, dass Geld erkämpft werden kann, das einen vom Markt freikauf, oder doch nur solches, das einem ein Armenbrot zusichert?

So ganz will uns der emanzipatorische Gehalt des Zwischenschritts nicht einleuchten, nicht zuletzt auch deswegen, weil ihn die meisten Verfechter eines Grundeinkommens nicht gleich Gorz als solchen sehen, sondern überhaupt als das Patentrezept ökonomischer Regulierung. Nicht nur das Einkommen ist von der Arbeit zu entkoppeln, sondern das individuelle Auskommen vom Einkommen.

Empfehlenswerte Bücher von André Gorz (Auswahl), teilweise noch im Handel erhältlich oder ev. antiquarisch, z.B. www.zvab.com

Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1980.

Wege ins Paradies. Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit, Rotbuch Verlag, Berlin 1983.

Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Rotbuch Verlag, Berlin 1994.

Arbeit zwischen Misere und Utopie. Suhrkamp. Edition Zweite Moderne, Frankfurt am Main 1997.

Zur Kritik an André Gorz siehe: **Heinz Weinhausen, Sphärenklänge.** Zum Teilzeitsozialismus des André Gorz, *krisis* 18 (1996), S. 133-142.

Knappheit

EINE REALABSTRAKTION

Immaterial **World**

von Stefan Meretz

Die freie Enzyklopädie Wikipedia (de.wikipedia.org) definiert Knappheit als „das (zu) seltene Vorkommen angestrebter materieller oder ideeller Güter/Werte“. Die Klammer verrät die Unsicherheit bzw. das Ambivalente dieser Definition: Handelt es sich um ein „absolut“ seltenes Vorkommen oder bemisst sich Seltenheit an einem Bedarf, mithin am Stand gesellschaftlicher Bedürfnisse? Ist „Knappheit“ also ein ontischer oder ein gesellschaftstheoretischer Begriff?

„Seltenheit“ und damit auch „Knappheit“ sind offensichtlich relationale Begriffe: Selten – in Bezug worauf? Knapp – für wen? Dennoch wird „Knappheit“ häufig als vermeintliche Seinsbestimmung einer Sache verwendet: das knappe Öl, die knappe Zeit etc. Verrückt wird die Angelegenheit, wenn es um hergestellte Güter geht. Güter, die als Waren hergestellt werden, werden nur hergestellt, weil sie knapp sind, denn nur dann sind sie verkaufbar: „Verwertung braucht Knappheit“ (Nuss, S., Heinrich, M., Freie Software und Kapitalismus, *Streifzüge* 1/2002, 39–43). Die Knappheit, die Verwertungs- also Produktionsvoraussetzung ist, muss gleichsam mitgeschaffen werden, damit überhaupt Güter produziert werden, die jedoch die Knappheit nie beseitigen können, weil sie sonst nicht produziert würden. Verwundert stellen Theoretiker/innen fest, dass wir in Zeiten des Überflusses in einem „Zeitalter der Knappheit“ (Wallimann/Dobkowski) leben. Da sie jedoch Knappheit ontisch und nicht als Resultat der Herstellung von Gütern als *Waren*, mithin nicht als gesellschaftlich hergestellt begreifen können, prallen Überfluss und Knappheit wie zwei unerklärliche Mysterien aufeinander.

Den Gipfel der Verrücktheit erreichen wir schließlich bei Informationsgütern, die zwar eines stofflichen Trägers bedürfen, selbst aber unstofflich und damit genuin unbegrenzt sind. Hier hilft nur blanke Gewalt, um sie „knapp“ zu machen, trete sie in vermittelt rechtlicher oder unmittelbar physischer Form auf.

Sortieren wir neu: Vorkommen, Begrenztheit, Knappheit – so lautet eine sinnvolle Unterscheidung, entwickelt im Oekonux-Projekt (www.oekonux.de). Ein Gut kommt vor oder nicht – unab-

hängig davon, ob wir es brauchen oder nicht. Das *Vorkommen* kennt ein absolutes Maß. Auf der Erde gibt es Rohstoffe fester Menge. Verleiht man dem Begriff ein zeitliches Maß, so ist er auch auf hergestellte Güter übertragbar: In Wien gibt es soundsovielen Fahrräder. Die Apfelernte erbrachte soundsovielen Tonnen.

Die Reichlichkeit oder *Begrenztheit* stellt ein Verhältnis her zwischen der Verfügbarkeit eines Gutes und den Bedürfnissen der Menschen, dieses zu erhalten und zu benutzen. Gemessen am Bedarf, kann ein Gut in zu geringer Menge vorkommen. Solche Begrenzungen können abgestellt werden. Vom gewünschten Gut kann mehr hergestellt werden. Mit neuen Technologien können vormals unzugängliche Rohstoffe gefördert werden, oder das Bedürfnis wird mit Produkten befriedigt, die eben jenen begrenzten Rohstoff nicht erfordern. Im nächsten Monat können mehr Fahrräder hergestellt werden. In einigen Jahren geben die neu gepflanzten Apfelbäume mehr Äpfel. Produktion von Lebensmitteln im allgemeinen Sinne bedeutet immer, gesellschaftlich mit Begrenzungen umzugehen.

Eine besondere Form des Umgangs mit Begrenzungen ist die Warenproduktion. Genau besehen löst sie die Verfügbarkeit eines Gutes vom Vorkommen und von Begrenzungen ab. Eine Ware darf nicht frei verfügbar sein, sonst ist sie keine, sie muss knapp sein. Ist sie nicht knapp, wird sie knapp gemacht: weggeschlossen, verschlechtert, vernichtet. Knappheit ist eine geschaffene, soziale Form der Warenproduktion, eine Realabstraktion. Sie abstrahiert von wirklichen Begrenztheiten und Vorkommen, um daraus die real wirksame „Form Knappheit“ zu machen. Die soziale „Form Knappheit“ produziert die Paradoxie des Mangels im Überfluss. Da abgelöst vom wirklichen Vorkommen, kann sie auch nicht nachhaltig sein. Sie ist geradezu das Gegenteil, denn sie zerstört Vorkommen. Die Warenproduktion kann Begrenzungen daher auch nicht wirklich begegnen. Anstatt Begrenzungen zu überwinden, muss sie Begrenzung zunächst in Knappheit transformieren, um sie dann zu perpetuieren. Dies gilt für Nahrungsmittel und Bodenschätze, für Industriegüter, für Arbeitskraft und im

besonderen Maße für menschliche Kreativität.

Die Ideologie der Knappheit kann durchaus auf reale Begrenzungen verweisen, aber es ist eine Mär, dass Begrenzung Knappheit *ist*. Begrenzungen können überwunden werden, Knappheiten nicht. Mit Begrenzungen ist die Menschheit schon immer umgegangen, mit Knappheiten schlägt sie sich erst seit den Zeiten des Kapitalismus herum.

Die Abschaffung der „Form Knappheit“ ist eine Schlüsselfrage der weiteren Menschheitsentwicklung. Denn das wäre die Voraussetzung, sich ernsthaft – global und nachhaltig – dem Umgang mit Begrenzungen zuwenden zu können. Das ist nicht weniger als die Frage nach neuen gesellschaftlichen Kooperations- und Vermittlungsformen: Stellt sich die gesellschaftliche Kooperation und Vermittlung „blind“ und „paradox“ als automatische Warenproduktion her, die Knappheit perpetuiert, oder stellen wir eine Kooperations- und Vermittlungsform her, in der es möglich ist, sich mit Begrenzungen zu befassen? Hierbei – und das ist das Spannende – zeigt der Bereich der nichtstofflichen Informationsgüter paradigmatisch auf, was machbar wäre. Dort fehlt nämlich das „naturale Fundament“ von Knappheit, denn Informationsgüter sind genuin unbegrenzt. Sie müssen erst mit Gewalt verknappt werden, um sie in Warenform pressen zu können.

Diesen Umstand hat sich die Bewegung Freier Software zu Nutze gemacht. Mit Hilfe von Lizenzen, die Verknappung verhindern, wird das Gut „Software“ allgemein verfügbar und somit verwertungsunfähig gehalten. Das schließt nicht aus, dass die Software im „Bundle“ mit anderen Leistungen einen Preis haben kann. Es ist jedoch verfehlt, im „unentgeltlichen Nutzen“ von Software das Wesentliche Freier Software zu sehen. Die Bewegung Freier Software ist in ihrem Kern eine soziale Form mit Begrenzungen umzugehen, die nicht Knappheit re/produziert. Das ist ein wesentlich radikalerer, weil paradigmatischer Eingriff in die Logik der Warenform als ein Etikett „kostenlos“ auf einer Ware, die ihre Form nicht ändert.

Nachhaltiger Kapitalismus?

4. TEIL: ÖKOLOGISCHE ALTERNATIVEN ZUR ÖKOSOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

von Andreas Exner, Christian Lauk, Konstantin Kulterer, Michael Katzmayer & Ernst Schriefl

In den ersten drei Teilen unserer Serie haben wir das Konzept der ökosozialen Marktwirtschaft dargestellt und diskutiert. Im vierten und letzten Teil geht es nun um ökologische Alternativen dazu.

Wir systematisieren dabei die in der Literatur und im Diskurs der sozialen Bewegungen vorfindlichen Ideen und Praxen zu vier groben Leitbildern. Einer Darstellung dieser Leitbilder anhand ihrer eigenen Ansprüche und Argumentationen folgt jeweils unsere persönliche Einschätzung.

1. Wirtschaft im Steady State

Neben dem Mainstream-Diskurs der „nachhaltigen Entwicklung“ und ihrem Aushängeschild, der „ökosozialen Marktwirtschaft“, erlangte das Konzept einer „Wirtschaft im stationären Zustand“ (Steady State-Economy) eine weiterreichende Bekanntheit. Dabei soll der Ressourcenverbrauch der Wirtschaft langfristig auf einem dauerhaft tragbaren Niveau in einem stationären Zustand (Steady State) verbleiben. Der Begründer dieses Leitbildes, Herman Daly, entstammt dem Umweltdiskurs Anfang der 1970er Jahre, deren wachstumskritische Grundpositionen er nach wie vor vertritt. Insofern unterscheidet er sich deutlich vom Leitbild der ökosozialen Marktwirtschaft, dem er hinsichtlich seiner Vorstellungen zu einer politisch-ökonomischen Umsetzung allerdings sehr nahe steht. Er begründete neben anderen die ökologische Ökonomie (Ecological Economics) und hat einige ihrer wesentlichen Konzepte (etwa den Wohlstandsindikator ISEW¹) mitentwickelt. Die ökologische Ökonomie war lange Zeit eine in der Nachhaltigkeitsdebatte zentrale Forschungsrichtung und hat wesentliche Impulse für andere Theoriefelder, etwa den „Ökolokalismus“ oder die heute vielfach vorherrschende „Industrial Ecology“, geliefert.²

Konzept

Die ökologische Ökonomie grenzt sich in einigen Punkten wesentlich von der dominierenden, neoklassischen Wirtschaftslehre ab. Die Neoklassik sieht die Zirkulation von Tauschwerten zwischen Haushalten und Unternehmungen als Quelle gesellschaftlichen Reichtums. Diese Kreislaufbeziehung wird als geschlossen betrachtet, weder Materie noch Energie treten in das System ein oder verlassen es. Aus diesem Grund kann das neoklassische Wirtschaftssystem in materiell-energetischer Hinsicht beliebig groß sein. Eine stationäre Wirtschaft nach Daly hingegen wird lediglich als Teil eines größeren Ökosystems verstanden, wobei der Durchfluss und die Nutzung von Energie und Stoffströmen langfristig eine absolute Grenze aufweisen, die letztlich vom Ökosystem vorgegeben ist. Somit stößt ein dauerhaftes Wachsen der wirtschaftlichen Material- und Energieflüsse früher oder später zwingend an die Grenzen des umgebenden Ökosystems. In der ökologischen Ökonomie wird das neoklassische Motiv der „effizienten Allokation“ um die Kategorie „Ausmaß“, das ist die in Stoff- und Energieströmen gemessene Größe des Wirtschaftssystems, ergänzt.

Das zentrale Problem einer nachhaltigen Entwicklung besteht laut Daly nicht in technischen und wirtschaftlichen Anforderungen; diesen sei durch eine effiziente Allokation zu entsprechen. Die wesentliche Schwierigkeit sieht er in der Überwindung einer „Sucht nach Wachstum“, die zu einer Überschreitung des zulässigen Ausmaßes der Wirtschaftssysteme führe und vor allem durch moralische Defizite und kulturelle Traditionen bedingt sei. Der Begriff „Wachstum“ ist bei Daly immer als physisches Wachstum von Stoffströmen zu verstehen; seine Kritik am Wirtschaftswachstum betrifft deshalb vorwiegend die stoffliche Komponente des Wirtschaftens. Rein monetäre oder qualitative Größen, die sich nicht in einer Änderung der Stoffströme niederschlagen, firmieren unter dem Begriff der Entwicklung.³

Der Marktmechanismus soll in der Steady State-Economy, wie auch in der neoklassischen Konzeption, eine „effiziente Allokation von Ressourcen“ gewährleisten. Als effizient betrachtet Daly eine Allokation, die „der effektiven Nachfrage entspricht, also den relativen Präferenzen der Bürger, gewichtet nach ihrem relativen Einkommen“.⁴ Zuvor müssten allerdings auf politischer und individueller Ebene die Durchlaufmengen der wichtigsten Rohstoffe auf ein nachhaltiges Niveau beschränkt und eine relativ gleichmäßige Besitz- und Vermögensverteilung erreicht werden. Dadurch soll das Ausmaß der Wirtschaft politisch verhandelt und festgelegt werden. Als Musterbeispiel für eine Politik der Durchlaufmengen-Beschränkung dient Daly, wie auch der ökosozialen Marktwirtschaft, der Handel mit Emissionszertifikaten. In diesem Politikansatz werden nach Festlegung des Ausmaßes der Wirtschaft Durchlauf, Verteilung und Verwendung von Ressourcen unabhängig voneinander im Zusammenspiel von Staat und Markt reguliert.

Die stoffliche Produktivität des „natürlichen Kapitals“, worunter Daly, wie die ökologische Ökonomie insgesamt, die stoffliche Gesamtheit natürlicher Ressourcen versteht, soll kurzfristig maximiert werden, während langfristig eine Erhöhung des Angebots „natürlichen Kapitals“ erreicht werden soll. Daly hält eine Veränderung von Konsummustern nicht für hinreichend und tritt primär für eine Verringerung des Konsums und somit für eine Verringerung des Ausmaßes der Wirtschaft ein.

Obwohl kein Verfechter autoritärer bevölkerungspolitischer Maßnahmen, betont Daly die Notwendigkeit, die Bevölkerungszahl auf einem „nachhaltigen Niveau“ zu stabilisieren. Dieses Niveau soll mit der Fähigkeit der Erde, allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, in Einklang stehen. Die Beseitigung von Armut soll ohne Wachstum des Ressourcenverbrauchs erfolgen und laut Daly auf „gerechterem Teilen“, stärkerer Bevölkerungskontrolle und qualitativer Entwicklung beruhen.

Umweltkosten und die Unsicherheit bezüglich der Umweltauswirkungen neuer Technologien, denen Daly nicht grundsätzlich ablehnend, allerdings kritisch gegenübersteht, sollten in die Preisgestaltung internalisiert werden, sodass Verschmutzer und Rohstoffabbauer dafür zahlen müssten. Die Steuerbemessungsgrundlage wäre vom Einkommen auf die Durchlaufmenge von Ressourcen zu verschieben. Eine progressive Struktur der Einkommenssteuer soll Umverteilung gewährleisten. In dieser steuerlichen Lastenverschiebung, die der Norden zu beginnen habe, sieht Daly das Kernstück der ökologischen Strukturanpassung. Damit ist auch die radikale Ablehnung des Freihandels verbunden: Die Internalisierung so genannter externer Umwelt- und Sozialkosten auf nationaler Ebene würde die Preise erhöhen, weshalb es keinen freien Handel mit Ländern, die diese Kosten nicht internalisieren, geben könne. Gegen den Standard senkenden Wettbewerb von Wirtschaftsstandorten sieht Daly Schutz zölle vor. Von globaler wirtschaftlicher Integration durch Freihandel, freie Mobilität des Kapitals und exportorientiertes Wachstum wäre abzugehen und im Gegenzug eine vorrangig national orientierte Entwicklung zu favorisieren. Die Produktion sollte primär für inländische und lokale Märkte erfolgen.⁵

Diskussion

Der grundlegenden Terminologie und den theoretischen Grundannahmen nach weist Daly Überschneidungen mit dem neoklassischen Mainstream der ökonomischen Wissenschaft auf, den er parzelliert kritisiert. Daly adaptiert an manchen Stellen Marxsche Begriffe von Wert und Mehrwert, die er jedoch im Sinne eines Vulgärmarxismus als überhistorisch gültige, gesellschaftliche Kategorien versteht.

Dalys Überlegungen erkennen dem Staat die zentrale Rolle in der ökologischen Umgestaltung der Gesellschaft zu, lassen aber dessen ungeachtet einen im engeren Sinne theoretischen oder gar kritischen Begriff des Staates und seiner Funktionsweise vermissen.

Dalys Ansatz kommt das Verdienst zu, die ökologischen Grenzen des Ressourcenverbrauchs als zentrales Thema nachhaltiger Entwicklung zu behandeln und das wirtschaftliche Wachstum in Frage zu stellen. Sein Ansatz teilt allerdings die allgemeinen Defizite bürgerlicher Theorie⁶: Ökonomische Kategorien werden in überhistorischem Sinne verstanden, Phä-

nomene werden als empirisch gegeben angesehen, soziales Handeln wird ausgehend von Individuen begriffen und mit anthropologischen Annahmen über das „menschliche Wesen“ begründet.

So nimmt es nicht Wunder, dass Daly von den realen kapitalistischen „Sachzwängen“, etwa der Profitmaximierung und der politisch-ökonomischen Konkurrenz ebenso absieht wie von wirtschaftlichen Krisentendenzen und sozialen Kämpfen. Damit gelangt er zu einer reichlich weltfremden Auffassung von Gesellschaft mit einem starken Hang zur Moralisation.

2. Der Ökosozialismus von Saral Sarkar

Unter den Versuchen, den traditionellen Marxismus ökologisch zu „modernisieren“, hat der „Ökosozialismus“ von Saral Sarkar gewisse publizistische Bedeutung erlangt. Der ehemalige Aktivist der deutschen Grünen verbindet in seinem Buch „Die nachhaltige Gesellschaft“ eine explizit politisch-praktische Perspektive mit grundsätzlichen theoretischen Überlegungen zur Ökologie des Kapitalismus.⁷

Konzept

Grundlage seines Konzeptes ist eine ausführliche Kritik des Realsozialismus sowie der Industriegesellschaft überhaupt. Seiner Meinung nach scheiterte der Realsozialismus insbesondere am Erreichen der ökologischen Wachstumschranke infolge von Ressourcenknappheiten, die für die realsozialistischen Länder bedeutend früher eintrat, als er sie für den Privatkapitalismus westlicher Prägung prognostiziert, sowie an einer umfassenden moralischen Degeneration der Menschen. Davon ausgehend beschreibt Saral Sarkar folgendes Modell des Ökosozialismus als gesellschaftliche Alternative: „Wir müssen die absolute ökologische Notwendigkeit dieser Reduzierung (des Ressourcenverbrauchs, Anm.d.A.) akzeptieren und dann schauen, wie viel Wohlstand für wie viele Menschen mit dem übrig bleibenden Materialdurchsatz noch möglich ist.“⁸ Sarkar hält in Hinblick auf eine ökologische Umgestaltung arbeitsintensive Technologien für erforderlich, die zu einer Absenkung von Lohnniveau und materiellem Wohlstand führen. Analog zu Daly erkennt Sarkar die Notwendigkeit einer Steady State-Ökonomie, hält aber die von Daly vorgeschlagenen Maßnahmen für unzureichend. Im

Kapitalismus sei nur eine beschränkte Ökologisierung möglich.

Die Konzeption des Sarkarschen Ökosozialismus beruht auf zwei anthropologischen Annahmen: *erstens* seien Menschen derzeit durch Eigennutz bestimmt, *zweitens* könnten und müssten sie diesen durch „moralischen Fortschritt“ überwinden. Eine Grundbedingung seines Modells sieht Sarkar in einer Akzeptanz durch die Mehrheit der Bevölkerung.

Die ökologisch zentrale Schrumpfung des Ressourcenverbrauchs könne (in einer Übergangsphase zum Steady State) nur durch einen starken Staat umgesetzt werden, da dies im derzeitigen System zu wirtschaftlichen Krisenerscheinungen und massivem Widerstand der Unternehmer führen würde. Dezentralisierte, regionale oder lokale Staatsorgane müssten die Betriebe übernehmen. Die dann notwendige Wirtschaftsplanung wäre in einer ökosozialistischen Gesellschaft einfacher zu bewerkstelligen als im privatkapitalistischen Rahmen, weil Produktionsvolumen und Warenvielfalt zurückgingen. Da es dabei dennoch zu Schwierigkeiten kommen könnte, wären in einigen Bereichen private Unternehmen erlaubt. Diese würden auf kleinfamiliärer Basis oder in Form von Kooperativen mit gleichen Rechten und Pflichten für alle Mitglieder geführt. Zukauf von Lohnarbeit wäre verboten, kein Unternehmen dürfte expandieren. Rohstoffe, Zwischenprodukte und Ausrüstungsgegenstände würden durch Planungsbehörden zugeteilt.

Da es unmöglich sei, die Arbeits- und die Ressourcenproduktivität gleichzeitig zu steigern, würden im Ökosozialismus arbeitsintensive, kostengünstige und mittlere Technologien mit niedriger Kapazität zum Einsatz kommen. Dadurch ließe sich der Ressourceneinsatz reduzieren. In Kombination mit der Stabilisierung und Reduktion der Bevölkerungszahl sowie der weiter bestehenden „notwendigen Arbeit“ für Nahrungsmittel, Kleidung, Wohnraum, Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen gäbe es einen hohen Bedarf an Arbeitskraft. Technologien, die eine große Menge an Ressourcen erfordern und „zu kompliziert für Durchschnittsmenschen“⁹ seien, hätten im Ökosozialismus Sarkarscher Prägung keine Zukunft.

Diese ökosozialistische Gesellschaft wäre in Sarkars Vorstellung keine Massengesellschaft, die Arbeitsteilung wäre geringer und die Auswahl an Warensorten stark begrenzt. Da die Befriedigung lebensnotwendiger Bedürfnisse einfach zu

2000 Zeichen

Der Finanzierungsvorbehalt für den Start ins Leben

Wie würden Sie sich fühlen? Nehmen Sie an, Sie sind Anfang 20. Sie haben ihre dreijährige Ausbildung zur Krankenschwester fast hinter sich gebracht. Langsam aber sicher geht es in den Endspurt ums Examen. Ein bisschen Bammel gehört dazu, aber in der Hauptsache freuen Sie sich, dass Sie jetzt bald Krankenschwester sind. Sie sind motiviert und wollen loslegen.

Sie haben 10, 20, vorsichtshalber vielleicht sogar 40 Bewerbungen für einen Arbeitsplatz geschrieben. Absage um Absage flattert Ihnen in die Bude. Aber so leicht sind Sie nicht unterzukriegen. Sie doch nicht. Schließlich wissen Sie, was Sie können. Sie bekommen ein Vorstellungsgespräch bei Ihrem Arbeitgeber – und Folgendes zu hören:

„Sie sind gut, wir erkennen Ihre Leistung an. Leider müssen wir Ihnen sagen, dass wir nur wenige Stellen freihaben.“ Sie blicken zu Boden. Sie haben sich schon so was gedacht. Es

geht weiter: „Falls Sie zu den Glücklichen gehören, denen wir eine Stelle anbieten können, bekommen Sie aber lediglich einen befristeten Vertrag über zwei Jahre. Wie's danach weitergeht, können wir Ihnen heute nicht sagen.“ Sie schlucken. Naja, in zwei Jahren sind Sie 24, irgendwie wird's schon weitergehen. „Aber da ist noch was. Womöglich gibt es eine Wiederbesetzungssperre. Das heißt, wir können Ihnen auch dann keine Stelle anbieten, wenn eine frei wird.“ Wie bitte? Brauchen die denn keine Krankenschwestern? „Es geht leider nicht darum, was wir bräuchten, sondern darum, was wir finanzieren können.“

Dass der Mensch im Mittelpunkt stehe, das haben Sie öfters mal gehört. Irgendwie fanden Sie den Spruch gut. Für Ihre Berufswahl war er nicht ganz unwichtig. Aber soeben hat man Ihnen nicht weniger gesagt als dies: Sie stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Was Sie sind und was Sie können, mag ja ganz interessant sein. Aber entscheidend ist, ob Sie sich betriebswirtschaftlich rechnen oder nicht.

L. G.-B.

abwärts

Prinzipien sieht, gäbe es keine „Klassenkonflikte“. Aufgrund der geringeren Nachfrage nach knappen Ressourcen und verminderter Konkurrenz auf dem Weltmarkt wäre die Neigung zur Kriegsführung stark verringert.

Diskussion

Sarkar bewegt sich theoretisch durchgehend auf vulgärmarxistischem Boden, wobei eine stark moralisierende Komponente hervorsticht, die Arbeit, Verzicht und enge Bindungen ans Kollektiv affirmiert. Insofern steht er dem Subsistenzansatz nahe, in dessen publizistischem Rahmen Sarkar auch zuweilen auftritt¹¹, von dem er sich allerdings durch seine explizit politische, an den Staat gebundene Perspektive unterscheidet. Sein Versuch, die ökologischen Grenzen des Ressourcenverbrauchs als zentrales Thema gesellschaftlicher Umgestaltung zu begreifen, koppelt sich mit einem Arbeitsfetischismus, der bereits in offen autoritäre Vorstellungen hineinreicht. Das Plädoyer für einen starken Staat in der „Übergangsphase“ zur ökosozialistischen Gesellschaft gleicht der realsozialistischen Ideologie und Praxis weitgehend. Eine Abgrenzung von explizit autoritären Staatskonzeptionen leistet Sarkar nur unzureichend, seine Ideen zur Bevölkerungspolitik tragen starken Zwangscharakter (unter anderem tritt er für die Sterilisation von Männern ein).

Unklar bleibt, inwiefern die ökosozialistischen Planungseinrichtungen die bekannten Defizite ihrer realsozialistischen Vorgänger¹², die Sarkar in der Hauptsache auf „moralische Degeneration“ zurückführt, vermeiden können. Ein kritisches und differenziertes Verständnis der Grundkategorien kapitalistischer Vergesellschaftung, also von Warenproduktion, Wert, Arbeit, Geld, Kapital und Staat, fehlt in Sarkars Denken in weiten Teilen.

In seiner Kritik der vorherrschenden Strömungen des Nachhaltigkeitsdiskurses ist Sarkar jedoch größtenteils zuzustimmen. Durch seine Berücksichtigung grundlegender Eigenschaften der kapitalistischen Produktionsweise, von Profitmaximierung, Konkurrenz, wachsendem Ressourcenverbrauch und Krisenhaftigkeit, in Verbindung mit seinem klaren Blick auf die Begrenztheit natürlicher Ressourcen kommt Sarkar – ungeachtet aller theoretischen Mängel und anti-emanzipatorischen Aspekte – zu einem weit realistischen Bild der ökologischen Umgestal-

bewerkstelligen sei, würde ein verminderter materieller Lebensstandard nicht zwangsläufig mit einer Verminderung des Lebensglücks einhergehen. Eine Kultur der langlebigen Produkte, ihrer Wiederverwendung und Reparatur würde etwaige Schwierigkeiten der materiellen Versorgung mildern.

Sarkar führt einen großen Teil der sozialen Probleme auf Arbeitslosigkeit zurück und sieht in der Garantie einer bezahlten und „gesellschaftlich nützlichen“ Arbeit dementsprechend eine angemessene Form sozialer Sicherheit. Eine schrumpfende oder Steady State-Wirtschaft auf niedrigem Niveau von Ressourcendurchsatz und Arbeitsproduktivität würde keine Überschussproduktion erlauben, womit Sozialhilfe Kindern, Kranken, Alten und Gebrechlichen vorbehalten bliebe. Sarkar vertritt ein spezifisches Arbeitsethos: „Es ist auch nicht ehrenhaft, von der Gesellschaft den eigenen Lebensunterhalt zu verlangen, ohne ihr etwas als Gegenleistung anzubieten. Darum wäre in einer öko-sozialistischen Gesellschaft ein garantiertes Mindesteinkommen ohne Arbeitspflicht nicht wünschenswert.“¹⁰

Da die Angst vor Arbeitsplatzverlust, die Konkurrenz und materielle Anreize weg-

fielen, wären ein „moralisches Wachstum“ und die soziale Kontrolle durch die lokale Gemeinschaft die ausschlaggebenden Motivationsfaktoren.

Kleine und einfach strukturierte politische Einheiten wären die Voraussetzung der ökosozialistischen Demokratie. Die ökonomischen Einheiten wären ebenfalls klein, regionale und lokale Gemeinschaften selbstversorgend-autonom. Fernhandel würde mehr oder weniger auf lebensnotwendige Produkte wie zum Beispiel Salz reduziert. Um einen „gerechten Tausch“ und die ökologisch vernünftige Planung des Ressourceneinsatzes auf globaler Ebene zu gewährleisten, schlägt Sarkar die Bildung eines so genannten Weltwirtschaftsrates vor.

In einer Welt mit begrenzten Ressourcen könnten laut Sarkar nicht alle Menschen beliebig über Eigentum verfügen. Eine Angleichung der Löhne auf einem niedrigen Niveau sei eine Notwendigkeit in der Schrumpfungsphase der Wirtschaft. Lediglich schwere und unangenehme Arbeit sollte monetär entsprechend höher kompensiert werden. Da Sarkar in einer umfassenden – auch die Geldverteilung betreffenden – Gleichheit eines der wichtigsten ökosozialistischen

tung, als dies dem Mainstream der Nachhaltigkeitsdebatte gelingt.

3. Zurück zum einfachen Leben: Die Subsistenzperspektive

Eine als Subsistenzansatz, Subsistenzperspektive oder auch „Bielefelder Ansatz“ bekannte Theorie wurde vor allem während der 1980er Jahre von einer Gruppe von Soziologinnen an der Universität Bielefeld entwickelt. Verbunden ist dieser Ansatz besonders mit den Namen Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof (den „Bielefelderinnen“). Im Rahmen der Subsistenzperspektive geht es nicht primär um die Durchsetzung einer Selbstversorgung in allen Angelegenheiten des Daseins, wie der Begriff der Subsistenz nahelegen würde, sondern vielmehr um eine an moralischen Grundsätzen orientierte, die Gewinnmaximierung ablehnende Wirtschaftsform. Die Menschen sollen sich dabei jener Dinge und Strukturen bemächtigen, die ihr Leben beeinflussen und gestalten. Patriarchat, Unterdrückung, Ausbeutung und Kapitalismus werden in einem unauflöslichen Zusammenhang gesehen, der in der so genannten „neoliberalen Globalisierung“ seine bislang mächtigste Ausformung erhalten habe.

Konzept

Nach Vorstellung der Bielefelderinnen wird die sichtbare Ökonomie, ausgedrückt durch das BIP (Bruttoinlandsprodukt), von einem riesigen, wirtschaftlich unsichtbaren Fundament aus Hausarbeit, Subsistenzarbeit und Natur getragen, das im BIP nicht abgebildet wird. Die wirtschaftlich unbewertete und deshalb unentgeltliche Nutzung dieses Fundaments durch die sichtbare Ökonomie wird unter den Begriff der Kolonisierung subsumiert. Zwischen Kolonist und Kolonie gebe es eine Abhängigkeit, die durch personale oder strukturelle Gewalt begründet und aufrechterhalten werde. Zu diesen kolonialistischen Gewaltverhältnissen zähle die Ausbeutung der Natur sowie jene der Dritten Welt und der Frauen.

Soweit – in aller Knappheit – die Kernanalyse. Als Lösungsansatz dieser problematischen Entwicklung wird der derzeitigen technologiefixierten, „männlichen“, auf Expansion, Eroberung der Märkte und Konkurrenz ausgerichteten Wirtschaft eine „weibliche“, auf Subsistenz ausgerichtete und von Fürsorge getragene Wirtschaftsweise gegenübergestellt.

Angestrebt wird eine „Kreislaufwirtschaft in (...) kleineren, regionalen, dezentral strukturierten Wirtschaftsräumen.“¹³ Dort sei ein direkter Kontakt zwischen Produzierenden und Konsumierenden möglich und die Produktion könne dadurch an die wirklichen Bedürfnisse der Menschen angepasst werden. Würden Markt und Handel von Frauen dominiert, welche kein Interesse an Expansion der Märkte und Konkurrenz hätten, bliebe er überdies lokal begrenzt, so die Argumentation.

Auf den Tausch als solchen wird, solange er lokal bleibt, positiv Bezug genommen. Tauschen wird als „wichtiger sozialer Akt“¹⁴, Markt und Handel werden als „Wege und Weisen der menschlichen Begegnung“¹⁵ bezeichnet. Teil dieser Alternativ-Ökonomie ist auch eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs: „(...) alle Arbeiten, die zur Erhaltung des Lebens und zur Selbstversorgung notwendig sind, müssten als Arbeit zählen.“¹⁶ Die Subsistenzperspektive wird gar als eine „Perspektive der Arbeit“¹⁷ bezeichnet.

Die Kategorie der Arbeit wird im Subsistenzansatz nicht kritisiert, stattdessen wird der Begriff der Arbeit weiter als üblich gefasst. Zentral soll künftig jene Arbeit sein, die „zur Erhaltung des Lebens und zur Selbstversorgung“ notwendig ist und bisher vornehmlich von Frauen verrichtet wurde. Lohnarbeit bliebe zwar weiter bestehen, wäre aber eher eine Ergänzung zur (nicht bezahlten) Subsistenzarbeit. Wichtig ist in dieser Konzeption die Fähigkeit zur Selbstversorgung durch Zugang zu Agrarland, wodurch die persönliche Abhängigkeit von der Lohnarbeit vermindert würde: „Nur wenn die Subsistenzfähigkeit der Menschen zerstört ist, sind sie dem Kapital bedingungslos ausgeliefert.“¹⁸ Über staatliche Organisationen laufende Veränderungsansätze werden abgelehnt.

Diskussion

Das gesamte Modell der Bielefelderinnen hängt untrennbar von einer zentralen Prämisse ab: es gebe genuine, unabänderlich festgelegte Verhaltensweisen von Männern und Frauen. Nur so kann argumentiert werden, dass Handel in Frauenhand ganz andere Konsequenzen hätte als der momentan von Männern dominierte Markt. Eine von dieser Vorstellung ausgehende Perspektive würde eine geschlechtsspezifische Aufteilung der Tätigkeiten zementieren, wenn auch nicht in der heute vorherrschenden Form.¹⁹ Die

entscheidende Fehleinschätzung liegt unserer Meinung jedoch woanders: Es wird davon ausgegangen, dass es die falsche Gruppe von Menschen am falschen Ort ist, die der Gesellschaft ihre jetzige Form aufprägt. Entsprechend genüge es, die richtige Gruppe an den richtigen Ort zu setzen, also den Handel den Frauen zu überlassen. Wenn wir hingegen erkennen, dass die den Männern beziehungsweise Frauen zugeschriebenen Eigenschaften erst durch ein gesellschaftliches System konstruiert werden, das die Trennung in einen an der Front kämpfenden, Wert schaffenden Mann und eine im Hintergrund treu sorgende Frau strukturell erfordert²⁰, so wird deutlich, dass der Ökofeminismus des Subsistenzansatzes ins Leere greifen muss.

Wie weiter oben gezeigt, bezieht sich der Subsistenzansatz grundsätzlich positiv auf den Tausch. Solange dieser in Frauenhand sei, bliebe er – entsprechend der behaupteten Trennung zwischen „männlichem“ und „weiblichem“ Wirtschaften – automatisch lokal begrenzt: „Wo der Handel in Frauenhand ist (Juchitan, West-Afrika, Maipur u.a.), hat er nie zu einer Zerstörung von Umwelt und Subsistenz geführt.“²¹ Wenn nun in einigen Regionen der Handel tatsächlich noch lokal begrenzt ist, so allerdings wohl allein deshalb, weil das Kapital dort noch keine Verwertungsmöglichkeit gefunden hat.

Lob des Handels bei gleichzeitiger Verurteilung der Verwertung von Wert, hat man das überdies nicht schon von anderer Seite gehört? Tatsächlich zeigt sich, dass zumindest Teile der Subsistenzbewegten der – unter anderem aufgrund ihres Anschlusses an den antisemitischen Diskurs höchst problematischen – Freiwirtschaftslehre²² positiv gegenüberstehen. So geißelt eine der Hauptvertreterinnen des Subsistenzansatzes, Claudia von Werlhof, in einem Vortrag den Zins als „nur scheinbar natürlich“ und als „Obszönität“ und fordert, ganz der Freiwirtschaftslehre entsprechend, die „Abschaffung des Zinses“ und „Geld nur noch als Schmiermittel oder gar ‚Schwundgeld‘.“²³ Man darf gespannt sein, zu welchem ungenießbaren Amalgam sich Teile von Freiwirtschaftslehre und Subsistenzansatz zukünftig noch verschmelzen werden.

Innerhalb des Subsistenzansatzes wird der Einsatz produktivitätssteigernder Technologien weitgehend abgelehnt, da sie untrennbar mit einem patriarchalen System verbunden seien.²⁴ Technologischer Fortschritt wird vielfach als „le-

bens-, natur- und frauenverachtend“²⁵ bezeichnet. Sicher muss die heutige Technologie, die ja in der Matrix des kapitalistischen Systems entstand, einer grundsätzlichen und weitgehenden Kritik unterzogen werden. Doch eine pauschale Ablehnung jeglicher High-Tech hieße, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Denn *erstens* wären ohne den Einsatz moderner Technologien für uns wichtig und selbstverständlich gewordene Dinge, zum Beispiel viele Medikamente, nicht mehr herstellbar. Und *zweitens* könnten Städte und die damit verbundene Lebensweise und Kultur nicht mehr existieren. Eine agrarische Produktion, die auf Handarbeit basiert, kann nicht den Überschuss produzieren, dessen es für die Entwicklung von Städten bedarf. Entsprechend schlecht kommen diese denn auch in der Subsistenzperspektive weg. In einer Abschnittsüberschrift heißt es gar: „Die Stadt – Ein Parasit“.²⁶

Bei aller Kritik am theoretischen Ansatz gibt es doch Anknüpfungspunkte, wenn es um die Einschätzung konkreter Projekte und Praxen vor Ort geht. Dies zeigen manche der Beispiele, die als positive Veränderungsansätze in „Eine Kuh für Hillary“ präsentiert werden, so etwa der Fall jener Widerstandsgemeinden in Guatemala, bei denen die landwirtschaftlichen Tätigkeiten gemeinsam organisiert und die erzeugte Nahrung je nach Bedürfnissen unter den Familien aufgeteilt, die Überschüsse dagegen in Festen kollektiv konsumiert werden; oder auch die Geschichte kommunaler „Arbeit“ in einem Dorf in der Eifel: dort wurden noch bis vor 50 Jahren viele anfallende Tätigkeiten, vom Instandhalten der Straßen und Wege bis zum Schlagen von Holz im Gemeindewald, auf kommunaler Ebene organisiert. Inzwischen wurden diese Tätigkeiten durch Lohnarbeit ersetzt. Deutlich wird allerdings auch eine wesentliche Gemeinsamkeit dieser beiden Beispiele: sie beruhen auf gegenseitiger Hilfe beziehungsweise gemeinschaftlicher Absprache und eben nicht auf Tausch.

4. Die mikroelektronische Naturalwirtschaft

Der Zusammenbruch des Realsozialismus Ende der 1980er Jahre ging mit einer schweren diskursiven Niederlage des Marxismus einher. Im Zuge des Bemühens um eine Überwindung der Krise radikaler Gesellschaftskritik entwickelte sich ein Theoriefeld, innerhalb dessen sich

auch die bisherigen Beiträge unserer Serie bewegen und das im Folgenden als „wertkritisch“ bezeichnet werden soll.

Theoriegeschichte

Die im weiteren Sinne wertkritische Marx-Rezeption nahm mit den Publikationen von Hans-Georg Backhaus²⁷ Ende der 1960er Jahre ihren unmittelbaren Anfang und wurde etwa in den Arbeiten von Moishe Postone²⁸, Michael Heinrich²⁹, Nadja Rakowitz³⁰, John Holloway³¹ und der Gruppe *krisis*³² entwickelt. Die für den traditionellen Marxismus zentrale Stellung einer Kritik der Reichtumsverteilung und der Machtverhältnisse nimmt eine Kritik der zugrundegelegten Reichtums- und Machtform ein. Die Analyse sozialen Wandels und der Möglichkeiten emanzipatorischer Gesellschaftsveränderung wird an ein kritisches Verständnis der grundlegenden sozialen Formen von Wert und Ware, den bestimmenden Faktoren der systemimmanenten Handlungsrationitäten, rückgebunden. Ein staatskritischer Zugang ist diesen Strömungen generell gemein. In unterschiedlicher Reichweite findet sich innerhalb des wertkritischen Theoriefeldes auch eine Kritik der sozialen Formen Arbeit, Recht, Politik und Demokratie.

Besondere Bedeutung für unsere Fragestellung kommt dabei der außeruniversitären Theorieproduktion im Rahmen der Zeitschrift *krisis* zu. Im *krisis*-Zusammenhang, auf den – im Unterschied zu unserem Begriffsverständnis – das Label „Wertkritik“ meist reduziert wird, finden sich seit den späten 1980ern nicht nur kritische Auseinandersetzungen mit der Marxschen Theorie und Ansätze zu ihrer Weiterentwicklung, sondern auch eine allgemeine ökologische Kritik des Kapitalismus³³ und Überlegungen zu einer emanzipatorischen Alternative.

Theoretische Grundlagen

Der wertkritische Zugang war schon für die bisher angestellten Überlegungen bestimmend. Doch wollen wir zentrale Ergebnisse wertkritischer Analyse kurz zusammenfassen: die kapitalistische Produktionsweise ist als diejenige zu charakterisieren, „die auf dem Wert beruht“ (Marx). Abstrakter und objektivierter Wert ist die allgemeine Form kapitalistischen Reichtums und drückt sich im Geld aus. Stofflicher Träger des Werts ist die Ware, die einerseits qualitativ-konkreten, sinnlich erfahrbaren Gebrauchswert,

andererseits quantitativ-abstrakten, unsinnlichen Tauschwert darstellt. Die Ware, also das für den Verkauf Produzierte, ist die „Elementarform des Reichtums“ (Marx) im Kapitalismus, verallgemeinerte Produktion und systematischer Tausch von Waren, worunter auch die menschliche Arbeitskraft fällt, sein Charakteristikum. Zweck der Warenproduktion ist der abstrakte Wert, genauer gesagt: Mehrwert, nicht der konkrete Nutzen der Ware. Weil die abstrakte Wertproduktion als solche nicht an konkrete menschliche Bedürfnisse und ökologische Bedingungen rückgekoppelt, sondern – als Verwertung des Werts – allein auf sich selbst bezogen ist, ergibt sich ein tendenziell maßloser Wachstumszwang der Wertproduktion: aus Geld muss immer mehr Geld werden. Nachdem Wertproduktion dauerhaft nur als Warenproduktion möglich ist, resultiert daraus steigender Ressourcenverbrauch. Die Wertverwertung abstrahiert von konkreten menschlichen Bedürfnissen und ihrem ökologischen Kontext. Doch diese Abstraktion ist Schein, in Wirklichkeit bleibt die Verwertung des Werts an die Produktion von Gebrauchswerten, ein Minimum an Bedürfnisbefriedigung und ökologische Rahmenbedingungen gebunden: Das macht ihren zerbrechlichen und zerstörerischen Charakter aus. Die Verwertungsbewegung ignoriert ihre gesellschaftliche und ökologische Einbettung.

Die Sphäre der „Wirtschaft“, also des Werts, unterliegt verselbstständigten Gesetzen, die zwar auf (herrschaftsförmige) soziale Beziehungen zurückzuführen sind, uns aber als schein-natürliche „Sachzwänge“ gegenüberreten. Beim Wert handelt es sich um eine Fetischform, denn in ihm erscheint das Soziale paradoxerweise in der Form von Dingen, nämlich Waren als Wertgegenständen. Ökologisch vernünftige Zwecksetzungen und Limitierungen menschlichen Handelns werden dadurch in großem Stil verunmöglicht: *erstens* durch den gegen stofflich-konkrete Inhalte und Kontexte gleichgültigen ökonomischen Wert und *zweitens* durch die selbstzweckhafte Verwertungslogik. Der Staat – ebenfalls eine fetischisierte Form sozialer Beziehungen – ist für seine Politik auf Steuern in Geldform angewiesen und damit auch ihren „Sachzwängen“ unterworfen. Er dient primär der Sicherung der allgemeinen Verwertungsbedingungen, agiert folglich als „ideeller Gesamtkapitalist“ und kann nicht als Instrument einer grundlegenden Ökologisierung, die in einer Überwin-

dung kapitalistischer Produktion bestünde, wirken.

Ein alternativer Entwicklungspfad

Welche Aussagen lassen sich nun für eine post-kapitalistische Vergesellschaftung treffen? Wie kann ein Entwicklungsweg in diese Richtung aussehen? Grundsätzlich muss die post-kapitalistische Kooperationsweise ohne Warentausch, Wert, Geld und Kapital auskommen und mit einer Auflösung des Staates in die Gesellschaft einhergehen. Diese Perspektive umfasst sowohl den Aufbau neuer Weisen materieller und immaterieller Produktion als auch eine grundlegende Veränderung der patriarchalen Psycho- und Sozialstruktur, womit ein tiefreichender Gesellschaftswandel – von der Technologie-Entwicklung bis hin zum individuellen und kulturell-symbolischen Naturbezug – verbunden wäre.

Anstelle des Regulativs von Wert (Markt) und Recht (Staat) hätte die bewusste und direkte Verständigung der Gesellschaft über ihre Produktion zu treten. Einige Konkretisierungen dieser Einsicht gibt Norbert Trenkle im 1996 publizierten Text „Weltgesellschaft ohne Geld“.³⁴ Direkte Aushandlungsprozesse müssten demnach in subsidiären und funktionell-hierarchischen Strukturen der Entscheidungsdelegation erfolgen. Planungsab-sprachen wären auf der jeweils kleinst-möglichen Hierarchiestufe zu treffen: Nahrungsmittelerzeugung müsste im unmittelbaren Umkreis der Siedlungszentren erfolgen, während die High-Tech-Produktion eine letztlich globale Koordination der Stoff-Flüsse erfordere.

Der Einsatz hochentwickelter Technologie bei gleichzeitiger ökonomischer „Wertlosigkeit“ der Produktion ließe sich so als „mikroelektronische Naturalwirtschaft“ charakterisieren.

Insbesondere im 1997 erschienenen Artikel „Antiökonomie und Antipoli-

tik“³⁵ entwirft Robert Kurz eine wert-kritische Perspektive des Übergangs zur post-kapitalistischen Gesellschaft. Seine Konzeption unterscheidet sich von den Versuchen einer „nachholenden Modernisierung“ im Realsozialismus sowohl dem Inhalt als auch der Form nach. Zuvorderst ginge es laut Kurz darum, den Bereich der so genannten Dienstleistungen unter gesellschaftliche Kontrolle zu bringen, um danach zur Aneignung und Neuorganisation (Stilllegung, Restrukturierung, Umgruppierung, Weiterentwicklung) der stofflichen Produktionskapazitäten (Fabriken, Maschinen, Infrastruktur) überzugehen. Dabei gäbe es Anknüpfungspunkte bei früheren Versuchen genossenschaftlicher Kooperation (z.B. vielen Einrichtungen der Arbeiterbewegung), die allerdings nun mit dem erklärten Ziel eines schrittweisen Ausstiegs aus der Verwertung aufzugreifen wären. Der Aufbau einer solchen produktiven Gegenstruktur zum Wert könnte Hand in Hand mit Strategien zur Förderung des Dritten Sektors (Non-Profit-Bereich), systemimmanenten Forderungen, subversiven Aktionen und verschiedenen Formen direkter Aneignung (Besetzungen) gehen.

Der von der übrigen Gesellschaft und der Natur abgespaltene und verselbstständigte Tätigkeitsbereich der „Wirtschaft“ wäre im Verlauf dieser Auseinandersetzungen in die Gesellschaft zurückzunehmen. Die Vielfalt produktiver Tätigkeiten wäre an den stofflich-konkreten „Eigenlogiken“ der verschiedenen Produktionen, Lebensbereiche und Aufgabenstellungen auszurichten. So erst wäre die Grundlage für eine Lösung der ökologischen Krise gegeben.

Resümee

Zweifellos kann eine Überwindung des Kapitalismus keinem Master-Plan folgen. Emanzipation bedeutet in ihrem Kern die Selbstveränderung der Beteiligten, was

nur als vielschichtiger, langwieriger und selbstbestimmter Prozess vorstellbar ist. Höchste Vorsicht ist daher geboten, wenn Phasen und „notwendige Entwicklungsschritte“ im Übergang zu einer post-kapitalistischen Vergesellschaftung konkret bestimmt werden sollen! Sozialtechnologien und Entwicklungsvorstellungen, die „Selbstbestimmung“ nach vorgefertigten Mustern quasi verordnen sollen, sind mit einer wahrhaften Emanzipation von kapitalistischen Verhältnissen unvereinbar. In der Begründung solcher Konzeptionen kommen geschichtsphilosophische Konstruktionen und deterministische Auffassungen zum Tragen, die vom nicht vorhersagbaren Verlauf gesellschaftlicher Entwicklungen im Allgemeinen und sozialer Kämpfe im Besonderen ebenso absehen wie vom nicht-determinierten Vermittlungsprozess zwischen kritischer Theorie und Praxis. Aus diesem Grund sind ausformulierte und am Reißbrett entworfene „Modelle einer zukünftigen Gesellschaft“ rundweg abzulehnen. Die tatsächliche Funktionsweise einer post-kapitalistischen Gesellschaft ist nicht theoretisch vorwegzunehmen (schon gar nicht in der Unzahl denkbarer Detailfragen), sondern vielmehr praktisch zu entwickeln.

Eine theoretische Kritik des Kapitalismus kann allerdings etwas Wesentliches leisten: Sie erlaubt Aussagen darüber, wie eine post-kapitalistische und damit ökologisch verträgliche Lebensweise *nicht* aussehen kann. Auf dieser Grundlage sind allgemeine Rahmenbedingungen einer post-kapitalistischen Lebensweise sicherlich auch theoretisch diskutierbar. Ein solcher Diskussionsprozess kann der emanzipatorischen Praxis Anregungen geben und Szenarien der sozialen Veränderung – freilich mit offenem Ausgang – entwerfen.

Anmerkungen

- 1 ISEW – Index of Sustainable Economic Welfare. Ein Indikator, der neben dem BIP (Bruttoinlandsprodukt) auch Faktoren wie Schattenwirtschaft, Veränderung nicht monetär bewerteter ökologischer Zustandsindikatoren etc. in die Wohlberechnung mit einbezieht. Wie sich empirisch zeigt, stagniert bzw. sinkt der ISEW ab einer gewissen Höhe des BIP.
- 2 Eine Systematisierung unterschiedlicher Positionen im Diskurs der Nachhaltigkeit und eine Darstellung seiner Vorläufer gibt Reinhard Steurer (2001): Paradigmen der Nachhaltigkeit, in: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, 4/2001, 537-566; für einen umfassenden Überblick zu Umweltdis-

Mehrjahresabo der Streifzüge

Inland: 1 Jahr: 12 Euro,
2 Jahre 22 Euro, 3 Jahre 30 Euro

Ausland: 1 Jahr 13 Euro,
2 Jahre: 24 Euro, 3 Jahre 33 Euro.

- kursen siehe auch John Dryzek (1997): *The Politics of the Earth. Environmental Discourses*. Oxford University Press.
- 3 Siehe z.B. Herman Daly (1999): *Wirtschaft jenseits von Wachstum. Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung*. Verlag Anton Pustet; Herman Daly (1992): *Vom Wirtschaften in einer leeren Welt zum Wirtschaften in einer vollen Welt. Wir haben einen historischen Wendepunkt in der Wirtschaftsentwicklung erreicht*, in: Robert Goodland, Herman Daly, Salah El Serafy, Bernd von Droste (Hrsg.): *Nach dem Brundtland-Bericht: Umweltverträgliche wirtschaftliche Entwicklung*.
 - 4 Herman Daly (1999): a.a.O., S. 216.
 - 5 Zum Verhältnis zwischen ökologischer Ökonomie und Freihandel siehe insbesondere Herman Daly (1994): *Die Gefahren des freien Handels*, in: *Spektrum der Wissenschaft*, 1/1994, 40-46.
 - 6 Michael Heinrich (2001): *Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition*. Westfälisches Dampfboot.
 - 7 Saral Sarkar (1999): *Die nachhaltige Gesellschaft. Eine kritische Analyse der Systemalternativen*. Rotpunktverlag.
 - 8 A.a.O., S. 217.
 - 9 A.a.O., S. 402.
 - 10 A.a.O., S. 330.
 - 11 Saral Sarkar (2003): *Nachhaltige Entwicklung. Der vergebliche Rettungsversuch für eine sterbende Illusion*, in: Claudia von Werlhof, Veronika Bennholdt-Thomsen, Nicholas Faraclas (Hrsg.): *Subsistenz und Widerstand. Alternativen zur Globalisierung*. Promedia Verlag.
 - 12 Für kritische Analysen siehe etwa Johanna W. Stahlmann (1990): *Die Quadratur des Kreises. Funktionsmechanismus und Zusammenbruch der sowjetischen Planökonomie*, in: *krisis* 8-9/1990, im Netz unter: http://www.giga.or.at/others/krisis/j-stahlmann_quadratur-des-kreise_krisis8-9_1990.html;
 - Robert Kurz (1991): *Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie*. Eichborn Verlag;
 - Ernst Lohoff (1996): *Der dritte Weg in den Bürgerkrieg. Jugoslawien und das Ende der nachholenden Modernisierung*. Horlemann Verlag;
 - vgl. auch Elmar Altvater (1997): *Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus“*. Westfälisches Dampfboot.
 - 13 Veronika Bennholdt-Thomsen, Maria Mies (1997): *Eine Kuh für Hillary. Frauenoffensive*. Verlag, S. 62.
 - 14 A.a.O., S. 310.
 - 15 A.a.O., S. 134.
 - 16 A.a.O., S. 82.
 - 17 A.a.O., S. 102.
 - 18 A.a.O., S. 24.
 - 19 A.a.O., S. 134: „Wenn wir Markt und Handel unter dem Gesichtspunkt betrachten, dass es sich dabei um Wege und Weisen der menschlichen Begegnung handelt: Wer anders als die Frauen sind in einer sinnvollen geschlechtlichen Arbeitsteilung dafür zuständig?“
 - 20 Für eine ausführlichere Diskussion des so genannten Wert-Abspaltungs-Theorems siehe z.B. Roswitha Scholz (1999): *Wert und Geschlechterverhältnis*, in: *Streifzüge* 2/1999. Im Netz unter: http://www.streifzuege.org/str_99_2_scholz_geschlechter.html/.
 - 21 Veronika Bennholdt-Thomsen, Maria Mies (1997): a.a.O., S. 68.
 - 22 Vgl. Andreas Exner, Stephanie Grohmann (2004): *Bye bye Zinskritik. Über die Grenzen der Tauschkreise und den Unsinn der Freiwirtschaft*. Erscheint in der nächsten Ausgabe der *Streifzüge* (33/2005).
 - 23 Claudia von Werlhof: „Geld ist nichts Neues, nur sein Charakter als Kapital, als ‚Geld gebärendes Geld‘ mit Zins und Zinseszins ist neu. Schulden- und Zinsabhängigkeit entsteht, weil dieses Gebären nur scheinbar natürlich, in Wahrheit aber durch Ausbeutung abgepresst ist. Das müssen wir als Obszönität von uns weisen. Also Abschaffung des Zinses (nachzulesen bei Margrit Kennedy), Geld nur noch als Schmiermittel oder gar ‚Schwundgeld‘.“ Zitiert aus Claudia von Werlhof (1993): *Leben ist unwirtschaftlich. Subsistenz – Abschied vom ökonomischen Kalkül*. Nach dem Vortrag „Subsistenz: Abschied vom ökonomischen Kalkül“ an der Humboldt-Universität Berlin, 25.1.1993. Im Netz unter: http://www.grueneliga-berlin.de/informieren/rabe_ralf/serien.html/;
 - 24 Wie weit diese Ablehnung geht, bleibt aber offen. In einem Interview auf die Problematik einer grundsätzlichen Ablehnung von Technologie angesprochen, meint Bennholdt-Thomsen: „Weder die Stadt noch Maschinen sind in meinen Augen ein Unsegen, sondern es sind diese Städte und diese Maschinen.“ Zitiert aus: Veronika Bennholdt-Thomsen (2004): *Ich kann die gegenseitigen Schuldzuweisungen von Stadt und Land nicht mehr hören!* In: *Aurora-Magazin*, 15.9.2004. Im Netz unter: http://www.aurora-magazin.at/gesellschaft/land_bennholdt_frm.htm. Wie auch an manch anderem Aspekt zeigt sich hier eine grundsätzliche theoretische Schwäche des Subsistenzansatzes: Es wird teilweise sehr unscharf argumentiert.
 - 25 Veronika Bennholdt-Thomsen, Maria Mies (1997): a.a.O., S. 208.
 - 26 A.a.O., S. 139. Dennoch wurden im Rahmen des Subsistenzansatzes auch Überlegungen angestellt, wie die grundlegenden Postulate der Subsistenz – vor allem die Aneignung von Dingen und Strukturen, die für das Leben notwendig sind – auch auf Städte angewendet werden können. Vgl. dazu Veronika Bennholdt-Thomsen (2003): *Wovon leben unsere Städte wirklich? Subsistenzorientierung statt Geldorientierung*, in: Claudia von Werlhof, Veronika Bennholdt-Thomsen, Nicholas Faraclas (Hrsg.): *Subsistenz und Widerstand. Alternativen zur Globalisierung*. Promedia Verlag.
 - 27 Siehe Hans-Georg Backhaus (1997): *Dialektik der Wertform. Untersuchungen zur Marxschen Ökonomiekritik*. ça ira Verlag.
 - 28 Siehe Moishe Postone (2003): *Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx*. ça ira Verlag.
 - 29 Michael Heinrich (2001): *Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition*. Westfälisches Dampfboot; Michael Heinrich (2004): *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung*. Schmetterling Verlag.
 - 30 Nadja Rakowitz (2000): *Einfache Warenproduktion. Ideal und Ideologie*. ça ira Verlag.
 - 31 Siehe John Holloway (2003): *Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen*. Westfälisches Dampfboot.
 - 32 Siehe im Netz unter: <http://www.krisis.org>.
 - 33 Vgl. in diesem Zusammenhang auch die detaillierteren Untersuchungen von Elmar Altvater (1997): *Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus“*. Westfälisches Dampfboot; sowie von Athanasios Karathanassis (2003): *Naturzerstörung und kapitalistisches Wachstum. Ökosysteme im Kontext ökonomischer Entwicklungen*. VSA Verlag.
 - 34 Norbert Trenkle (1996): *Weltgesellschaft ohne Geld. Überlegungen zu einer Perspektive jenseits der Warenform*, in: *krisis* 18/1996. Im Netz unter: http://www.giga.or.at/others/krisis/n-trenkle_weltgesellschaft-ohne-geld_krisis18_1996.html.
 - 35 Robert Kurz (1997): *Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des ‚Marxismus‘*, in: *krisis* 19/1997. Im Netz unter: http://www.giga.or.at/others/krisis/r-kurz_antioekonomie-und-antipolitik_krisis19_1997.html.

Ende der Serie

„Haltet den Dieb!“

COPYLEFT AGAIN

von Stefan Meretz

Copyleft provoziert, na endlich. Wie ist dieses Phänomen zu fassen, zu begreifen, das es ja eigentlich nicht geben kann, nicht geben darf? Zwei JuristInnen bemühen sich das Copyleft in ihr Gedankengebäude einzubauen – der eine (Noll 2004) mit „antikritischer“ Intention¹, die andere (Haarmann 2004) mit „kritischer“², in ihrem argumentativen Kern beide jedoch ähnlich. Beide sind ganz und gar unglücklich darüber, dass ich das Phänomen Copyleft als „genialen Hack“ (Meretz 2004) gekennzeichnet habe – der eine, weil er die „permanente Enteignung der Werkschaffenden“ (N 21) befestigt, ja perpetuiert sieht, die andere, weil doch „die Struktur der gesellschaftlichen Vermittlung im Wertverhältnis lediglich“ (H 198) nachgebildet werde. Zwei Kritiken von entgegengesetzten Polen? Keineswegs, wie sich zeigen wird.

1. Hypostasierung eines Phänomens zur „Theorie“

Es ist zu viel der Ehre, wenn mein Versuch, den Prozess der Herausbildung und globalen Etablierung des Copyleft zu begreifen, zum „Copyleft-Konzept“ (N 20) bzw. „Copyleft-Theorie“ (H 187) überhöht wird und ich daselbst zum „prononciertesten Vertreter der Copyleft-Lehre“ (H 184) ernannt werde. Auf diese Weise „geadelt“, werden flugs realer Prozess und Theorie des vorgeblichen „Lehrmeisters“ verwechselt, so als ob der „Lehrmeister“ die Praxis hervorgerufen hätte, also gewissermaßen für sie verantwortlich wäre. Das funktioniert noch immer wie gehabt: Personalisierung eines Problems oder eines Phänomens; Ummünzen der Analyse des widersprüchlichen Prozesses in ein absichtsvolles Sollen; Kritik des Sollens – und (abge-)fertig(t). Das Begreifen eines widersprüchlichen Realprozesses wird ersetzt durch ein theoretisch kaschiertes Sich-vom-Leib-Halten des Problems selbst. Die Herausforderung „Copyleft“ wird nicht angenommen.

Beide AutorInnen schaffen es nicht, die gesellschaftstheoretische und personale Ebene zu trennen. Angemessen wäre, die

massenhaften realen Entwertungsprozesse und das *gleichzeitige* Aufkommen des Copyleft als theoretisch-analytische Herausforderung im Informationskapitalismus zu begreifen – anstatt das Copyleft theoretisch zu hypostasieren und in seiner Wirkung zu mythisieren. So entsteht eine völlig unfruchtbare Gegenüberstellung von angeblicher „Copyleft-Theorie“ hier und betroffener Klientel dort. Die Einschätzung wird dabei beiderseits aus Klientel-Sicht getroffen: Copyleft sei nur „die emanzipatorisch bemäntelte Perpetuierung eines gesellschaftlichen Missstandes“ (N 21), als „Appell“ an die „Hingabe von Immaterialgütern“ bloß „grob fahrlässig“ (H 199) usw. Von der durchaus nachvollziehbaren Angst um die individuelle Reproduktion der Klientel wird jedoch ebenso „wortreich“ (N 21) auf ein vermutetes dahinter liegendes „Copyleft-Konzept“ geschlossen, das zu verwerfen sei. Ebenso wie jedoch der Zerfall des Kapitalismus und die damit einhergehende zunehmende Prekarisierung der Immaterialgüter-ProduzentInnen nicht einfach zu „verwerfen“ ist, kann das „Copyleft“ als eine Erscheinungsform im Informationskapitalismus nicht „verworfen“ werden. Theoretisch interessant hingegen ist die Frage, ob es sich beim „Copyleft“ um eine Zerfallsform des sich zersetzenden Kapitalismus handelt oder um eine spezifische Reaktion auf neue immanente Entwicklungen, die einen Freiraum jenseits der Wertform eröffnen. Kritikabel wäre mithin meine Analyse inklusive der von mir beobachteten Entwicklungstendenzen und neuen Möglichkeiten, nicht aber das „Copyleft“ schlechthin, da dieses ein bloßes „Schutzrecht“ ist und keine „Emanzipation“ anstrebt (s.u.).

2. „Copyleft ist doch nix anderes als Copyright“

Was soll es auch sonst sein? Copyleft basiert auf dem Copyright, untergräbt aber gleichzeitig seine Exklusionsabsicht. Das habe ich deutlich geschrieben. Da gibt es also nichts zu „entlarven“, etwa in der Form: „„Copyleft“ setzt aufs bürgerliche

Recht nicht weniger als „Copyright““ (N 20) oder: „Rechtsform (wird) gegen Rechtsform gewendet (...), um sie schlussendlich aufrecht zu erhalten“ (H 189). Ich stelle fest, dass unter den Bedingungen der „verkehrten“ Rechtsform Copyleft ein Freiraum aufgetan wurde, der neue Möglichkeiten der Schaffung von Reichtum jenseits der Wertform bietet. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Auf dem „nicht weniger“ insistiere ich allerdings, denn es ermöglicht einen Einblick in Praxen gesellschaftlicher Produktion jenseits der Warenform, die es unter Nutzung von Hightech-Produktionsmitteln sonst nicht gibt.³ Was das weiter bedeutet, wohin das führen kann und welche Kämpfe damit ins Blickfeld rücken, sind weitere Fragen, die im engeren Sinne nichts mehr mit dem Thema „Copyleft“ zu tun haben. Alle Interpretationen, die das Copyleft *selbst* bereits mit einer freien, „nicht-warenförmigen Gesellschaft“ (H 189) gleichsetzen, sind irri-ge und unsinnige Zuschreibungen. Copyleft wurde aus der Not geboren, ist in seiner Wirkung jedoch frappierend. Eine „Abschiednahme“ (N 20) vom Copyright wird es nur zusammen mit dem Copyleft geben. Noch weiter auf den Boden der Tatsachen geholt, ist Copyleft eine historische Zufälligkeit, die gleichwohl „ganz gut im Trend“ (N 20) liegt. Was aber kennzeichnet den „Trend“, was bedeutet das für die Zukunft der Warenproduktion? Fragen, die ungestellt bleiben.

Verstört fragt sich Noll, ob denn die „Copyleft-Apostel“ bei Verletzung des Copyleft klagen würden, wo sie doch eigentlich gegen das Copyright seien? Ja, ganz sicher werden sie das tun, und sie tun es bereits (erfolgreich). Darin besteht ja der „geniale Hack“: Die Mittel der Rechtsinstitute werden benutzt, um sie gegen die Exklusionsintention des Copyright zu wenden. Damit wird die (Rechts-)Form gestärkt, aber der Inhalt, der (Exklusions-)Sinn unterminiert. Eine interessante Frage ist, was passieren wird, wenn diese Praxis massenweise um sich greift, wenn aus Gründen der immanenten Funktionslogik der Verwertung immer mehr Inhalte freigestellt werden *müssen*,

um damit überhaupt noch Verwertung sichern zu können. So werden die von Eric Raymond vorgeschlagenen „Geschäftsmodelle“ (Raymond 2001) durchaus genutzt. Auch AutorInnen haben festgestellt, dass sie *mehr* Bücher verkaufen können, wenn der Inhalt zugleich frei gegeben wird. Usw. – Wie weit geht das? Wird der Staat irgendwann intervenieren? Interessante, aber dennoch bloß „immanente“ Fragen.

3. „Keine Wertform = Verschenken“

Eine beliebter, weil im gängigen Denken fest verwurzelter Kurzschluss lautet: frei = kostenlos. Und etwas kostenlos hergeben nennt man bekanntermaßen „verschenken“: Schön blöd, wer so was tut. Das sei doch „freiwillige Selbstenteignung von Autoren“ (Kurz 2004a).

Nun gibt es zwei Absichten, gegen diesen Denk-Kurzschluss anzugehen: Die einen wollen partout klarstellen, dass das „frei“ etwa bei „Freier Software“ keinesfalls „kostenlos“, sondern „freie Verfügung“ bedeutet. Es sei durchaus erlaubt und ist etwa in der bekanntesten Lizenz GPL explizit geregelt, dass das freie Produkt etwas kosten darf. Das besagt auch die „klassische Klarstellung“ von Richard Stallman: „Think of free speech, not free beer“ (Williams 2002). Absicht ist, ein „Geschäft“ mit Freier Software ausdrücklich zu ermöglichen. Hier hinein gehört etwa auch die marketingstrategische „Umbenennung“ von „Freier Software“ in „Open Source Software“ von 1998 durch die „Business-Fraktion“ um Eric Raymond. Es soll klar werden: Open Source und Business ist kein Widerspruch.

Andere hingegen – so vor allem Debatten im Oekonux-Projekt – wollen klarstellen, dass Emanzipation nichts mit „Verschenken“ zu tun hat, weil „Verschenken“ nichts an der Produktionsweise ändern würde.⁴ Solche „Geschenke“ sind zudem als „Freeware“ oder „kostenlose Warenproben“ durchaus schon lange bekannt. Die Kritik, es ginge beim Copyleft bloß um die „Abschaffung der Zirkulationssphäre“ (H 188) – Verschenken als Verzicht auf den Verkauf – geht daher völlig fehl. Es geht darum, dass Software nicht mehr als Ware *produziert* wird und nicht darum, dass eine „Ware Freie Software“ hernach „verschenkt“ wird. Diese Tatsache ist jedoch nicht absichtsvoll bei der Konzipierung des Copyleft ausgedacht worden, sondern gewissermaßen „Nebeneffekt“ der besonderen Produktionsform Freier Software, die auf Selbstentfal-

tung und Selbstorganisation beruht. Daher ist es auch nicht verwunderlich, wenn bei traditionalistischen KritikerInnen „die Klappe fällt“, weil Pulverdampf und Kampf-Rhetorik fehlen oder weil eben nicht „die Enteignung (...) der großen Verwertungsmonopole (...) auf dem Programm steht“ (N 20). Im handgreiflichen Sinne scheint es zu stimmen: „Dem Kapitalismus wird damit nicht das Gerinste weggenommen.“ (Kurz 2004a). Im ökonomischen Sinne ist aber auch das falsch.⁵

Es handelt sich eben *nicht* um einen Konflikt *innerhalb* einer Produktionsweise, sondern zwischen der alten arbeits- und wertförmigen Produktionsweise und einer Produktionsweise *jenseits* der Wertform, deren allerfrüheste Anfänge wir anhand des widersprüchlichen, aber praktischen Beispiels der Freien Software langsam denken können. Das ist die These, um die gestritten werden sollte. Damit ist weder gesagt, dass es „die Freie Software“ oder „das Copyleft“ ist, was die „nicht-warenförmige Gesellschaft“ (H 189) erschafft, noch dass das, was sichtbar ist, bereits eine entfaltete Form darstellt. Das Copyleft stellt in diesem Zusammenhang einzig eine befördernde, historisch zufällige Randbedingung dar, die ihre Wirksamkeit nicht zufällig auch erst mit der Entwicklung weiterer technologischer Bedingungen entfalten konnte. Damit ist keinesfalls – als weitere beliebte Zuschreibung – einem historischen Determinismus das Wort geredet (ein anderes Thema).

4. Freigeben statt Verschenken

Es war ein Fehler von mir, das Wörtchen „verschenken“ – wenn auch nur in indirekter Paraphrasierung einer falschen Zuschreibung – zu verwenden. Was mir glasklar erscheint, ist für andere alles andere als klar: „Wer Copyleft sagt, will (...) kein Geld.“ (N 20). Aha. Warum nur gibt es doch ganz offensichtlich Zehntausende, die ihre Werke freiwillig einem Copyleft unterstellen und „kein Geld“ wollen? Vom Standpunkt des bürgerlichen Rechtssubjekts ist das „völlig verrückt“. Warum wird „verschenkt“? Weil es sich offensichtlich bei der Freigabe eben nicht um ein *Verschenken* handelt, weil *Verschenken* und *Freigeben* nicht das Gleiche ist, genauso wie Preis und Wert nicht das Gleiche ist! Freigeben bedeutet nicht notwendig „entpreisen“, sehr wohl aber „entwerten“.

Sich der Frage zu nähern, warum jemand individuell ein Produkt freigibt,

würde voraussetzen, sich ernsthaft mit der Entstehungsweise Freier Software zu befassen – also mit jenen ausgeblendeten Produktionsformen jenseits der Ware. Freigeben ist hier ein für alle NutzerInnen und alle ProduzentInnen individuell förderlicher Akt. Es nutzt mir, obgleich nicht monetär, dennoch substanziell für die Herstellung des Produkts. Mehr noch: Freigabe ist Produktionsbedingung geworden: Ohne Freigabe, ohne Beteiligung vieler anderer an der Herstellung, ohne massenhafte Nutzung und Feedback keine Qualität. Es gibt, wenn man es kybernetisch formulieren möchte, eine positive Rückkopplung. Dabei verschwimmen zusehends die Grenzen zwischen KonsumentInnen und ProduzentInnen: Jede qualifizierte Rückmeldung ist bereits Teil des produktiven Prozesses, und der/die erste NutzerIn ist der/die ProduzentIn selbst. Bei dem im Oekonux-Projekt gängigen Satz, wonach „die individuelle Entfaltung die Voraussetzung für die Entfaltung aller ist und umgekehrt“ ist also mitnichten ein „kategorischer Imperativ“ (H 188) formuliert, sondern eine begriffliche Verdichtung der analysierten realen Entwicklungsdynamik in Freien Software-Projekten, die diesen Begriff gar nicht kennen, weil sie eines solchen äußerlichen Imperativs auch gar nicht bedürfen. Es handelt sich um pure Denunziation, wenn diesem vorgeblichen „kategorischen Imperativ“ eine unentbehrliche Notwendigkeit „analog zur bürgerlichen Vernunftethik zur Verhinderung des bereits immanent angelegten Destruktionspotentials“ zugeschrieben wird.

5. Von Knappheit wird geschwiegen

Ein Kernpunkt meiner Argumentation wird systematisch ausgeblendet: Copyleft richtet sich gegen das Knappheits-Paradigma der Waren-Ökonomie.⁶ Das ist mir völlig unverständlich, ermöglicht diese Einschätzung doch erst den politökonomisch-analytischen Zugriff auf das neue Thema. Stattdessen verbleiben beide JuristInnen auf der Zirkulationsebene, sozusagen auf der Ebene ihrer Klientel, die angeblich von „Copyleft-Befürwortern (...) aufgefordert werden, ihr Produkt auch in der Wertsphäre einfach zu ‚verschenken‘“ (H 193). Nun ist es zutreffend, dass unknappe Güter nicht als Ware taugen, somit also auch nicht verkaufbar sind – obwohl das Copyleft niemanden am Verkauf hindert. Entscheidend aber ist, dass sie niemals Waren gewesen sind, sondern als Nicht-Waren auf die Welt kamen, weil sie

– im Falle Freier Software – nur aufgrund ihrer Nützlichkeit hergestellt wurden und nicht, um als „Waren“ in eine Zirkulation einzugehen, aus der sie schließlich als „Mehr-Geld“ wieder in die Produktion zurückkehren oder als „Revenue“ verzehrt werden.

Ich mutmaße, dass das Faktum der partiellen Zersetzung der Knappheitsbedingung der Waren-Ökonomie ausgeblendet wird, um sich nicht mit der Produktion befassen zu müssen. Alle produzierten „Dinge“ müssen Waren sein, die nur „verschenkt“ werden können, weil sie Waren sind. Und umgekehrt: Was „verschenkt“ wird, muss wohl Ware sein. – So die den Argumentationen unterliegende Logik. Das ist nicht kritisch und schon gar nicht wertkritisch. Das Diktum, Reichtum jenseits der Wertform sei „unter der globalen Herrschaft des Wertgesetzes nicht zu haben“ (N 21), entspricht der wohl bekannten betriebswirtschaftlichen Denkweise, nach der Reichtum nur aus Verwertung hervorgeht, wonach also nicht aus Verwertung Hervorgegangenes nicht Reichtum sein kann – von der „wertlosen“ Freien Software bis zur „vom Wert abgespaltenen Sphäre“ der Reproduktionstätigkeiten (vgl. Scholz 2000).⁷ Wenn Reichtum Wert und umgekehrt nur Wert Reichtum ist, dann macht es „Sinn“, wenn u.a. JuristInnen für ihre Klientel um die Verteilung streiten. Was aber, wenn es hier zu einem Auseinanderfallen von Wertform und Wertsubstanz kommt? Was Noll mit dem Begriff des „gesellschaftlichen Missstandes“ nur als „Schwächung einer Rechtsposition“ (21) sehen kann, ist keine vordergründig politisch-rechtliche Frage, sondern eine objektive Entwicklung des Schwindens von Wertsubstanz (vgl. dazu Lohoff 2002, Meretz 2003). Als Klientel-VerteidigerInnen müssen Noll, Haarmann und Co die Form gegen den Inhalt verteidigen, als AnalytikerInnen könnten sie sich davon absetzen.

6. „Beitrag zum Abbau von Schutzrechten“

Nachvollziehbar die größte Sorge von Noll ist der fortschreitende „Abbau rudimentärer Schutzrechte der unmittelbaren Produzenten“ (N 20), deren Vermarktung bzw. die ihrer Produkte gefährdet sei. Copyleft leiste hier weiteren Vorschub. – Das Letztere allerdings ist nicht recht nachvollziehbar, denn jede und jeder entscheidet für sich, ein Werk unter einer Copyleft-Lizenz zu verbreiten oder nicht. Vor allem aber übersieht Noll den eigent-

lichen Zweck des Copyleft. Das Copyleft ist nämlich primär aus dem Wunsch nach *vergrößertem* Schutz entstanden – nicht unmittelbar zur besseren Verwertung, sondern für eine bessere Kooperation. Der Begründer des GNU-Projekts, Richard Stallman, beobachtete Anfang der Siebziger Jahre, dass kreative ProduzentInnen (hier: von Software) zunehmend gezwungen wurden, ihr Produkt geheimzuhalten. Eine beschränkte Kooperation war nur möglich, wenn ein/e TeilnehmerIn sich ebenfalls zur Geheimhaltung gegenüber allen anderen verpflichtete (per NDA: non-disclosure agreement). Diese kommunikative Exklusionslogik war für die kooperativ arbeiteten Software-EntwicklerInnen extrem schädlich – gerade angesichts der zunehmenden Monopolisierung des Software-Wissens durch große Konzerne. Die Erfindung des Copyleft auf Basis des Copyright war ein Akt des Widerstands. Es schützte die EntwicklerInnen vor Exklusion und bewahrte ihre Kooperationsmöglichkeiten.

Das Wirkprinzip des Copyleft ist eines der Inklusionslogik – jede dazukommende ProduzentIn vergrößert automatisch den Pool der Möglichkeiten für alle – ist vergleichbar mit anderen „Netzwerk-Effekten“ (Kelly 1999). Am Anfang ist der Pool noch klein, sodass es einer wirklich hohen Überzeugung und Motivation bedarf um teilzunehmen. Das GNU-Projekt war anfangs angesichts der selbst gestellten gigantischen Aufgabe – Schaffung eines freien Betriebssystems – verschwindend klein. Der „Netzwerk-Effekt“ war noch unbekannt, und so blieb auch das GNU-Projekt bei sehr traditionellen Entwicklungsmethoden, wie sie dem damaligen Verständnis von Informatik als Ingenieurwissenschaft entsprachen. Erst Linus Torvalds erahnte die neuen Möglichkeiten des Internet für die Kooperation im globalen Netz.⁸ So kam er schnell zu dem Entschluss, den neuen Betriebssystem-Kern „Linux“ der bekanntesten Copyleft-Lizenz zu unterstellen: „Linux unter die GPL zu nehmen, war das Beste, was ich je getan habe.“ (Interview mit der Tokyo Linux Users Group). Er schuf mit dem „Maintainer-Modell“ eine neue netzbasierte Produktionsform, die in der Folge zu einer Welle von Projektgründungen führte sowie weiteren selbstorganisierten Produktionsformen. Ab 1998 erkannten kommerzielle Software-Produzenten die neuen Chancen – und auch die Risiken, den Zug zu verpassen: Sie wurden gedrängt, vormalig proprietäre Software freizugeben oder Freie Software-Projekte zu

unterstützen, um ihre Position auf den Märkten halten zu können. Was sich Robert Kurz nur für die Konsumtion von Dienstleistungen vorstellen kann („Einrichtungen, (...) deren Betrieb im Gebrauch erlischt“⁹), ist hier für die Produktion Praxis: Eine einmal unter Copyleft freigegebene Software kehrt nicht wieder in die Verwertung zurück, sondern kann bestenfalls „Image-Beiwerk“ zu anderen Leistungen sein – darin wiederum durchaus vergleichbar mit dem örtlichen linken Info-Café, das das „Klima“ für die lokale Ökonomie im Stadtteil verbessern hilft.

7. „Copyleft nimmt den Werkschaffenden die Butter vom Brot“

Mit dem Copyleft scheint sich die Bedrohung für die Werkschaffenden verstärkt zu haben. Es geht „ums Brot der Urheberinnen und Urheber“ (N 21). Copyleft führe „nicht nur in den bürgerlichen Tod (Insolvenz), sondern – bei fortschreitender Prekarisierung – womöglich direkt auf den Friedhof“ (H 199). Wir verlassen hier also die Ebene der gesellschaftstheoretischen Analyse und betreten die individuelle Ebene der juristischen Klientel. Die

Transformationsclub der Streifzüge

Eine Mitgliedschaft im Transformationsclub der Streifzüge kostet 120 Euro pro Jahr, zahlbar auf einmal oder per vierteljährlichem Dauerauftrag. Für den Beitritt wird man selbstverständlich belohnt: Es gibt ein auszuwählendes Schriftstück als Einstandsgeschenk und darüber hinaus alle aktuellen Buchpublikationen, wo eins von uns beteiligt ist, sei's als Autor oder Mitautor, gratis. Das Abo der Streifzüge ist selbstverständlich inbegriffen, ebenso die Zustellung mehrerer Exemplare der aktuellen Nummer bzw. aller noch erhältlichen Einzelhefte. Einen Kriterienkatalog senden wir gerne zu. Schreiben oder mailen Sie uns ganz einfach:

Kritischer Kreis,
Margaretenstraße 71-73/23,
A-1050 Wien oder:
streifzuege@chello.at
Wir reagieren prompt.

Frage, wie je ich mich verhalten kann und sollte, ist eine völlig eigenständige. Zunächst einmal gilt es, die objektive Entwicklung zu begreifen. Hierbei muss ich die Tatsachen zur Kenntnis nehmen, ob sie mir gefallen oder nicht. Aus Klientel-Sicht wird das Copyleft als Zumutung empfunden, anstatt es analytisch als historische Widerspiegelung einer objektiven Entwicklung zu begreifen. Erst auf Grundlage einer verständigen Analyse kann überlegt werden, was im jeweils einzelnen Fall sinnvoll zu tun ist.

Niemand zwingt eine Autorin oder einen Autor eines kreativen Werkes dieses dem Copyleft zu unterstellen. So kann es im Fall der kollektiven Software-Entwicklung Sinn machen (hier ist das Copyleft ja auch entstanden), während die einzelnen JournalistInnen um die Vergütung der medialen Mehrfachnutzung der eigenen Artikel kämpfen müssen. Wikipedia wiederum ist nur deswegen so erfolgreich¹⁰, weil es das Projekt verstanden hat, das Copyleft für den „Netzwerk-Effekt“ konsequent zu nutzen. Aber auch individuell kann es einen Marketing-Vorteil darstellen, den Inhalt des eigenen Buches zum Download freizugeben, um für eine höhere Verbreitung zu sorgen, die sich letztlich auch in einem überproportionalen Verkauf des Druckwerkes auszahlt. Usw. – Hier ist nicht der Ort einer Marketing-Beratung.

Beteiligung an freier, (meist) kollektiver Produktion und individueller Einsatz von Arbeitskraft auf dem Markt zur eigenen Reproduktion, oder kürzer: Selbstentfaltung und Selbstverwertung bilden einen unauflösbaren Widerspruch. Das ist so. Das bekommen wir weder wegdiskutiert noch ist es sinnvoll, den Widerspruch theorieförmig in eine Richtung aufzulösen, sondern damit ist praktisch und theoretisch umzugehen.

Das ist jedoch nicht die Ebene, die mich wirklich interessiert – auch wenn ich mich persönlich aus guten Gründen entschieden habe, alle meine Werke frei zu geben. Mich interessieren die neuen Entwicklungen des Informationskapitalismus, die neue Möglichkeiten bieten, eben genau das ansatzweise (keimförmig) zu entwickeln, was mit dem Begriff der „Gegenvermittlung“ auch Petra Haarmann (H199) vorzuschweben scheint: Eine neue Art und Weise der gesellschaftlichen Re-/Produktion des Lebens jenseits der Wertform. Solche neuen Formen kommen nicht aus dem Nichts, und sie werden auch nicht „mit einem Schlag“ da sein, sondern sie müssen notwendig be-

reits im Alten entstehen – natürlich immer begrenzt, immer auch „falsch“, immer auch prekär, unausgegoren, widersprüchlich. Solche Widersprüche gilt es jedoch aufzusuchen und nicht zu meiden, gilt es theoretisch zu begreifen und nicht mittels „bewährter“ Theorieformen wegzudeuten.

Anmerkungen

- 1 Referenz auf Noll (2004) im Folgenden abgekürzt mit „N“ und nachfolgender Seitenangabe.
- 2 Referenz auf Haarmann (2004) im Folgenden abgekürzt mit „H“ und nachfolgender Seitenangabe. Auf das im Artikel diskutierte Thema der „Vermitteltheit vs. Unmittelbarkeit“ kann ich an dieser Stelle nicht eingehen. Auch editorische Fehler und unzutreffende Unterstellungen seien ausgeklammert.
- 3 Ich habe hier die Bewegung Freier Software im Blick, die aus verschiedenen Gründen nicht umstandslos vergleichbar ist mit etwa der Lage von einzelnen Autorinnen und Autoren etc. In einer differenzierten Betrachtung muss auch noch einmal unterschieden werden zwischen „Einfach Freier Software“ (Freiheit des Produkts) und „Doppelt Freier Software“ (Freiheit der Produktion). Interessant ist vor allem Letzteres.
- 4 Auch das „Schenken“ („Potlasch“) in vorwarenpzeugierenden Gesellschaften kann nicht als Analogie herangezogen werden, da anders als im Fall der historischen Analogie bei Freier Software „Hergabe“ und „Entnahme“ vollständig entkoppelt sind. Die Behauptung: „Sicher, er darf nur nehmen, wenn er sich selbst entfaltet und damit die Produktivkraftentwicklung weiter antreibt“ (H 184) ist schlicht falsch. Vgl. Oekonux-Projekt: www.oekonux.de.
- 5 Kürzlich wurden die „Kosten“ allein des Linux-Kernels auf 612 Mio. Dollar geschätzt, wäre er „traditionell“ hergestellt worden (Wheeler 2004): Diese „Informationsrente“ konnten und können Software-Monopolisten jedenfalls nicht kassieren, da hier eine (dauerhafte) Entwertung stattgefunden hat. Vgl. dazu auch Fußnote 10.
- 6 Zum Thema „Knappheit“ vgl. die Kolumne „immaterial world“ in dieser Streifzüge-Ausgabe.
- 7 Warum hat eigentlich noch niemand sozial Sorgende, mehrheitlich Frauen, bezichtigt, ihre Leistungen zu „verschenken“? Warum wird die Forderung nach Entlohnung von „Hausarbeit“, „Beziehungsarbeit“ etc. überhaupt noch kritisiert? Allerdings geht hier der „Trend“ dann doch in die andere Richtung der „Vermarktlichung“.
- 8 Hierbei ist interessant, dass auch Linus Tor-

valds den nötigen „Anfangs-Idealismus“ mitbrachte. Zwar gingen dem jungen Linus die moralischen Ansprüche der (kommunistischen/68er) Eltern ziemlich auf die Nerven, trotzdem war es für ihn außerhalb jeder Vorstellung, mit Hilfe von „Linux“ einen „kommerziellen Weg“ zu gehen. Bevor er die GPL für Linux nahm, verwendete er eine explizit „anti-kommerzielle“ Lizenz. Diese hätte jedoch den „Netzwerk-Effekt“ verhindert.

- 9 Gemeint ist hier vermutlich nicht, dass der Betrieb der Einrichtungen aufhört („erlischt“), sondern dass sie keine Ware zwecks Verkauf herstellen und sich aus anderen Geldquellen speisen. Vgl. Kurz 2004b.
- 10 Wikipedia ist eine kollektiv erstellte multilinguale (über 100 Sprachen) Online-Enzyklopädie mit einem rasanten Wachstum an Artikeln (derzeit etwa 1,1 Millionen, davon 160.000 deutschsprachige). Vgl. de.wikipedia.org.

Literatur

- Haarmann, Petra (2004), Copyright und Copyleft. Vermittlung im Falschen oder falsche Unmittelbarkeit, in: EXIT! 1, S. 184-200.
- Kelly, Kevin (1999), NetEconomy. Zehn radikale Strategien für die Wirtschaft der Zukunft, München/Düsseldorf: Econ.
- Kurz, Robert (2004a), Aneignung als Kapitulation der Kritik? in: Junge Welt, 06.08.2004.
- Kurz, Robert (2004b), Billigrezepte für den sozialen Schnellkochtopf, in: Freitag, 06.08.2004.
- Lohoff, Ernst (2002), Die Ware im Zeitalter ihrer arbeitslosen Reproduzierbarkeit. Zur politischen Ökonomie des Informationskapitalismus, in: Streifzüge 3/2002.
- Meretz, Stefan (2003), Zur Theorie des Informationskapitalismus. Teil 2: Produktive und unproduktive Arbeit, in: Streifzüge 2/2003.
- Meretz, Stefan (2004), What's Copyleft? Eine kurze politökonomische Betrachtung, in: Streifzüge 30, S. 11.
- Noll, Alfred (2004), Copyleft ante portas? Antikritisches zum Urheberrecht und Kritisches zu Stefan Meretz (in Streifzüge 30), in: Streifzüge 31, S. 20-21.
- Raymond, Eric (2001), The Cathedral & the Bazaar. Musings on Linux and Open Source by an Accidental Revolutionary, Sebastopol/CA: O'Reilly.
- Scholz, Roswitha (2000), Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die Metamorphose des Patriarchats, Bad Honnef: Horlemann.
- Williams, Sam (2002), Free as in Freedom. Richard Stallman's Crusade for Free Software, Sebastopol/CA: O'Reilly.

„Die neue deutsche Mentalität“

Rückkopplungen

von Roger Behrens

Nimmt man Pop ernst, dann gilt auch hier der Grundsatz materialistischer Ästhetik vom Zeitkern der Wahrheit; gerade wenn Pop nur durch die Verwertungslogik vermittelt ist, bleibt der Abdruck von Wahrheit, der sich etwa in einem Musikstück zeigt, an seine fetischistische Form gebunden: die Mode. Wo Kunst Gesetzen der Mode folgt, gilt es die Spuren der Wahrheit zu rekonstruieren und eben nicht blank das ästhetische Phänomen zu verabsolutieren: Dabei käme Kitsch heraus, höchstens die Bestätigung dessen, was eh zu hören ist. Das hieße etwa zu sagen, dass eine Band „politisch“ wegen ihrer „politischen“ Texte sei.

Das funktioniert bemerkenswerterweise nur dann, wenn mit Textkitsch nur Musikkitsch verborgen werden soll, wenn es reaktionär wird, wie es derzeit im Umfeld einer neuen deutschen und darauf besonders stolzen Berliner Musikszene zu beobachten ist: Im modischen Sog eines musikalisch kaum inspirierten Retrorevivals der Achtziger und aufgesetzter, abgeschmackter Riot-Girl-Attitüde bekennt sich die Band Mia und ihre Frontfrau Mieke zum neonationalistischen Pangermanismus, populistisch gefiltert ausgerechnet mit Erich Fried-Gedichtbrocken („Es ist was es ist sagt die Liebe...“); in entstaubter Vaterlandsiebe erstrahlen Schwarz Rot Gold jetzt als Kaffee, Lippen und Sonne: der Militarismus der Neuen Mitte heißt Friedenseinsatz. Von den Second-Hand-Parkas entfernt kaum noch jemand die Deutschlandfahne.

Die Band liefert konsequent den Soundtrack zum sozialdemokratischen Krisenmanagement. Es ist kein Soundtrack zum Untergang, sondern zum „Anfangen“, wie sie sagen. „Deutschland erwache“, hieß es früher. Vorbereitet wurde das mit Kompilationen, auf denen sich durchweg aus dem ehemals poplinken Lager bekannte Bands finden (oft ohne deren Wissen, wie etwa im Fall von Tocotronic, die sich von solchen Vereinnahmungen distanzieren): Vom „jungen neuen Deutschland“ ist da die Rede, und die Platten heißen ‚Heimatkult‘, ‚Neue Heimat‘ oder ‚German Liedgut‘. Mia kann mit Rückhalt rechnen; Kritik prallt

ab: intellektuell, politisch, ästhetisch. Überhaupt tat sich Popkultur schon immer mit Kritik schwer, zumal die deutsche, deutschsprachige. Wahrscheinlich sind das noch Reste des nationalsozialistischen Verdikts über Kunstkritik, die Verpflichtung der Popkameraden auf nationale Befindlichkeitsästhetik, die es ausdrücklich bei der bloßen Kunstbetrachtung belässt. – Tatsächlich sollten Mia und andere Bands nicht zu erst genommen werden; ernst ist das, was sie zum Ausdruck bringen: Sie sind ja nicht der Underground, der sie gerne sein wollen, sondern das übliche Plagiat, der tote Fisch, der im Mainstream schwimmt.

Was den neuen nationalen Aufbruch der deutschen Popmusik prekär macht, ist die aberwitzige Idee, dass gerade ein deutscher Nationalismus mit Mitteln des Pop gerechtfertigt werden könnte. Marcuse sprach vor über fünfzig Jahren schon von der „neuen deutschen Mentalität“: Kennzeichen der deutsch-nationalen Kulturgemeinschaft war schon damals, dass die Massen an die Kultur gewöhnt werden, im selben Maße, wie die Kunst an die bestehenden Verhältnisse angepasst wird (vgl. Marcuse, Feindanalysen. Über die Deutschen, Lüneburg 1998). Das Kokettieren mit dem neuen Deutschland, dem poppig herausgemachten Nationalismus, ist so politisch reaktionär, so wenig es ästhetisch ein Skandal ist. Es gibt keinen Skandal mehr, auch nicht im Pop.

Das Geschäft verbietet es, obwohl die skandalträchtige Geste selbst noch für Surplus sorgt: sie ist allerdings bloße Form, sinnlos und inhaltsleer, die Revolte als Accessoire einer auf Harmlosigkeit gebürsteten Jugend. Und damit hat der Neokonservatismus seine erste Mode. Oder anders gesagt: Die Ästhetisierung der Politik ist in der Popkultur angekommen (also: es ist kein politischer Nationalismus, sondern ein ästhetischer; eine Frage von Style, nicht von Stil). – Nur noch die Provokation vermag an den Skandal zu erinnern: etwa, insofern der Punk wenigstens versuchte, die Ästhetisierung der Politik umzukippen, zu pervertieren.

Seit über 25 Jahren ist dieses Konzept mit dem Namen Mark E. Smith beziehungsweise The Fall verbunden: Unter-

grund, Antipop – dieses Vierteljahrhundert ist Thema der Kompilation ‚Perverted by Mark E. A Tribute to The Fall‘. Zusammengestellt von der ebenfalls vertretenen Band Woog Riots ist auf zwei CDs ein Lieblingstape entstanden, mit allerhand Coverversionen, Imitationen, Spielereien und ironischen Surrealisten. Punk und Postpunk – es ist nicht alles gut und, wie so oft, bleibt das meiste Geschmackssache (außer freilich Boy Division, außer S.Y.P.H., außer I, Ludicrous etc.).

Und Klaus Walter erzählt die Geschichte von sich und seinem Bruder Alfred E. Smith, die beide schlechte Zähne haben und deshalb Josef Neckermann entführen. Es geht nur um ‚Neue Zähne für meinen Bruder und mich‘ (Superpunk); es geht aber auch um die Arisierung der Textilfirma des Juden Karl Amson Joël 1937 durch die Nazis und Neckermann, dem Mitglied der Reiter-SA. Es geht um das Wirtschaftswunder, für das dann der Neckermannversand zum Symbol wurde, es geht auch um die Genealogie der (deutschen) Popkultur. Der Text verhüllt nicht, sondern kommentiert. Als ginge es darum, kraft der Musik den Sinn der gegenwärtigen Popkultur auszuhebeln.

Das ist das Prinzip von The Fall, sogar das Messianische, das anarchistische Fans bei Mark E. Smith entdecken. „Am Ende hat er mir erzählt, wie man Platten macht“, heißt es in Tocotronics ‚Ich habe geträumt, ich wäre Pizza essen mit Mark E. Smith‘. Wie die Welt verrückt werden kann, werden wir in einem Schnellimbiss erfahren, nicht am Festbuffet der bürgerlichen Gesellschaft. (Various Artists, ‚Perverted by Mark E. A Tribute to The Fall‘, ZickZack/WSFA 2004)

Von unserem Autor Roger Behrens sind dieses Jahr zwei schmale Bände erschienen, und zwar zu den Begriffen:

● *Kulturindustrie, Transcript Verlag, Bielefeld 2004, 50 Seiten*

● *Postmoderne, Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 2004, 95 Seiten*

Wir bitten um Beachtung

Entsorgung nach Art des Hauses

ZUR VERHARMLOSUNG ANTISEMITISCHER TENDENZEN DURCH DEN WISSENSCHAFTLICHEN BEIRAT
VON ATTAC-DEUTSCHLAND

von Norbert Trenkle

Es hat lange gedauert, bis attac-Deutschland die Kritik an antisemitischen Tendenzen in den eigenen Reihen ernst genommen hat. Nach diversen Interventionen von innen wie von außen kam nun endlich eine Debatte darüber in Gang, die auch bitter notwendig war. Denn es ist zwar Denunziation der übelsten Sorte, attac insgesamt des Antisemitismus zu bezichtigen oder gar von der globalisierungskritischen Bewegung als einer „antisemitischen Internationale“ zu sprechen wie im Umfeld des „antideutschen“ Sektenwesens, doch lässt sich auch nicht leugnen, dass innerhalb von attac-Positionen vertreten werden, die als antisemitisch bezeichnet werden müssen oder die mindestens eine unheimliche Nähe zum Antisemitismus aufweisen. Das gilt vor allem für die „antiimperialistischen“ und „antizionistischen“ Strömungen, wie sie konzentriert in der berüchtigten AG Globalisierung und Krieg vertreten sind, die u.a. zum Boykott israelischer Warenimporte aufrief, den palästinensischen Terror als legitimen Widerstand gegen ein angeblich faschistisches Regime feiert und mit Islamisten paktiert. Weit darüber hinaus gibt es aber auch eine breite Grauzone von Positionen und Argumentationsmustern, die ihrer ideologischen Struktur nach mit dem antisemitischen Wahn kompatibel sind und die daher auch jederzeit in eben diesen umkippen können.

Nach der Erklärung „Grenzen der Offenheit. Eine Klarstellung“ vom Dezember 2002 hat nun im vergangenen Juni der wissenschaftliche Beirat von attac-Deutschland einen Reader herausgegeben, der den Anspruch erhebt, sich grundsätzlich damit auseinander zu setzen. Die Autoren halten es, so Peter Wahl in der Vorbemerkung, „für eine permanente Aufgabe, an einer ‚Erziehung nach Auschwitz‘ mitzuwirken, die Antisemitismus auch in scheinbar harmloseren und Vorläuferformen für immer unmöglich macht“ (S. 4). Doch das bleibt – um es gleich vorweg zu nehmen – bloß proklamierter Anspruch, dem der Reader nicht annähernd gerecht wird. Mit Ausnahme eines einzigen Beitrags (dem von Heinz Düx, der allerdings seinerseits einen sehr selektiven Blick auf

die Nachkriegslinken wirft) spricht aus allen Texten ein ungeheurer Drang, die antisemitischen Tendenzen herunterzuspielen, unsichtbar zu machen und zu leugnen. Das gilt sowohl hinsichtlich konkreter Vorkommnisse als auch auf ideologischer und theoretischer Ebene. Es scheint ganz so, als hätte sich der Wissenschaftliche Beirat nur deshalb auf die Auseinandersetzung eingelassen, weil der Druck von außen zu stark wurde und die eigene Reputation auf dem Spiel steht. Im Grunde hält er die Vorwürfe für vollkommen haltlos und sieht darin nur einen Versuch, den Antikapitalismus als Ganzes zu diskreditieren. Nun spielt dieses Motiv zweifellos eine wichtige Rolle im bürgerlichen Feuilleton und bei anderen Kulturkämpfern der westlichen Werte, die seit zwei bis drei Jahren den Antisemitismusvorwurf auf höchst unappetitliche Weise instrumentalisieren, um die globale Warengesellschaft gegen jede grundsätzliche Kritik zu immunisieren. Dennoch treffen sie durchaus etwas Richtiges, denn die traditionelle Kapitalismuskritik ist keinesfalls so unvereinbar mit dem Antisemitismus wie es ihre Verteidiger gerne hätten.

Wo sind die „Grenzen der Offenheit“?

Vor dieser Einsicht schrecken die Autoren des Readers jedoch zurück wie der Teufel vor dem Weihwasser. Ihrer Ansicht nach schließen sich linke Kapitalismuskritik (und damit meinen sie immer die traditionelle linke Kapitalismuskritik) und Antisemitismus auf einer prinzipiellen Ebene aus. Allenfalls könne es antisemitische Einstellungen bei Linken als Einzelpersonen geben: „Antisemitismus bei Linken, den es als individuelles Verhalten gewiss gab und auch heute – vermutlich geringer – noch gibt, ist etwas anderes als linker Antisemitismus“ (Wahl, S. 9). Damit ist das Problem gleich im Voraus entsorgt. Wer links ist, kann eigentlich gar nicht antisemitisch sein, und falls es doch einmal vorkommen sollte, handelt es sich um bedauerliche Einzelfälle, die selbstverständlich mit dem eigenen traditionell-linken Weltbild in keinem inneren Zusammenhang stehen. Alles andere sind Missverständnisse und Unter-

stellungen, gegen die man sich verwahren muss. Im Prinzip genügt daher eine formelle Distanzierung von den betreffenden „Vorfällen“, die schlimmstenfalls auch mal zum Ausschluss bestimmter Personen führen können. Aber selbst in dieser Hinsicht ist man ziemlich großzügig in der Auslegung, weil nun einmal nicht sein kann, was nicht sein darf. Lediglich zwei (!) Fälle hat es laut Peter Wahl bei attac-Deutschland seit seinem Bestehen gegeben, in denen „bei einzelnen Personen manifeste Formen von Antisemitismus“ aufgetreten sind, sodass „unverzüglich die Trennung vollzogen“ wurde (S. 6 und Endnote 10).

Es fällt dem alten Bewegungspolitiker offenbar gar nicht auf, dass er mit dieser „Erfolgsmeldung“ auf peinliche Weise enthüllt, wie bei attac bisher mit antisemitischen Tendenzen umgegangen wurde: Abstrakte Verurteilung auf der Ebene der Verlautbarungen und Wegschauen, wo es zum Treffen kommt. Genau diese Umgangsweise reproduziert freilich auch der vorliegende Reader. Immer dort, wo die erklärte Absicht, den Antisemitismus konsequent zu bekämpfen, konkret eingelöst werden müsste, winden sich die Autoren um jede klare Stellungnahme herum. So kommentiert etwa Peter Wahl die Veranstaltungstour der AG Globalisierung und Krieg im Herbst 2003, bei der u.a. die israelische Regierung als faschistisch bezeichnet und die Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila in Beirut 1982 mit der Vernichtungspolitik der Nazis im Warschauer Ghetto verglichen wurden, hier seien „ahistorische Vergleiche“ gezogen worden, „die in der Tat als Relativierung der Naziverbrechen interpretiert werden könnten“ (Konjunktiv!). Außerdem seien auf der Tour „undifferenzierte und polemische Aussagen“ gefallen. Sogleich berichtigt Wahl sich und seine Leser aber: „Inzwischen hat die AG selbstkritisch mangelnde Sensibilität gegenüber dem historischen Kontext ihrer Äußerungen eingeräumt. Ein Aufruf zum Boykott von Waren aus den besetzten Gebieten ... wurde wieder zurückgezogen“ (Wahl, S. 9). Also selbst hier, wo die Grenze zum sekundären Antisemitismus schon eindeutig überschritten wurde, will Wahl nichts gesehen haben

außer „Undifferenziertheit“, „Ahistorizität“ und „mangelnde Sensibilität“. Wo bitte fangen denn dann die „Grenzen der Offenheit“ an, die angeblich mit der Erklärung vom Dezember 2002 gezogen wurden? Muss also erst jemand von der „Weltherrschaft der Juden“ sprechen, damit er in Wahls Augen untragbar für attac ist? Oder genügt es vielleicht auch dann noch, sich für mangelnde Sensibilität gegenüber dem historischen Kontext zu entschuldigen und sich fortan etwas zurückhaltender zu äußern?

Es ist aber nicht nur Peter Wahl, der von der Kritik am Antisemitismus spricht und seine Verdrängung betreibt. Auch Thomas Sablowski rennt mit dem Nebelwerfer durch die Gegend. Zwar sagt er immerhin, es sei inakzeptabel, „Vergleiche zwischen der Politik Israels in den besetzten Gebieten und anderen Phänomenen, insbesondere Vergleiche mit dem Nationalsozialismus“ zu ziehen (S. 21), doch im Anschluss an diese ziemlich gewundene Aussage vergisst er nicht entschuldigend zu erwähnen, dass diese Vergleiche auf der Veranstaltungstour ja nur von „ausländischen ReferentInnen“ (ebd.) gezogen wurden. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, dass die Vertreter der AG GlobuK sich ganz bewusst hinter ihren nicht-deutschen Referenten verstecken, nach dem Motto: Ihr dürft aussprechen, was uns als Deutschen leider versagt ist (in Mailinglisten und Gesprächen wird das auch ganz offen zugegeben). So funktioniert „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Grundsätzlich weisen Wahl und Sablowski zwar auch auf dieses Phänomen hin (Schuldabwehr etc.), wenn sie die verschiedenen Varianten des Antisemitismus durchdeklinieren. Wo es aber virulent wird, wollen sie mal wieder nichts gesehen haben.

Ähnlich relativierend verfährt Sablowski in der Auseinandersetzung mit einem Plakat, das auf dem attac-Ratschlag in Aachen im Jahr 2003 herumstand. Es zeigt einen blonden Arbeiter vor einem Kapitalisten stehend, der auf einem Geldsack sitzt, und ist mit dem Untertitel versehen: „Zinsen bedienen Kapital.“ Wir finden hier also nicht nur den klassisch antisemitischen Affekt gegen die „Zinsknechtschaft“, sondern zugleich wird auch noch dem Arbeiter ein „arisches“ Merkmal zugeschrieben. Sablowski aber wehrt die (in diesem Fall durchaus berechtigte) Kritik des *Zeit*-Autors Toralf Staud mit Händen und Füßen ab: „Die gelb gemalten Haare des Arbeiters auf der Karikatur mögen als ‚hellblond‘ interpretiert werden, aber ist jeder blonde ein ‚arisch aus-

sehender‘ Arbeiter? Die Darstellung der Bildunterschrift liest Staud als Anprangerung der ‚Zinsknechtschaft der Lohnabhängigen‘. Aber ist die Karikatur wirklich antisemitisch, oder könnte man sie nicht auch wohlwollend als kapitalismuskritisch interpretieren?“ (S. 14).

Hier stellt sich Sablowski in seinem „Wohlwollen“ nun wirklich blind und taub. Es mag ja sein, dass denjenigen, die das Plakat gemalt und aufgestellt haben, tatsächlich die eindeutige antisemitische Symbolik nicht bewusst war. Vielleicht hat ein kollektives Unbewusstes aus ihnen gesprochen und sie haben es wirklich nicht realisiert. Aber das macht ihr Handeln nicht weniger real und nicht weniger gefährlich, und daher muss es ohne jede Relativierung benannt werden. Das heißt nicht, sie sogleich als Antisemiten zu identifizieren und abzustempeln. Nicht jeder, der unbewusst antisemitisch Geprägtes äußert, ist Antisemit. Dennoch ist er für das Geäußerte verantwortlich zu machen; dieses muss ernst genommen werden, als das, was es ist. Sablowski jedoch tut das Gegenteil. Er wehrt ab und kehrt unter den Teppich, wo schonungslose Kritik gefordert wäre. Er macht nicht den Unterschied auf zwischen bestimmten Personen und Gruppen, die möglicherweise (oder vielmehr unmöglicherweise) tatsächlich nicht wussten, was sie da tun, und dem, was getan, also geschrieben und gemalt, wurde. Vielmehr leugnet er, dass überhaupt etwas vorgefallen sein soll. Anstatt die Betroffenen und attac als Ganzes mit den antisemitischen Äußerungen zu konfrontieren, präsentiert er die Entschuldigungen und Entlastungsargumente auf dem Servierteller. Keine Spur von der hochtrabend angekündigten Mitwirkung an der „Erziehung nach Auschwitz“.

Banalisierung durch Enthistorisierung

Dieses Muster der Verdrängung und Relativierung reproduziert sich auch auf der Ebene der theoretischen Auseinandersetzung. Im Vordergrund steht dabei das Bestreben, jeden inneren Zusammenhang mit der traditionellen Kapitalismuskritik zu leugnen, um so das eigene Weltbild noch einmal zu retten. Zu diesem Zweck legt Sablowski (nicht anders als Wahl) zunächst einen Begriff des Antisemitismus zugrunde, der so diffus ist, dass er jederzeit nach Belieben wegdefiniert werden kann, und der vor allem nicht spezifisch für den Kapitalismus ist. So schreibt er zwar, der Antisemitismus könne „als eine reaktio-

näre Form eines spontanen Antikapitalismus begriffen werden (S. 16f.), doch diese Aussage, wird etwas weiter unten sofort wieder banalisiert. Dort heißt es: „Die Widersprüche und Verwerfungen der sozialen Verhältnisse werden den Juden angelastet, die als Sündenböcke herhalten müssen“ (S. 17). Damit streicht Sablowski aber das durch, was als das Wesensmerkmal des modernen Antisemitismus gelten kann. Das Muster des Sündenbocks, also dass Einzelne oder bestimmte Gruppen stellvertretend für ein Übel verantwortlich gemacht und bestraft oder verfolgt werden, hat es in vielen (vielleicht in allen) Gesellschaften gegeben. Der moderne Antisemitismus jedoch ist weit mehr als das. Er stellt eine Form wahnhafter *Welterklärung* dar, mit der die Bedrohlichkeit und abstrakte Unfassbarkeit der Warengesellschaft auf projektive Weise verarbeitet wird.

Der entfesselte Selbstlauf einer Gesellschaft, die sich in ihrer grundlegenden Dynamik außerhalb jeglicher menschlichen Kontrolle und Einflussnahme bewegt, erzeugt nicht nur Angst, sondern auch entsprechende Formen ihrer Verarbeitung. Und dazu gehört ganz wesentlich, diese Unkontrollierbarkeit zu leugnen. Was real verrückt ist, soll nicht sein dürfen. Deshalb reimt sich das bürgerliche Bewusstsein ein Bild zusammen, wonach „hinter“ dem gesellschaftlichen Selbstlauf „irgendwer“ steht, der die Fäden zieht. Insofern sind Verschwörungstheorien, anders als Wahl (S. 8) es behauptet, ganz spezifische Produkte der kapitalistischen Gesellschaft. Dass die „Strippenzieher“ fast automatisch mit „den Juden“ identifiziert werden, lässt sich zwar nicht logisch ableiten, sondern nur aus der abendländischen Geschichte erklären (vgl. Postone, S. 69), doch ist diese so eng mit der Herausbildung des Kapitalismus als gesellschaftlichem System verknüpft, dass sich der Antisemitismus zur Mutter aller Verschwörungstheorien verdichtet und ins gesellschaftliche Unbewusste abgesenkt hat.

Es ist typisch für die Banalisierung durch Enthistorisierung, dass Wahl diesen Zusammenhang nicht sehen will und stattdessen die Verschwörungstheorien zu einem überhistorischen Phänomen erklärt, die er mit dem „alttestamentarischen Bild des Sündenbocks“ oder gar dem „Konzept des Teufels“ (S. 8) auf eine Ebene stellt. Durch solches Auslöschen der historischen Spezifik geht jegliche analytische Trennschärfe verloren, und es bleibt ein allgemeines Menschheitsproblem übrig. Doch „die Juden“ müssen in den antisemitischen Wahnvorstellungen nicht einfach nur als „Sündenböcke“ für bestimmte

negative Erscheinungen und Folgen des Kapitalismus erhalten, vielmehr werden sie unmittelbar mit diesem identifiziert. Dem Antisemitismus zufolge *sind* sie gewissermaßen „der Kapitalismus“. Denn sie erscheinen als die unheimliche Übermacht, die die Welt nach ihrem Gutdünken lenkt. Das unterscheidet ihn grundsätzlich von allen anderen Formen des Rassismus und der Schuldprojektion (auch wenn er trotzdem bestimmte Merkmale mit diesen gemeinsam hat).

Deshalb hat Moishe Postone in seinem klassischen Aufsatz aus dem Jahr 1979 (der sich auch im Anhang des Readers findet) den modernen Antisemitismus völlig zu Recht als fetischistischen „Antikapitalismus“ analysiert. Postone setzt in diesem Zusammenhang wohlgerne das Wort „Antikapitalismus“ immer in Anführungsstriche, um deutlich zu machen, dass dieser eigentlich keiner ist. Vielmehr handelt es sich um eine bestimmte ideologische Verarbeitung der kapitalistischen Widersprüche, die nicht nur immanent bleibt, sondern einen kollektiv-pathologischen Charakter trägt. Der moderne Antisemitismus ist eine Form wahnhafter Angstprojektion, die sich in „den Juden“ ein Objekt konstruiert hat, das für diese Angst

verantwortlich gemacht und daher vernichtet werden soll. Genau das liegt seiner ungeheuren Triebkraft und gefährlichen Energie zugrunde und genau daher trägt jeder Antisemitismus letztlich eliminatorische Züge. Wahl wird dem nicht annähernd gerecht, wenn er in den Verschwörungstheorien „zunächst nur naive Deutungen einer undurchschauten Wirklichkeit“ sehen will, die zum „Gegenstand aufklärerischer Kritik“ (S. 8) gemacht werden sollten. Hier artikuliert er selbst eine ziemlich naive rationalistische Weltansicht, die unfähig ist, den wahnhaften Charakter der antisemitischen „Welterklärung“ zu begreifen.

Die „Logik“ des antisemitischen Wahns

Auch Wahnvorstellungen besitzen eine innere Logik, wenn sie auch freilich nicht darin aufgehen. Der Antisemitismus lässt sich, wie Postone gezeigt hat, als fetischistischer Reflex auf die dynamisch-widersprüchliche Basisstruktur der kapitalistischen Gesellschaft beschreiben. Deren Gesamtzusammenhang wird auseinander gerissen, alles Negative und Bedrohliche seiner abstrakten Seite zugeschrieben und

diese ihrerseits personalisiert und mit „den Juden“ oder „dem internationalen Judentum“ identifiziert. In Postones Worten: „Diese Form des ‚Antikapitalismus‘ beruht also auf dem einseitigen Angriff auf das Abstrakte. Abstraktes und Konkretes werden nicht in ihrer Einheit als begründende Teile einer Antinomie verstanden, für die gilt, dass die wirkliche Überwindung des Abstrakten – der Wertseite – die geschichtlich-praktische Aufhebung des Gegensatzes selbst sowie jeder seiner Seiten einschließt. Statt dessen findet sich lediglich der einseitige Angriff gegen die abstrakte Vernunft, das abstrakte Recht und, auf anderer Ebene, gegen das Geld- und Finanzkapital. So gesehen entspricht dieses Denken seiner komplementären liberalen Position in antinomischer Weise: Im Liberalismus bleibt die Herrschaft des Abstrakten unbefragt; eine Unterscheidung zwischen positiver und kritischer Vernunft wird nicht getroffen. Der ‚antikapitalistische‘ Angriff bleibt jedoch nicht bei der Attacke auf das Abstrakte als Abstraktem stehen. Selbst die abstrakte Seite erscheint vergegenständlicht. Auf der Ebene des Kapitalfetischs wird nicht nur die konkrete Seite naturalisiert und biologisiert, sondern auch die erscheinende abstrakte Seite, die nun in Gestalt des Juden wahrgenommen wird. So wird der Gegensatz von stofflich Konkretem und Abstraktem zum rassistischen Gegensatz von Arier und Jude. Der moderne Antisemitismus besteht in der Biologisierung des Kapitalismus – der selbst nur unter der Form des erscheinenden Abstrakten verstanden wird – als internationales Judentum“ (Postone, S. 69).¹

Nun sagt zwar auch Sablowski: „Die unverstandene Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise, all ihre negativen Merkmale werden den Juden angelastet“ (S. 17). Doch damit meint es etwas ganz anderes. Ihm zufolge ist nämlich die Verwandlung der gesellschaftlichen Beziehungen in „gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen“ (Marx, MEW 23, S. 87), die den Menschen als fremde Macht gegenüber treten und ihnen ihre Zwangsgesetze aufherrschen, purer Schein. Dahinter verbirgt sich – wie Sablowski ganz im Sinne des traditionellen Marxismus feststellt – das eigentliche Wesensmerkmal des Kapitalismus: die Klassenherrschaft. Das zu enthüllen sei angeblich die Intention der „Marxschen Analyse des Fetischismus“. Diese könne nämlich „so verstanden werden, dass die Mechanismen der kapitalistischen Produktionsweise zwar als ‚Sachzwänge‘ erscheinen, dass sie aber als Herr-

Foreign affairs?

In seinem Artikel „Zur Antisemitismuskussion in und um attac“ zitiert Peter Wahl aus einem Beitrag der „Foreign Affairs“, wo unter anderem zu lesen ist: „Das zeitgenössische Ressentiment gegen die angenommene Macht internationaler Finanzinstitutionen hat sich mit alten Mythen vermischt. Das 19. Jahrhundert hatte seine Rothschilds; die gegenwärtige Ära hatte Lawrence Summers und Robert Rubin im US-Finanzministerium, Alan Greenspan bei der US-Zentralbank, James Wolfensohn bei der Weltbank und Stanley Fischer beim Internationalen Währungsfonds (IWF).“ Wahl schreibt dazu: „Hier geht es offensichtlich nicht um Antisemitismus, sondern darum, Kritik an der Politik von IWF, Weltbank und den US-Finanzinstitutionen generell als antisemitisch zu diskreditieren.“

Zweifelloso, um Letzteres geht es. Was „Foreign Affairs“ damit bezweckt, ist offensichtlich. Dies zu erkennen, ist auch wichtig. Indes bedeutet es noch lange nicht, dass an deren Argumenta-

tion nichts dran ist, nur weil ihr Ziel darin besteht, die Globalisierungskritik zu diffamieren. Im Gegenteil, „Foreign Affairs“ begreift hier durchaus eine Schwäche der Gegner und weidet diese aus. Nur weil jemand etwas Falsches will, heißt das noch lange nicht, dass er dauernd etwas Falsches sagt. Ausgeräumt werden müsste also der Vorwurf und nicht bloß das, was mit ihm bezweckt werden soll.

Eine Kritik der Finanzmärkte, die keine des Kapitalverhältnisses ist, birgt stets die Gefahr, dunkle Mächte, also bestimmte Personengruppen als die Üblen schlechthin zu definieren. Suggestiert wird damit, dass die Welt mehr in Ordnung wäre, wenn es jene nicht gäbe. Eine Zentrierung auf das transnationale Finanzkapital und seine Akteure ist verunglückter Antikapitalismus. Das mag bei vielen gar nicht böse Absicht sein und ist hier auch nicht als Aufforderung zur Punzierung zu verstehen, wohl aber ist es notwendig, dieses regressive Muster und seine möglichen Implikationen zu benennen und begreifbar zu machen.

F.S.

2000 Zeichen

abwärts

schaft einer Klasse zu dechiffrieren sind“ (S. 18).

Die Marxsche Fetischkritik wird so gerade auf den Kopf gestellt. Vollkommen konträr zu Sablowskis Lesart insistiert sie nämlich auf dem spezifisch abstrakten, unpersönlichen Charakter kapitalistischer Herrschaft, die sich über abstrakte Arbeit und Warenproduktion vermittelt. Natürlich existiert diese Herrschaft nicht jenseits der Menschen. Sie wirkt durch sie hindurch. Aber sie ist nicht das Produkt ihres Willens, sondern ihres bewusstlosen Handelns als Warensubjekte, das diese Herrschaft zugleich konstituiert und von ihr konstituiert wird. Alle direkten Herrschaftsbeziehungen, Hierarchien und Ausschlüsse ergeben sich aus dieser Basisstruktur der Warengesellschaft, liegen ihr also nicht zugrunde, sondern müssen umgekehrt aus ihr heraus erklärt werden. Dieser arationale (d.h. bewusst- und vernunftlose) Zusammenhang ist in der Tat nicht nur schwer zu begreifen, sondern hat etwas sehr Unheimliches an sich. Er kommt über die Menschen wie das Schicksal in der griechischen Tragödie. Daher produziert er auch geradezu zwangsläufig seine ganz eigenen, säkularisierten Mythologien. An die Stelle der Götter, die über das Wohl und Wehe der Menschen bestimmen, sind mächtige Personengruppen getreten, deren Namen und Adressen im Zweifelsfall genannt werden können.

Auch Sablowski strickt an einer solchen Mythologie. Er kann nichts dabei finden, die kapitalistischen Verhältnisse zu personalisieren. Es komme nur darauf an, die „Richtigen“ zu benennen: „Was die ‚Personalisierung‘ angeht, so muss also unterschieden werden zwischen der richtigen Benennung von Akteuren, die die Träger bestimmter sozialer Verhältnisse auch als solche identifiziert, und einer falschen Benennung, die die Verantwortung für bestimmte Phänomene unberechtigterweise bestimmten Individuen oder sozialen Gruppen in die Schuhe schiebt, sie also als Sündenböcke benutzt, wie dies im Antisemitismus der Fall ist“ (S. 18). Sablowski merkt offenbar gar nicht, wie er damit genau jene ideologische Struktur reproduziert, die auch dem Antisemitismus zugrunde liegt. Anstatt die Verücktheit eines Gesellschaftszusammenhangs anzuprangern, der den Menschen gegenüber ein Eigenleben führt und ihnen seine Zwangsgesetze aufherrscht, „entlarvt“ er dies als bloße Fassade, hinter der in Wirklichkeit eine bestimmte Personengruppe die Fäden ziehen soll.

Unscharfe Grenzen

Natürlich ist es nicht dasselbe, ob diese Gruppe als „die Juden“ oder als „die Kapitalistenklasse“ identifiziert wird. Im ersten Fall handelt es sich um eine reine Wahnvorstellung. Im zweiten bezieht sich die Personalisierung auf real existierende Herrschaftsbeziehungen. Statt aber diese Herrschaftsbeziehungen *innerhalb* des von Warenproduktion und Wert konstituierten Rahmens abstrakter Herrschaft und unpersönlichen Zwangs zu verorten, wird dieser Rahmen geleugnet und die „Klassenherrschaft“ erscheint als in sich selbst begründet. Daher ist aus dieser Perspektive auch die Aufhebung des Kapitalismus identisch mit dem Sturz der „herrschenden Klasse“ und der Eroberung der Machtzentralen. So gesehen ist der Unterschied zum antisemitischen Wahn zwar erheblich. Doch auf einer grundsätzlicheren Ebene sind die beiden Weltdeutungen insofern identisch, als sie beide den bewusstlosen Vermittlungszusammenhang der Warengesellschaft auf persönliche Herrschaft zurückführen.² Aus diesem Grund waren die Grenzen zwischen der traditionellen Kapitalismuskritik und dem Antisemitismus schon immer unscharf. In der Aufstiegsperiode des Kapitalismus jedoch, als der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital das zentrale Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen darstellte, auf dem die Arbeiterbewegung ihren Kampf um die Anerkennung der Arbeitskraftverkäufer als gleichberechtigte bürgerliche Subjekte ausfocht, trat dies in den Hintergrund. Das Paradigma der Klassenherrschaft erschien unter diesen Bedingungen ziemlich plausibel und stellte daher eine gewisse Immunisierung gegen den Antisemitismus dar, auch wenn die Arbeiterbewegung nie gänzlich dagegen gefeit war.

Hinzu kam noch ein Weiteres: Die Arbeiterbewegung war ihrem Wesen nach eine Modernisierungsbewegung. Als solche hatte sie einen durchweg positiven Bezug auf die Aufklärung und ihre abstrakte Vernunft und kritisierte von diesem Standpunkt aus den Kapitalismus als unzulänglich. Erst der Sozialismus sollte den historischen Fortschrittsprozess der Vernunft vollenden und dementsprechend die umfassend rationale Gesellschaft sein. Genau spiegelbildlich zu diesem Hyperrationalismus kanalisierte der Antisemitismus hingegen das Unbehagen an der modernen Rationalität, indem er die vorgeblich natürliche und lebenspralle Gemeinschaft der „ehrlich Schaffenden“ und des „Volkes“ gegen die projektive Vorstellung

„internationalen Judentums“ in Stellung brachte, das als „wurzello“, „rationalistisch“, „raffgierig“ etc. imaginiert wurde. Auch in dieser Hinsicht überwogen also die Gegensätze zwischen den beiden konkurrierenden Modellen der Welterklärung – wobei es natürlich auch hier fließende Grenzen gab.³

Mit dem Auslaufen der kapitalistischen Modernisierung und der Totalisierung der Warenproduktion als gesellschaftlichem System verlieren diese Gegensätze und Differenzen jedoch ihre Trennschärfe. Die ungeheuren Verheerungen des kapitalistischen Selbstlaufs auf allen Ebenen haben nicht nur den emphatischen Glauben an Fortschritt und moderne Rationalität untergraben, sondern lassen sich auch mit dem Paradigma der Klassenherrschaft nicht mehr plausibel erklären. Die traditionelle Linke hat darauf längst reagiert, indem sie den Klassenbegriff bis zur Unkenntlichkeit erweitert, ausdifferenziert und aufgeweicht hat. Was dann allerdings noch übrig bleibt, ist entweder ein so diffuses Konglomerat an unzähligen „Klassenfragmentierungen“ mit sich überkreuzenden Hierarchien (triple oppression etc.), dass man die Kategorie der Klasse eigentlich entsorgen und nach der dahinter stehenden Struktur abstrakter Herrschaft fragen müsste, oder es nähert sich bedenklich dem Konstrukt des „Volkes“ an, das einer kleinen Gruppe von Mächtigen gegenübersteht, die die Welt nach ihrem Gutdünken steuert.

„Ihr seid G8, wir sind 8 Milliarden“, lautete beispielsweise eine Parole auf einer Demonstration gegen den G8-Gipfel. Wer diese „Mächtigen“ sein sollen, wird zwar teilweise empirisch benannt (z.B. Institutionen wie der IWF oder die WTO), doch die Kriterien dafür sind schwankend. Hatte der traditionelle Marxismus den Begriff der herrschenden Klasse noch klar an die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel gebunden, so fehlt eine solche eindeutige theoretische Fundierung heute fast durchgängig im oppositionellen Spektrum. Darin reflektiert sich zum einen das Versagen und der Verfall der traditionell-marxistischen Weltdeutung. Da zum anderen jedoch die Vorstellung personalisierter Herrschaft als solche nicht infrage gestellt wird, öffnet sich damit ein weites Feld für Imaginationen und Weltverschwörungsphantasien jeder Art, das einen geradezu idealen Nährboden für den Antisemitismus darstellt.

Besonders augenscheinlich wird dies auf der Ebene der Finanzmarktkritik. Natürlich sind nicht all jene gleich Antisemi-

ten, die Jean Ziegler zustimmen, wenn er sagt: „Wir leben in einer Welt des Schreckens, gemacht und beherrscht von einer Horde wild wütender Spekulanten“ (Ziegler 2002, S. 83). Doch diese Aussage ist wirklich nur noch eine Haaresbreite davon entfernt, „die Juden an der Wall Street“, die das gängige Bewusstsein noch immer fast automatisch mit „den Spekulanten“ identifiziert, für alle Schrecken in der Welt verantwortlich zu machen. Vermutlich würde Ziegler eine solche Interpretation weit von sich weisen. Dann jedoch muss er sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er hier ein antisemitisch geprägtes, gesellschaftliches Unbewusstes aus sich sprechen lässt, dessen Implikationen und Konsequenzen er nicht wahrhaben will.

Auch Wahl will diesen Zusammenhang nicht sehen. Strikt verwahrt er sich gegen den Vorwurf, solche Finanzmarktkritik weise eine bedenkliche Nähe zur antisemitischen Anprangerung des „raffenden Kapitals“ auf: „... in der Finanzmarktkritik von attac taucht keines der für diese Naziargumentation typischen Elemente auf. Kritiker können dementsprechend keinerlei Beweis dafür erbringen“ (S. 8). Soweit die von attac formulierte Finanzmarktkritik von Antisemiten aufgegriffen werde, würden „Dinge die eigenständig sind, miteinander zu einer Einheit verkoppelt“ (S. 8).⁴ Diese Abwehr geht freilich ins Leere. Denn natürlich spricht attac nicht vom „jüdischen Finanzkapital“ oder von einer „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“, Beispiele, die Wahl als „typische Elemente“ nennt. Wenn Wahl jedoch nur manifeste antisemitische Äußerungen als „Beweis“ gelten lassen will, stiehlt er sich allzu billig davon. Denn es geht ja um eine innere Verwandtschaft der Argumentationsmuster auf einer grundsätzlichen Ebene, wie sie in Aussagen wie der von Ziegler überdeutlich wird. Wer vor ihr die Augen verschließt, könnte bald eine böse Überraschung erleben, wenn im Zuge einer Verschärfung des kapitalistischen Krisenprozesses der Antisemitismus wieder an Kraft gewinnt – wie es sich längst abzeichnet. Dass die Verfallsformen der traditionellen Kapitalismuskritik dieser Entwicklung bestenfalls hilflos gegenüberstehen werden, beweisen die Texte aus dem Reader.

Literatur

Moishe Postone: *Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft*, Freiburg 2003 (1993).
Jean Ziegler: *Der Raubtierkapitalismus und seine Folgen – wo ist die Hoffnung?*, in: Ber-

nard Cassen, Susan George, Horst-Eberhard Richter, Jean Ziegler u.a.: *Eine andere Welt ist möglich*, Hamburg 2002.

Wissenschaftlicher Beirat von attac-Deutschland (Hrsg.): *Globalisierungskritik und Antisemitismus. Zur Antisemitismuskritik in attac*, Frankfurt 2004.

Aus diesem Reader wurden folgende Texte zitiert:

attac-Koordinierungskreis: *Grenzen der Offenheit. Eine Klarstellung*, S. 60-61, Dokumentenanhang, (2002).

Alexander Gallas: *Ökonomismus und politische Irrewege. Zur Kritik an Moishe Postones Variante marxistischer Antisemitismustheorie*, S. 48-53.

Moishe Postone: *Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch*, S. 66-70, Dokumentenanhang, (1979).

Thomas Sablowski: *Fallstricke der Globalisierungskritik? Zur Diskussion über Antisemitismus bei attac*, S. 9-23.

Peter Wahl: *Vorbemerkung*, S. 4.

Ders.: *Zur Antisemitismuskritik in und um attac*, S. 5-10.

Anmerkungen

1 Die Abwehr von Postones Analyse des Antisemitismus ist eine Art Pflichtübung für die Autoren des Readers. Wahl und Sablowski erledigen dies eher beiläufig. Geradezu unverföhren ist hingegen der Text von Alexander Gallas, einem Haug-Schüler, der seit seiner Magisterarbeit zur Kritik der Wertkritik als eine Art Experte auf diesem Gebiet gehandelt und nun auch in dem Reader in Stellung gebracht wird. Gallas bemüht sich nicht einmal, Postones Position auch nur ansatzweise korrekt wiederzugeben, sondern konstruiert einen kompletten Popanz, den er dann auf billigste Weise destruieren kann. So behauptet er beispielsweise allen Ernstes, Postone beantworte „die Frage nach dem Abstrakten und seinem Entstehungsgrund“ folgendermaßen: „Seiner Auffassung nach ist es Resultat des Umstands, dass im Kapitalismus die Arbeitsteilung über den Markt koordiniert wird und die ‚Bewertung‘ konkreter Arbeitsvorgänge im Zuge der Veräußerung des Arbeitsprodukts folglich mit dem Abstrahieren von all ihren konkreten Eigenschaften einhergeht“ (S. 50). Jede auch nur oberflächliche Lektüre von Postones Schriften, insbesondere aber seines Buches (Postone 2003), das Gallas ja auch zitiert, zeigt, dass diese Behauptung schlichter Unfug ist. Was Gallas hier zum Besten gibt, ist bloß eine Karikatur seiner eigenen traditionell marxistischen Sichtweise, der Postone auf Schritt und Tritt ihre Zirkulationsfixiertheit nachweist. Ganz im Gegensatz zu dieser, zeigt Postone vielmehr, dass die Abstraktion

ihren Ursprung in der spezifischen Funktion der Arbeit im Kapitalismus als bewusstlose, selbstbezügliche gesellschaftliche Vermittlungsinstanz hat. Hieraus erklärt sich auch der Doppelcharakter der Arbeit als abstrakte und konkrete zugleich, aus dem die widersprüchliche Dynamik der Warengesellschaft resultiert. Dass Gallas diese Position nicht teilt, sei dahingestellt. Dass er jedoch nicht einmal in der Lage ist, sie wenigstens angemessen zu referieren, sondern in ihr gerades Gegenteil verkehrt, ist mehr als nur blamabel. Es zeigt, wie sehr der akademische Marxismus, selbst noch gemessen an den eigenen methodischen Standards (wozu ja wohl die richtige Wiedergabe einer kritisierten Position zu zählen ist), auf den Hund gekommen ist. Angesichts dessen verwundert es nicht, dass Gallas mit dem von Postone analysierten Widerspruch zwischen der konkreten und der abstrakten Seite der kapitalistischen Vergesellschaftung und ihrer ideologischen Verarbeitung im Antisemitismus schlechterdings nichts anfangen kann. Was er in seinem Text „kritisiert“, sind nichts als seine eigenen überaus grotesken Missverständnisse und Verdrehungen dieser Analyse. Da hierbei auch „ein brutales Interesse am Stoff“ (Marx) gewaltet haben dürfte, macht es wenig Sinn, dies im Einzelnen nachzuzeichnen.

2 Es ist etwas ganz anderes, wenn beispielsweise ein Ölkonzern dafür verantwortlich gemacht wird, dass er gewaltsam Menschen aus einem Gebiet vertreibt, in dem er Ölquellen ausbeuten will. Auf dieser Ebene kann und muss eine „persönliche“ Verantwortlichkeit eingeklagt werden. Das ist keine Personalisierung. Die beginnt dort, wo versachlichte gesellschaftliche Verhältnisse auf den Willen von Personen oder Personengruppen zurückgeführt werden, wenn also etwa behauptet wird, „die Konzerne“ würden „die Weltherrschaft“ ausüben.

3 Auch der Nationalsozialismus war ja eine Modernisierungsbewegung, wenn auch eine mit antimodernem Selbstverständnis. Umgekehrt beschwor auch die Arbeiterbewegung, insbesondere dort, wo sie wie in der Sowjetunion an die Macht kam, stets auch schein-konkrete, romantische Kategorien wie die des „Völkens“, der „Nation“ etc.

4 Auch Sablowski rettet sich in eine solche oberflächliche Diskurstheorie, bei der alles kontingent sein soll, um jeden Zusammenhang des Antisemitismus mit dem eigenen Weltbild zu leugnen: „Der Antisemitismus ist eine Anordnung verschiedener ideologischer Elemente, bei der die Feindschaft gegenüber den Juden das Artikulationsprinzip ist. Wie bei jeder Ideologie ergibt sich der konkrete Sinn der einzelnen ideologischen Elemente erst aus ihrer konkreten Verknüpfung“ (S. 17).

Sich fremd werden

GLOBALISIERUNGS- UND IDEOLOGIEKRITIK

von Thomas Seibert

Zur Ideologie gehört, dass ihr Subjekt, also wir selbst, von seinem Eingelassensein in Ideologie zunächst und zumeist gar nichts weiß. Man glaubt, frei das Wort zu ergreifen und zu sagen, was man auf der Höhe der eigenen Erfahrung und „mit bestem Wissen und Gewissen“ denkt – und spricht doch Deutsch. Nicht Deutsch überhaupt, sondern ein bestimmtes, das zum Beispiel eines vierzigjährigen Mittelklasseangehörigen mit akademischem Hintergrund. Dem Sprecher bleibt darin (wiederum zunächst und zumeist) nur zu sagen, was seine Sprache ihm zu sagen erlaubt, er artikuliert zu seiner Zeit an seinem Ort seine Klassen-, seine Genderposition. Die besprochene Welt ist nicht unabhängig vom gesprochenen Wort, sondern wird von ihm erst erschlossen. Eine andere Sprache erschließt eine andere Welt, die Grenzen meiner Sprache, sagt Wittgenstein, sind die Grenzen meiner Welt.

Subjektivität und Apparate der Ideologie

Zu glauben, die HerrIn der eigenen Rede zu sein, ist insofern der erste Machteffekt der Ideologie, mehr noch: wer diesem Effekt erliegt, ist in gewissem Sinn durch Ideologie erst Subjekt geworden: Subjekt einer „freien“ Rede, d.h. der Ideologie. Die ist folglich sehr viel mehr als die bewusst eingenommene „Weltanschauung“: sie ist das Material, in dem die Welt und wir selbst sind, was und wie wir sind. Was von der Sprache gilt, gilt auch von allen anderen Medien der Ideologie, gilt schon von der leiblich-sinnlichen Wahrnehmung und den so oder so wertenden Gefühlsurteilen, die unausweichlich mit ihr verbunden sind: „Dies da ist ekelhaft“ oder „dies da ist wunderbar“ sind schon vor der Aussprache des Gemeinten die tiefsten, weil unvordenklich einverlebten ideologischen Urteile. Und wieder: in Ideologie befangenes Subjekt ist, wer glaubt, sich unmittelbar an seine Gefühle halten zu können.

Ideologie liegt aber auch in jedem Vollzug gesellschaftlicher Praxis, verdichtet sich in kollektiven Handlungsformen,

schließlich in Institutionen. Ideologie ist insofern das Ungesagte im Gesagten (das, „mit“ dem gesprochen wird), das Nichtgesehene im Gesehenen (das, „mit“ dem gesehen wird), das Nichtgemeinte in dem, was man tut (das, „mit“ dem gehandelt wird). Ideologien sind die Apparate, durch die und in denen gesellschaftliche Praxis reproduziert wird, und sind als solche, wie Althusser sagt, immer auch „Staatsapparate“.

Globalisierungskritik und Antisemitismus

Was hat das mit der Debatte um Antisemitismus und Globalisierungskritik zu tun? Dies zuerst: diese Debatte wird oft als Streit um „Weltanschauungen“ geführt. Man nimmt den Vorwurf, „Anschlussstellen“ zum Antisemitismus zu „haben“, als kritischen Kommentar zur eigenen „Überzeugung“ und weist ihn deshalb, in fast jedem Fall zu Recht, empört zurück. Die Empörung ist umso berechtigter, als der Vorwurf oft als Angriff auf die Integrität der politischen Person vorgetragen wird. Und dennoch läuft sie leer. Denn die Wahrnehmungs-, Denk-, Sprach- und Handlungsmuster, die Antisemitismus produzieren können, funktionieren unterhalb des subjektiven Bekenntnisses, gehören zur psychophysischen und sozialen Grundausstattung von Subjekten, die in bürgerlicher Gesellschaft, d.h. in bürgerlicher Ideologie leben. Von Subjekten also, die die Welt als „entwurzelt“ und „entfremdet“ wahrnehmen, als Welt, in der alles „Gewachsene“ und „Natürliche“ zunehmend „künstlich“ überformt wird – obwohl doch das „Natürliche“ das „Ursprüngliche“ und „Echte“, folglich das „Wahre“ und irgendwie das „Eigene“ ist. Globalisierung ist ein Name für die rasante Beschleunigung dieses Prozesses der Ent-Naturalisierung, die zugleich Ent-Nationalisierung, Internationalisierung, Transnationalisierung ist. Globalisierungskritik ist dort „anschlussfähig“ zu Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus, wo der Globalisierungsprozess abgewehrt, schließlich umgekehrt werden soll: in einer Rückkehr zum „Natür-

lichen“, das unversehens und keinesfalls zufällig das Nationale ist. Man muss dabei nicht NationalistIn im Sinn des subjektiven Bekenntnisses sein: die spontane Wertung selbst und die von ihr beförderte Parteinahme gibt hier den Ausschlag. Man muss dazu natürlich nicht bekennende AntisemitIn sein: es reicht, sich angesichts der „Anonymität“ der Globalisierungsdynamik auf die Suche nach den „Drahtziehern“ des Prozesses zu machen: die werden auch dort Züge „des Juden“ tragen, wo der Name bewusst vermieden wird. Kann man wirklich glauben, dass sich unter GlobalisierungskritikerInnen nicht Diskurse und Subjekte finden, in denen so gefühlt, gedacht, gesprochen, zuletzt gehandelt wird? Wohl kaum.

Was also tun?

Zugegeben: am samstäglichen Infostand in der Innenstadt hilft die hier umrissene Ideologietheorie nicht unmittelbar. Doch gibt sie die Richtung einer emanzipatorischen, einer linken Globalisierungskritik an. Wer sich von der Ideologie und ihren Staatsapparaten befreien will, wird sich selbst, seinen spontanen Wertungen und Bindungen fremd werden müssen, wird im übertragenen, vielleicht auch im wörtlichen Sinn MigrantIn werden. Dabei ist nicht die Freisetzung aus der „natürlichen“, im Zweifelsfall immer nationalen Bindung das Problem, sondern deren Tendenz: erfolgt sie im Zug der globalen Landnahme des Kapitals oder im Zug der sie überholenden Internationale sozialer Bewegungen? Riskant daran ist, dass die beiden Tendenzen unterwegs nicht immer sauber getrennt werden können. Globalisierungskritik wird dennoch im radikalen Sinn Ideologiekritik sein müssen: wer „zu Hause“ bleiben will, tendiert nach rechts. Der Nationalstaat, sagt Toni Negri, war „ein Stück Scheiße“.

jenseits
www.streifzuege.org

Nicht nur zur Allerheiligenzeit

von Maria Wöflingseder

In der *Kronen-Zeitung* und im *Kurier* fand sich zu Allerheiligen ein Inserat mit dem Titel: „Korrekte Bestatter werben nicht“. „Werbung für Bestattungen verstößt gegen unsere Sitten und Gebräuche und ist daher in Österreich verboten... Alle Religionsgemeinschaften und die Standesvertreter der Bestatter Niederösterreichs unterstützen dies...“

In Wien wurde vor 100 Jahren vom Bürgermeister Lueger das Geschäft mit dem Tod monopolisiert, weil sich 80 Betriebe regelrecht um die Leichen raufeten. Es gab Prämien für die Vermittlung von Sterbenden und für gemeldete Todesfälle. Leichenschacher war an der Tagesordnung. Zu Beginn des Jahres 2004 hat die Bestattung Wien – 20.000 Begräbnisse im Jahr – nach langem Kampf Konkurrenz bekommen. Nach sieben Prozessjahren wurde der Streit vom Verwaltungsgerichtshof entschieden: Die Bestattungsgesellschaft Pax durfte in der Bundeshauptstadt endlich ihre Pforten öffnen. „Kein Bedarf“, hatte es bis dahin stets geheißen. „Der Konkurrenzkampf gehe auf Kosten der Pietät“, fürchtet Wiens oberster Bestatter. „Die Preise sind im Schnitt um 25 Prozent gefallen, wo wir aufgesperrt haben“, entgegnet der Geschäftsführer von Pax, der weitere Filialen in den Bundesländern betreibt. (Vgl. *Die Presse* – Economist, 20. März 2004, S. 22)

Warum sollen Privatisierung und Inszenierung vor dem Tod halt machen? Aber bis die Globalisierung so weit fortgeschritten ist und auch bei uns futuristische Verhältnisse herrschen, wird es schon noch eine Weile dauern. Einen Vorgeschmack bot im Vorjahr der Film „Grabgeflüster – Liebe versetzt Särge“ von Nick Hurran, eine rabenschwarze Komödie, very british! Im verschlafenen walisischen Nest Wrothtin-Powys hat der alteingesessene, honorierte Bestatter Konkurrenz aus Amerika bekommen. Christopher Walken mit einer höchst skurrilen Helmfrisur als durchgeknallter Frank Featherbed will – nomen est omen – die Hingeschiedenen nicht nur „mit einem immerwährenden Federbett verwöhnen“, sondern mit Dumpingpreisen (Sarg der Woche) und mit Mengenrabatt (buy-one-get-the-second-half-price) ganz neue Maßstäbe in der Branche der Totengräber setzen. Begräbnisse sollen in

Hinkunft keine traurigen Ereignisse mehr sein, sondern die größte Show des Lebens. Geboten werden themenorientierte Begräbnisse, so eine Art Hobby-Beerdigungen je nach Vorlieben des Verbliebenen. Da wird eine Totenfeier schon mal zur Las Vegas-Show oder die Aussegnungshalle zum Schauplatz einer Broadway tauglichen Revue. Featherbed ist keine Geschäftsidee zu obskur, um seinen Konkurrenten, den etablierten Bestatter, auszustechen. Vollends geschockt sind die 5.000 Seelen von Wrothtin-Powys, als eine verstorbene alte Dame, die zu Lebzeiten gerne „Raumschiff Enterprise“ geguckt hatte, mit riesigen Ohren als Schwester von Mister Spock ausstaffiert, im Space-Sarg auf dem Weg zum Planeten Vulkan das Kirchendach durchschlägt. Der hinterbliebene Gemahl erliegt fast einem Herzinfarkt, aber er hat ja – gottlob! – das Sonderangebot, das Begräbnis im Doppelpack, genützt. Als das irre Duo im weißen Stretch-Limousinen-Leichenwagen in den engen Kurven des walisischen Dorfes hängen bleibt, glauben die Bewohner endgültig zu halluzinieren.

Ist ja nur ein Film, denken Sie? Ich denke, im Land der unbegrenzten Möglichkeiten ist Vergleichbares bereits möglich geworden. Denken Sie nur an alles, was Sie nie für möglich gehalten hätten und trotzdem todtraurige Realität geworden ist.

Zurück zur hiesigen Praxis des Bestattungsgewerbes. „Pietätlos!“ lautet also der Aufschrei im Allerheiligen-Inserat gegen jene, die das strikte Werbeverbot ignorieren. Hm, wie könnte so viel Ehrfurcht noch besser zum Wohl der Menschheit reichen? Vielleicht gäbe es noch mehr pietätlose Werbung anzuprangern? Irgendwann wollte man doch auch auf Kinder in der Werbung (für Nicht-Kinder-Produkte) verzichten. Und was würden die Pietätshüter gegen all den pietätlosen Wahnsinn auf der Welt überhaupt raten?

Was will es bezwecken, das Gezeter? Was ist das Pietätlose? Die Werbung würde es offenkundig machen – dass einen die Totalität der Warenförmigkeit bis ins Grab verfolgt. Auf den Plakaten der Bestattungsfirmen würde ja nicht lange nur der Firmenname prangen, sondern über kurz oder lang wohl auch der Preis, oder tatsächlich ein makabres Sonderangebot;

vielleicht so: „...nur noch bis Monatsende.“

Was so eine „Leich“* kostet, ist überdies wahrlich nicht pietätvoll. Als mein Vater starb, gingen die 100.000 Schilling (über 7.000 Euro), die er kurz zuvor als Literaturpreis bekam, fast zur Gänze für sein Begräbnis drauf – ohne großen Luxus und trotz bereits vorhandenem Familiengrab.

Werbung für Bestattungsfirmen soll wohl auch noch aus anderen Gründen unterbleiben: Erstens wurde der Tod längst zum Tabu Nummer Eins in der Moderne, und zweitens soll nicht der Eindruck entstehen, für das Warensjekt müsse, bevor es sich für immer vor seiner Aufgabe drückt, von den Hinterbliebenen so etwas wie Pönale bezahlt werden.

Aber viele können die hohen Kosten heute nicht mehr bezahlen. Die Anzahl der Armenbegräbnisse nimmt immer mehr zu. Wegen der Vereinzelung der Individuen, wegen der Auflösung von Familie und Großfamilie gibt es immer mehr Verstorbene, um deren Begräbnis sich niemand mehr kümmert. Niemand trauert um sie, niemand kann die Grabpflege übernehmen. Die – im Vergleich zur Bestattung des Leichnams im Sarg – preisgünstigere Urnenbestattung findet immer mehr Abnehmer. So ein Urnenhain – diese über zwei Meter hohen Wände mit den kleinen Tafeln, auf denen gerade noch Name, Geburts- und Sterbedatum Platz haben – erinnert jedoch weniger an einen Hain, denn an Bahnhofschießfächer. Es gibt aber auch bereits völlig anonyme – nur mit einer Nummer versehene – unzugängliche Urnenaufbewahrungen. Für diese Toten gibt es also keine sichtbare Grabstätte mehr, nichts, das an ihr irdisches Dasein erinnern würde. Solch ein Umgang mit den Toten beziehungsweise eine bloße Leichenentsorgung ist in unseren Breiten bisher nur aus Zeiten gesellschaftlicher Zusammenbrüche bekannt – wenn Pest und Cholera oder Kriege wüteten. Leben wir heute auch in einer Zeit des Zusammenbruchs? In einer Zeit, in der die Individualisierung so weit fortschreitet, dass vom Individuum nichts mehr übrig bleibt?

* „Leich“: Begräbnis, auch in Kombination mit „a schene“ (eine schöne), also: ein feierliches Begräbnis.

Autoren

Michael Katzmayer, geb. 1977, lebt in Wien. Studium der Handelswissenschaften, trotzdem (oder gerade deswegen?) kapitalismusablehnend. Besonderes Interesse besteht am Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Natur, deshalb Mittäter bei *ökoAttac*. Arbeitet an einer Doktorarbeit, in der es um die Kommerzialisierung der Daseinsvorsorge geht. Derzeit tätig als Bibliothekar.

Konstantin Kulterer, geb. 1973, lebt in Wien. Er ist über Konrad Lorenz und Greenpeace in den 80er Jahren zum Umweltschutz gestoßen. Im Glauben, dass die Wirtschaft hauptverantwortlich für die Umweltzerstörung ist und dass durch ein Wirtschaftsstudium Lösungsansätze zu finden seien: Diplomarbeit bei Alexander van der Bellen im Bereich Umweltökonomie. Aufgrund einer mittlerweile sehr in Frage gestellten Technikgläubigkeit hat er noch ein Umwelttechnikstudium an der TU und der BOKU angehängt. Seitdem als Umweltberater für Unternehmen tätig, um zu erkennen, was innerhalb der

bestehenden Strukturen möglich/unmöglich ist.

Christian Lauk, geb. 1976 in Freiburg, lebt seit 2000 in Wien, hier Biologie studierend. In jüngerer Zeit zunehmende Auseinandersetzung mit fundamentaler Gesellschaftskritik, im Besonderen hinsichtlich der (Nicht-)Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie.

Thomas Seibert, geb. 1957, lebt in Frankfurt. Er ist Philosoph, Redakteur von *Fantômas – Magazin für linke Debatte und Praxis* (www.akweb.de) und gegenwärtig Aktivist in den globalisierungskritischen Bewegungen. Jüngste Buchveröffentlichung: *Die Konstellation der europäischen Ideologie*. In: Thomas Atzert/Jost Müller, *Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität. Analysen und Diskussionen zu Empire*, Münster 2003.

Weitere AutorInnen siehe die Hefte Nr. 30 und 31 oder www.streifzuege.org

Rutsch und Abo

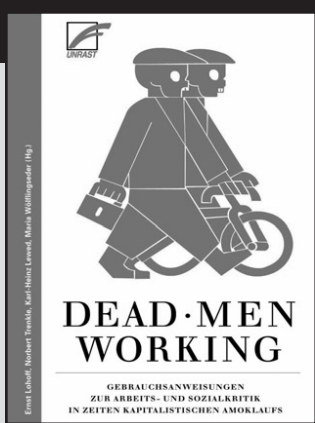
Was den infrastrukturellen Zuspruch betrifft, können wir in diesem Jahr durchaus zufrieden sein. Abozahlen, Spenden und Trafomitgliedschaften waren und sind im Steigen begriffen. Die Umstellung auf das neue Konzept hat durchaus gefruchtet.

Allerdings könnte uns noch etwas nachgeholfen werden. Denn wie immer wollen wir was. So könnte man das von Christen den Heiden entwendete Weihnachtsfest nun dazu verwenden, sinnvolle Geschenke zu verteilen. Zum Beispiel ein Mehrjahresabo der *Streifzüge* an Personen, die es unter Umständen brauchen und nutzen könnten. Wir bitten Euch und Sie also darum, uns zu unterstützen, damit wir die angepeilte 300er-Hürde bei den Abonnements bis Jahresende überspringen. Mit 1. November liegt die Zahl der Abos bei 271 Stück, ein Jahr zuvor sind es nur 223 gewesen. Das ist doch eine beträchtliche Steigerung (um fast ein Viertel!!), auch wenn es insgesamt noch immer nicht viel ist. Auch neue Mitglieder im Transformationsclub der *Streifzüge* sind herzlich willkommen.

Wer übrigens einen 4er im Adressenetikett findet, möge bitte so freundlich

sein, das Abo für das nächste Jahr zu überweisen. Das erspart ihm und ihr und uns einen roten Punkt im Frühjahr.

Uns wünschen wir jedenfalls mehr von Euch und Ihnen. Und Ihnen und Euch wünschen wir eine spannende Lektüre, erholsame Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr. F.S.



DEAD MEN WORKING

Gebrauchsanweisungen zur Arbeits- und Sozialkritik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs

Ernst Lohoff, Norbert Trenkle, Karl-Heinz Lewed, Maria Wölflingseder (Hg.)

Buchpräsentation
Di. 30. Nov. 2004, 19.30
Grüne Akademie
Paulustorgasse 3
8010 Graz
mit Franz Schandl und Maria Wölflingseder

Unrast Verlag, Münster, 304 Seiten
Preis: 18 Euro, Juli 2004
ISBN 3-89771-427-2



grundrisse

zeitschrift für linke theorie & debatte. wien

4x jährlich
probenummer?
grundrisse@gmx.net

www.grundrisse.net

Alle Politiker und Kapitalisten. Ihr seid nicht mehr willkommen.

John Holloway

Denunziation!

Unumgänglich

von Franz Schandl

Eine der übelsten Seuchen, die die radikale Linke nicht nur bisweilen, sondern regelmäßig heimsucht, ist die Denunziation. Sie gleicht einem natürlichen Drang, ist ein stets vorprogrammierter Systemfehler gesellschaftlicher Opposition, eine Schranke, an der sie einige Male bereits zerschellte.

Denunziation meint Substantivierung der Differenz hin zu einem Unterschied ums Ganze. Diese Differenz wird zum elementaren Ereignis aufgeblasen, meint Sein oder Nichtsein. Die Verwandtschaft zum Inklusions- und Exklusionsprinzip der Konkurrenz ist unverkennbar. Denunziation inszeniert Entwürdigung, die ja nichts anderes darstellt als eine *ideelle Entwertung*. Es geht um soziale Kontrolle eines gesellschaftlichen Feldes, auch wenn es sich nur um ein Szenesegment handelt: Hier bestimmen wir!

Denunziation ist der Versuch einer totalen Erfassung, die strikte Zuweisung eines Tickets. Ziel der Bezichtigung ist die Herabsetzung von Personen, ist Zerstörung ihrer Integrität. Wenn sonst schon nichts gelingt, das gelingt, zumindest in einschlägigen Kreisen. Zwar ist damit nichts gewonnen, aber doch einiges kaputt gemacht. Nicht um Menschen geht es, sondern gegen Leute. Sie sollen niedergemacht werden. Die Stigmatisierung funktioniert im Dreisprung: Zuerst kommt das Gerücht, dann folgt die Bezichtigung, und übrig bleibt die Nachrede: „Da war doch was...“, „Das war doch der...“ etc.

Die Punzierung missliebiger Personen bringt letztendlich niemanden weiter. Sie pflegt Feindschaften, für die sie dann lebt, ja regelrecht in ihnen aufgeht. Man möchte die Denunzierten ja gar nicht an-

dern, man möchte sie vielmehr der Ächtung preisgeben. Man will festnageln, nicht in Bewegung bringen. Die „Überführten“ können ob eines solchen Verhaltens nur abgestoßen werden und abgestoßen sein.

Hilflosigkeit simuliert Sicherheit durch Aggressivität. Obwohl sich diese als radikal versteht, ist sie bloß rabiati. Ihr Wille ist die *Nichtung*, und die Nichtung ist nur eine domestizierte Form der Vernichtung. Der Mord, der hier stattfindet, ist der Rufmord. Höhepunkt der Denunziation ist der Schauprozess, und jede Polemik hat auch was von ihm, wenn gleich ihre Waffe ideell bleibt. Eliminierung des anderen ist dann nicht Folge ökonomischer Ausschlüsse, sondern konzentrierter politischer Akte. Aus der notwendigen Einsicht *auch* hart sein zu müssen wird auf die unbedingte Verhärtung geschlossen. Panzerung wird obligat und permanent. Parallel dazu verläuft die Austreibung grundlegender Gefühle. Jede Unmöglichkeit wird auf einmal möglich und jede Verdächtigung ist erlaubt.

Die verkappte bürgerliche Form des Stalinismus steckt der Linken immer noch in den Knochen. Auch wenn er politisch tot ist, lebt er in den Psychen fort. Er tradiert sich, will nicht vergehen. Wer da meint, ganz frei davon zu sein, lügt. Aber doch ist es ein Unterschied, ob man sich dieser Disposition stellt oder sich ihr unterstellt, also *hingibt*, und den Kampf nach der Zahl der ausgeteilten Schläge und geführten Schlachten, nicht aber nach den ausgelösten Denk- und Handlungsprozessen beurteilt.

Derlei Verhalten schreit nach Gefolgschaft, nach Fans und Hooligans. Gedachtes und Geschriebenes soll Geständ-

nissen gleichen. Bekenntnis und Jargon gehören nicht nur zum Initiationsritus solcher Kopfjagden. Ob das nun die ungustiösen Vorgänge in der KPÖ sind, das antideutsche Syndrom in der deutschsprachigen Linken, die blindwütige Ignoranz des Antiimperialismus oder der Crash in der krisis-Gruppe, sie haben eines gemeinsam: Kommunikation findet in einer Form statt, die die Individuen nicht fördert, sondern geradezu durchstreicht. Man lese diverse Tiraden, insofern man den Nerv dafür hat. Wir erleben aktuell das Ausbrennen einer Form, ein Ausbrennen, das die Ausgebrannten nicht reflektieren, sondern vor dem sie, in Panik geraten, zu fetischisierten Glaubenspartikel greifen oder gar in religiöse Personenkulte flüchten.

„Wie du mir, so ich dir“, schreit das bürgerliche Konkurrenzsubjekt, denn Gleiches muss mit Gleichem vergolten werden. Und es ist manchmal sehr schwierig, dieser Versuchung zu widerstehen. Demut indes wäre des Öfteren angebracht, wo vorschnell zur Demütigung gegriffen wird.

Gefordert ist eine neue Sensibilität gegenüber diesen schwer destruktiven Formen der Kommunikation. Emanzipation wird es nur jenseits der Denunziation geben. Wenn der Umgang so bleibt wie er ist, wird sich wenig Positives für die Linke entwickeln können. Wenn die kleine Welt nur kopiert, was die große vorgibt, wozu sollte man jene dann stärken? Unumgänglich ist eine neue Art von Verständnis und Verständigung, die solche Unsitten nicht immer wieder reproduziert. Höchste Zeit sich dieser Aufgabe zu stellen.

Streifzüge web

www.streifzuege.org